Schleswig-Holsteinischer Landtag **Plenarprotokoll** **13/2**
13. Wahlperiode 03.06.92

2. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 3. Juni 1992

Regierungserklärung

Björn Engholm, Ministerpräsident 21
Dr. Ottfried Hennig (CDU) 35
Gert Börnsen (SPD) 46
Ingo Stawitz (DVU) 56
Wolfgang Kubicki (F.D.P.) 65
Karl Otto Meyer (SSW) 71, 87
Angelika Volquartz (CDU) 76
Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) 79
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.) 82
Helmut Thienemann (DVU) 84
Marianne Tidick, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport 89

Regierungsbank:

Björn Engholm, Ministerpräsident
Gisela Böhrk, Frauenministerin
Dr. Hans-Peter Bull, Innenminister
Dr. Klaus Klingner, Justizminister
Heide Simonis, Finanzministerin
Uwe Thomas, Minister, für Wirtschaft, Technik und Verkehr
Hans Wiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei
Günther Jansen, Minister für Arbeit und Soziales, Jugend, Gesundheit und Energie
Marianne Tidick, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport
Dr. Berndt Heydemann, Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung

Beginn: 10.02 Uhr

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Meine Herren und Damen! Ich eröffne die 2. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. – Ich darf die Journalisten, Kameraleute und Fotografen bitten, sich auf die Seiten zu begeben. – Meine Herren! – Bitte, meine Herren! – Ich darf Sie bitten, jetzt zur Seite zu gehen.

Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig. Wir haben ein Geburtstagskind unter uns. Herr Abgeordneter Dr. Klug hat heute Geburtstag. Im Namen aller Abgeordneten gratuliere ich Ihnen sehr herzlich, Herr Dr. Klug.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wo der Blumenstrauß bleibt, aber Sie werden ihn noch bekommen.

Meine Herren und Damen, ich darf bitten, Platz zu nehmen, und die Kameraleute bitte ich nun endgültig, zur Seite zu gehen. – Meine Herren, ich möchte es nicht ein viertes Mal sagen müssen! –

Meine Herren und Damen, der Herr Ministerpräsident hat mit Schreiben vom 5. Mai 1992 folgendes mitgeteilt:

„Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
gemäß § 13 a des Landesministergesetzes hat die Landesregierung mit Wirkung vom heutigen Tage nachstehende Landtagsabgeordnete zu Parlamentarischen Vertreterinnen bzw. Parlamentarischen Vertretern ernannt:

a) Herrn Peter Zahn zum Parlamentarischen Vertreter des Innenministers,

b) Herrn Günter Neugebauer zum Parlamentarischen Vertreter des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr,

c) Frau Sigrid Warnicke zur Parlamentarischen Vertreterin des Ministers für Arbeit und Soziales, Jugend, Gesundheit und Energie im Bereich Soziales,

d) Herrn Horst Hager zum Parlamentarischen Vertreter des Ministers für Arbeit und Soziales, Jugend, Gesundheit und Energie im Bereich Jugend. Herr Hager wird in dieser Funktion zugleich als Kinderbeauftragter der Landesregierung tätig."

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

„Der Abgeordnete ist ferner Parlamentarischer Vertreter der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport im Bereich Sport,

e) Herrn Jens Vollert zum Parlamentarischen Vertreter des Ministers für Natur, Umwelt und Landesentwicklung.

Mit freundlichen Grüßen
Björn Engholm"

(Unruhe)

Meine Herren und Damen, ich darf um Ruhe bitten.

Ferner hat mir der Herr Ministerpräsident unter dem 5. Mai 1992 mitgeteilt:

„Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
mit Wirkung vom 5. Mai 1992 habe ich Herrn Ministerialdirigenten Rüdiger von Plüskow zum Staatssekretär des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei ernannt. Des weiteren darf ich Ihnen mitteilen, daß Herr Staatssekretär Peer Steinbrück nach seiner Versetzung in den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr dort mit Wirkung vom gleichen Tag die Funktion des Staatssekretärs übertragen wurde.

Ferner wurde der bisherige Bürgermeister der Stadt Norderstedt, Herr Dr. Volker Schmidt, ebenfalls mit Wirkung vom selben Tag zum Staatssekretär des Ministeriums für Natur, Umwelt und Landesentwicklung ernannt.

Mit freundlichen Grüßen
Björn Engholm"

Meine Herren Staatssekretäre, ich begrüße Sie in diesem Hause und wünsche Ihnen bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben eine glückliche Hand.

(Beifall)

Meine Herren und Damen, ich habe Ihnen eine neue Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 3, 5 bis 9, 19 bis 22, 29, 30, 32, 33, 35 bis 37, 40 und 46. Der Tagesordnungspunkt 31 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Wann die übrigen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen ebenfalls vorliegenden Übersicht vom 2. Juni über die Reihenfolge der Beratungsgegenstände der 2. Tagung.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause, die sich am Freitag auf eine Stunde verkürzt, jeweils bis zirka 18.00 Uhr tagen.

Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine Herren und Damen, ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2 auf

Regierungserklärung

und erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Beginn der neuen Legislaturperiode stehen wir vor tiefgreifenden Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland selbst. Was sich in den letzten Jahren verändert hat, war tiefgreifender, epochaler als alles das, was wir in den vier Jahrzehnten zuvor erlebt haben. Die Nachkriegszeit ist jetzt erst für uns alle zu Ende. Wir stehen am Beginn einer neuen Zeit und – wie immer, wenn es so ist – mit unglaublichen Chancen, aber auch mit einer großen Anzahl unkalkulierbarer Risiken.

Helmut Schmidt hat uns, auf die deutschen Ereignisse der letzten Jahre ansprechend, gemahnt, uns könne der Teufel holen, wenn wir nicht damit fertig würden, aus dem Glücksfall der Einheit ein dauerhaftes Glück zu schmieden. Wenn aber, wie es in diesen Tagen deutlich wird, die Erträgnisse der Einheit auf der einen Seite und in relativ wenigen Händen anfallen, andere Menschen aber millionenfach unter den Lasten zusammenbrechen, wenn der private Wohlstand in weiten Bereichen der deutschen Gesellschaft wächst, aber für dringende Gemeinschaftsaufgaben im Osten, aber auch im Westen das Geld fehlt, dann wird nicht neues Glück geschmiedet, dann werden neue soziale Gräben aufgerissen. Das kann nicht der Sinn der Entwicklung sein.

(Beifall bei der SPD)

Am Beginn der Regierung Dr. Kohl in Bonn stand der denkwürdige Satz von der geistig-moralischen Erneuerung Deutschlands.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das war die erste Lüge!)

Später kam der nicht minder bedeutende Satz, es werde keinem in Deutschland schlechter gehen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Was davon heute geblieben ist, vermag jeder und jede zu beobachten, wenn man etwa Pirna besucht – oder Riesa oder Appolda oder Bitterfeld oder Leuna; Sie können beliebige Orte nehmen.

Heute ist die Enttäuschung der Menschen über die großen Ankündigungen, aber die geringe Erfüllung dieser Ankündigungen so groß geworden, daß die Menschen heute daraus bis an den Rand der Krise der Bundesregierung Wahlzettel zu Denkzetteln für uns alle machen. Das ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung; denn sie trifft nicht nur die Regierung und die sie stützenden Parteien, sie trifft uns alle in diesem politischen System. Wir sind gefordert, durch das, was wir tun, und durch das, wie wir es tun, dieser Entwicklung zutiefst entgegenzuwirken.

Daß Ihre große Volkspartei in Ost-Berlin – als ein Indiz für die Entwicklung, vor der wir stehen – 14 % verzeichnet, kann auch keinen Sozialdemokraten freuen. Das heißt, wir sind in einer Krise des Parteiensystems, und wir haben größere, energischere Anstrengungen zu machen als bislang. In dieser Lage ist meines Erachtens dreierlei nötig.

Erstens um jeden Preis sagen, was wahr und was nötig ist, und tun, was man sagt! Niemand erwartet von uns in dieser Zeit fertige Rezepte für alles und für jedes; die Landtagspräsidentin hat in ihrer Rede am 5. Mai darauf hingewiesen. Die Menschen erwarten aber Wahrhaftigkeit, Klarheit und den Willen zur Gerechtigkeit, und wenn sie dies nicht verspüren, entziehen sie uns das Vertrauen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Wir müssen das Gemeinwohl wieder stärker gegen den Eigennutz durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Gräfin Dönhoff hat in einem nachlesenswerten Artikel mit einer ganzen Menge Bitterkeit geschrieben, daß wir auf dem Wege zu einer „Raffgesellschaft" seien, in der jeder nur die eigene Wohlfahrt im Auge habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau! Siehe Lafontaine!)

Die Alternative zu dieser Ellbogengesellschaft heißt soziale Demokratie. Um es deutlich zu sagen: Wer in dieser sozialen Demokratie die Sorgen der kleinen Leute, wie man sie nennt, und die diesen Staat großgemacht haben, vergißt, wird das Vertrauen auf Dauer verspielen und verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen drittens die Bereitschaft zu neuem Denken und zu Reformen. Wir sind heute faktisch am Ende der Gesellschaft des „Immer mehr". Und desto richtiger ist der Satz von Gustav Heinemann:

> „In einer sich verändernden Welt kann nur bewahren, wer zu Veränderungen bereit ist. Wer nicht verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte."

Dies ist auch Auffassung und Leitlinie der Politik der Landesregierung.

Bewahren wollen und müssen wir die soziale Marktwirtschaft. Denn ohne das Instrument der sozialen Marktwirtschaft ist wirtschaftlicher Fortschritt in der Zukunft nicht möglich.

Soziale Marktwirtschaft heißt nicht „Laissez-faire-Marktwirtschaft"; es bedeutet eine sozial und ökologisch eingerahmte Form des Wirtschaftens.

Die wirtschaftliche Erneuerung in Ostdeutschland und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt erfordern eine konzertierte Aktion aller Kräfte. Wie man so etwas macht, haben wir in Schleswig-Holstein gezeigt. Wir haben die Kräfte nicht im Gegeneinander verschlissen, sondern

(Ministerpräsident Björn Engholm)

wir haben die großen Zukunftsherausforderungen des Landes mit Erfolgt gebündelt.

Bewahren und revitalisieren müssen wir die natürlichen Lebensgrundlagen des Landes. Der Philosoph Hans Jonas hat uns gemahnt, das Bewußtsein für die eine Welt zu schaffen, in der wir alle ohne Alternative leben, und nichts zu tun, was hier und heute und noch mehr was in den fernen Kontinenten oder für kommende Generationen irreversible Schäden verursacht.

Er hat es das „Prinzip Sorge" genannt, das „Prinzip Verantwortung", und es wird die Maxime der politischen Arbeit der Landesregierung in Schleswig-Holstein sein.

Erneuern und bewahren müssen wir die finanzpolitische Solidität unseres Gemeinwesens. Früher war Deutschland ein Hort der Stabilität. Heute sind wir hoch verschuldet und auf einem inflationären Kurs. Und würde die dritte Stufe der Wirtschafts-und Währungsunion Europas morgen vor der Tür stehen, wir würden die Bedingungen für einen Beitritt gegenwärtig nicht erfüllen. Wir müssen auf den Pfad der Tugend zurück; das heißt, ein solides Finanzierungskonzept für alle Gebietskörperschaften in Deutschland ist überfällig. Das heißt, alle – Bund, Länder und Kommunen – müssen über viele Jahre im voraus eisern sparen.

Aber ich halte es mit dem Bundespräsidenten, der gestern in nachdenklich eindrucksvoller Form wiederum gesagt hat, wir könnten mit Schulden und mit Sparen die Lasten, die allein beim Vereinigungsprozeß auf uns zukommen, nicht bewältigen. Es ist und bleibt deshalb eine Aufgabe aller Kräfte in diesem Lande, Menschen, die – wohlgemerkt! – gute Arbeit haben und gut verdienen, für eine längere Zeit zur Solidarität und zum Gelingen dieses Prozesses heranzuziehen.

(Beifall des Abgeordneten Rudolf Johna [SPD])

Wie Sie wissen, haben wir in Schleswig-Holstein eisern gespart.

(Lachen bei der CDU – Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wer das Urteil des Verfassungsgerichtes liest, weiß, daß man für eisernes Sparen erstaunlicherweise bestraft werden kann.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Wären wir einen leichteren Weg gegangen, wären andere Länder zur Solidarität mit uns verpflichtet worden, wie wir jetzt dazu verpflichtet werden.

(Zurufe von der CDU)

Wer dieses Urteil liest, weiß, daß hier dramatisch gespart worden ist.

(Lachen bei der CDU)

Ich denke, dies weiß jeder, der in diesem Lande zu Hause ist, und die Neulinge werden es auch noch lernen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Ganz bald! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich finde, der Mann ist gut!)

Die Hilfen, die dieses Land für die neuen Länder aufbringt, summieren sich im Zeitraum 1990 bis 1994 auf über 3 Milliarden DM.

Alle Neulinge, die eben noch gelächelt haben und die künftig bei den Ausschußverhandlungen über 100 000 DM-Beträge streiten werden, werden in Kürze erleben, was es bedeutet, wenn einem strukturschwachen Land 3 Milliarden DM fehlen.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist die größte finanzpolitische Herausforderung, vor der das Land in seiner Geschichte gestanden hat. Wir kommen deshalb nicht umhin, ausnahmslos alles auf den Prüfstand zu stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht ja wild aus!)

Das wird bedeuten, daß manches Notwendige und vieles Erwünschte in den kommenden Jahren nicht realisiert werden wird. Ich nenne dafür einige Beispiele.

Für öffentliche Einrichtungen und Bauten gilt: Sanierung steht in aller Regel vor Neubau.

So gern, wie wir aus dem Bildungs-, Freistellungs- und Qualifizierungsgesetz ein Leistungsgesetz machen würden, finanziell wird es uns nicht möglich sein.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das wußten wir schon vor vier Jahren!)

Wir werden weiterhin neue Gesamtschulen genehmigen, aber nur dort, wo damit keine außergewöhnlichen Aufwendungen, die nicht bezahlbar sind, verbunden sind.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden auf die Errichtung eines zweiten Verwaltungsgerichtes in Schleswig-Holstein verzichten.

(Zurufe von der CDU: Donnerwetter! Welche Sparmaßnahme!)

Wir können für die erwünschten Betreuungsmaßnahmen an den Grundschulen die Personalkosten – zumindest zur Zeit – nicht übernehmen.

(Zuruf von der CDU: Sehr traurig!)

Wir werden die Landeshauptstadt Kiel bitten, auf ihr Projekt eines Industriemuseums zu verzichten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Ich habe Ihnen einige Beispiele genannt; bei den Debatten der Zukunft werden weitere solcher Beispiele folgen.

Die Finanzlage ist bitter, aber sie bietet auch die Chance, Ansprüche des Staates und Ansprüche an den Staat zu überdenken. Wir werden deshalb die öffentliche Verwaltung sukzessive effektiver machen, und wir werden nach sorgfältiger Überprüfung aller Aufgaben, die der Staat heute leistet, Aufgaben, die die Gesellschaft ebenso gut oder besser machen kann, an die Gesellschaft übergeben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Bisher haben Sie immer das Gegenteil gemacht! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe schon immer gesagt, er ist ein Liberaler!)

Aber auch die gesellschaftlichen Gruppen – da beziehe ich Parteien mit ein – müssen ihre Ansprüche überdenken. Die Zeiten einer Interessenvertretung ohne Rücksichtnahme auf den jeweiligen Nachbarn sind in Deutschland endgültig vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Der harte Sparkurs, den wir fahren, hat Grenzen. Denn wir wissen: Nur finanziell handlungsfähige Kommunen und Länder sind in der Lage, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Daseinsvorsorge für ihre Menschen zu leisten. Nur lebensfähige Länder und Gemeinden garantieren die von unserer Verfassung vorgesehene föderale Machtbalance.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Und nur in lebendigen Ländern und Regionen können Menschen ihre Eigenart und ihre Sonderheit bewahren. Ein Blick auf die Region des Landes Schleswig-Holstein zeigt das deutlich. Wer den Föderalismus aushöhlt, erschwert oder verhindert die kleinteilige Daseinsgestaltung und Vorsorge für die Menschen.

Wer den Föderalismus ausblutet, der hebelt die Machtkontrolle aus und zerstört die Identität in der Heimat.

Die Bundesregierung ist mit ihrem finanzpolitischen Kurs gegenüber den Gebietskörperschaften unseres Gemeinwesens sehr weit gegangen, so daß wir am Rande der Existenzfähigkeit des Föderalismus stehen. Eine Umkehr ist notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten vier Jahren in Schleswig-Holstein erfolgreich Wirtschaftspolitik betrieben. Das Land hat den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung im Westen im wesentlichen gefunden. Die Zahl der Arbeitsplätze hat im Jahre 1991 einen neuen Höchststand erreicht. Das Wirtschaftswachstum hat zum Bundestrend aufgeschlossen, und die Zahl der Unternehmensansiedlungen war im Jahre 1991 mit 54 wiederum auf einem Höchststand.

Dies alles war eine bedeutende Gemeinschaftsleistung von Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaft – die Wissenschaft des Landes nicht zu vergessen!

Ich danke insbesondere den Kräften an den Spitzen der Verbände von Wirtschaft und Gewerkschaften, daß sie uns auf diesem Kurs so solidarisch und voller Kraftanstrengung begleitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das Fundament für eine zukunftsorientierte Infrastruktur gelegt. Wenn ich Ihnen die Beispiele nenne, wissen Sie, daß diese Beispiele über 40 Jahre lang nicht auf der Agenda der damals Regierenden standen.

Wir sind dabei, die lange überfällige Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Hamburg-Kiel-Flensburg zu realisieren.

Wir bauen in Kiel eine Technische Fakultät auf, die vier Jahrzehnte von den damals Regierenden schlichtweg verschlafen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir siedeln in einer erfreulichen Gemeinschaftsanstrengung aller Kräfte des Landes ISiT in Itzehoe an.

Aber wir wissen, der Wettbewerb in Europa wird schärfer, und die Wirtschaft wird im Wettbewerb stärker werden müssen. Der beste Weg des Staates, um die Wirtschaft dabei zu unterstützen, ist die Verbesserung der Infrastruktur. Das heißt für uns konkret, die neue Technologiestiftung und die Technologietransferzentrale werden gemeinsam mit Wirtschaft, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein Innovationsnetzwerk Schleswig-Holstein begründen. Wir werden den Aufbau von mindestens vier weiteren Technologiezentren im Land fördern und damit das Netz dichter knüpfen. Mit einem neuen Messekonzept und zusammen mit dem neugegründeten Außenwirtschaftszentrum wird die Landesregierung insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erschließung neuer nationaler wie auch internationaler Märkte helfen.

Wir werden das Angebot an Finanzdienstleistungen durch die Beteiligung eines leistungsfähigen Partners an der Landesbank verbessern und der Investitionsbank Schritt für Schritt weitere Aufgaben zuweisen. Dabei soll eindeutig die Mehrheit an der Landesbank in der Hand des Landes und der Sparkassenorganisation bleiben.

Die einzelbetriebliche Förderung von Unternehmen muß angesichts der knappen Haushaltsmittel in der Zukunft weitestgehend reduziert werden zugunsten weitreichender Infrastrukturprojekte, von Industriegebietserschließungen, Beratungs- und Qualifizierungsvorhaben. Wir kommen damit im übrigen den ständigen Forderungen von Kammern und Verbänden nach.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Die Landesregierung wird, nachdem sich, was ich nachdrücklich noch einmal bedauere, der Bund wortbrüchig seiner Verantwortung für die Rüstungskonversion entzogen hat – jeder Laie weiß, daß das Land das nicht allein ersetzen kann –, die vom Truppenabbau besonders stark betroffenen Kommunen in allen Förderprogrammen des Landes vorrangig berücksichtigen. Das gilt auch für die Regionalprogramme.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden darüber hinaus eine Reihe von Projekten mit ganz besonderer strukturpolitischer Ausstrahlung an diesen Standorten verabreden und besonders fördern.

Schleswig-Holstein soll zugleich als Gründerland noch attraktiver werden. In Zusammenarbeit mit der Technologiestiftung und der Landesbank und unter Einbeziehung privater Banken und Versicherungen wollen wir eine Gesellschaft für Unternehmensbeteiligungen begründen, die jungen Wachstumsfirmen Starthilfen durch Wagniskapital gibt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD])

Ich will noch einmal deutlich machen, daß es ein Irrtum ist zu glauben, es gäbe nicht genügend junge Menschen, die wagnis- und risikobereit wären. Ich glaube vielmehr, es fehlt am Wagemut des reichlich vorhandenen Kapitals. Wir müssen Wagemut beim Menschen und Wagemut von Kapital zusammenbringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Stärken der fünf großen Wirtschaftsregionen unseres Landes mit einem neuen Werbekonzept und durch besondere Präsentationen im Inland und im Ausland bekanntmachen.

Die ständige Zunahme – auch in Schleswig-Holstein dramatisch zu spüren – des Individualverkehrs führt uns – wie wir wissen – bald in eine Sackgasse. Deshalb werden wir weiterhin den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Das erfolgreich erprobte Modell ein Fahrschein – ein Fahrplan – ein Tarif wird in enger Abstimmung mit Hamburg fortgesetzt werden, und zusammen mit den Kreisen, den Gemeinden, den öffentlichen und den privaten Busgesellschaften werden wir eine landesweite effektive Verkehrsgesellschaft für den Regionalverkehr begründen.

Ich will an dieser Stelle nicht verabsäumen, für ganz glänzende Vorarbeiten auf diesem Gebiet meinen Freunden Franz Froschmaier und Uwe Gunnesson aus Flensburg nachdrücklich zu danken.

(Beifall bei der SPD – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Warum grinst denn Herr Thomas jetzt?)

– Der Minister freut sich, Herr Abgeordneter.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein wird seine Brückenfunktion in Nord-Süd- und in Ost-West-Richtung ausweiten, und zwar auf der Schiene durch die Elektrifizierung auch der Vogelfluglinie und damit verbunden einer mit Dänemark abgestimmten festen Schienenquerung des Fehmarnbelts auf der Straße durch die schnellstmögliche Realisierung der vierten Elbtunnelröhre, die vierspurige Verbindung Lübeck – Kiel sowie die Anbindung einer Ostsee-Autobahn an die A 1 und an die B 206 und die B 404 in der Kombination von Schiene und Straße durch eine Elbquerung bei Glückstadt, durch die sowohl die Westküste wie der Elbehafen und das Industriegebiet Brunsbüttel neue Impulse erhalten. Für seine klare Marschroute und seine zumindest bedeutenden Teilerfolge dabei darf ich dem neuen Wirtschaftsminister herzlich danken.

(Beifall bei der SPD – Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Im Seeverkehr durch ein Hafenkonzept, mit dem die Prioritäten für den weiteren Ausbau der Häfen festgelegt werden. Im Luftverkehr bleibt Fuhlsbüttel auch langfristig der wichtigste Flughafen für Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der einzige!)

Wir werden demnächst einen Vorschlag für eine Schienenanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel vorlegen.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füller [CDU])

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird noch intensiver als bisher bei allen diesen Maßnahmen strenge ökologische Gesichtspunkte bei den Planungen zugrunde legen, und sie wird womöglich – dabei ist sie sehr auf Ihre Mithilfe gespannt – private Finanzierungen zu mobilisieren versuchen. Wir werden sehen, wie locker das Kapital auf die Großprojekte der Zukunft geht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Städtebauförderung ist vom Bund erheblich reduziert worden. Ihre Fortführung muß in den kommenden Jahren gesichert werden. Sie kann – wie viele Beispiele im Land zeigen: Lübeck, Kiel, Lauenburg, Friedrichstadt – die Attraktivität der Kommunen beträchtlich steigern. Deshalb legt die Investitionsbank ein Darlehensprogramm in Höhe von 100 Millionen DM auf, das von der Landesregierung mit 4,5 % Zins unterstützt werden wird.

Meine Damen und Herren, wir verstehen die Sorgen und die Nöte der Landwirtschaft sehr nachdrücklich. Ihr sind durch die Agrarbeschlüsse der EG neuerliche Belastungen aufgebürdet worden, die sie kaum zu tragen imstande sein wird. Das sind im übrigen auch europäische administrative Erschwernisse. Wer sieht,

(Ministerpräsident Björn Engholm)

daß die Durchführung der Rapsmarktordnung richtig berechnet zwischen 50 und 100 neue Arbeitskräfte kosten wird, wer weiß, daß eine vergleichbare Getreidemarktordnung, die kommen wird, allein für die Kontrolle 100 verfügbare Beamte erforderlich macht, der weiß, daß wir diese Form von Europa der Überbürokratisierung für unsere Zukunft nicht wollen.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Es gilt angesichts der Schwierigkeiten der Landwirte in unseren Tagen mehr denn je, neue Marktchancen zu finden und neue Märkte zu öffnen. Ich glaube, die zukunftsträchtigsten Potentiale liegen in der Produktion hochwertiger umweltverträglicher Rohstoffe und Nahrungsmittel. Deshalb werden wir die Produktion und die Vermarktung von Qualitätserzeugnissen, insbesondere im Fleisch- und Milchsektor, nachhaltig fördern. Deshalb beginnen wir, einen neuen Schwerpunkt im Bereich der Ausweitung des Gemüseanbaus zu setzen, und deshalb werden wir weiterhin den ökologischen Landbau anregen.

Der ländliche Raum ist heute bereits für viele Menschen für Wohnen und Erholung attraktiv. Ich bin sicher, er wird zunehmend auch als Wirtschaftsstandort attraktiv werden. Wir werden deshalb Landwirtschaft und Gemeinden dabei unterstützen, sich neben ihren traditionellen Produktionszweigen neue Erwerbsquellen zu erschließen, unter anderem mit der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung von Gebäuden und von Betriebsflächen.

(Beifall bei der SPD)

Wo es rechtliche Hemmnisse gibt, werden wir – ich hoffe, gemeinschaftlich – in Bonn versuchen, diese rechtlichen Hemmnisse zu beseitigen.

Schleswig-Holstein ist eines der schönsten und auch der beliebtesten Urlaubsländer. Wir haben 1991 im Fremdenverkehr ein Rekordjahr hinter uns, und das, was in diesem Jahr an Buchungen anläuft, weist darauf hin, daß das Jahr 1991 noch einmal überstiegen werden wird. Wir möchten diesen positiven Trend – wo immer es geht – mit Hilfe der Ausweitung unseres Konzeptes vom sanften Tourismus vervollkommnen.

(Beifall bei der SPD)

Und ich weiß – Günter Neugebauer und Jens Vollert waren auch dabei –: Was hat es für Gelächter gegeben, als wir vor vielen Jahren zum erstenmal den Begriff **„Sanfter Tourismus"** in Schleswig-Holstein einführten. Heute ist es das Erfolgsrezept für einen zukunftsorientierten, ökologisch verträglichen Tourismus. So geht es auch weiter.

(Beifall bei der SPD)

Da die **Saisonverlängerung** immer mehr zum Schlüssel der Wirtschaftlichkeit des Fremdenverkehrs wird, wollen wir duch neue Marketingkonzepte und Buchungssysteme sowie durch eine neue Verknüpfung von Fremdenverkehr und kulturellen Angeboten diese Saisonverlängerung ermöglichen und verstärken.

Schleswig-Holstein hat in den letzten vier Jahren mit einem enormen Kraftakt die Hochschulen und die berufliche Aus- und Fortbildung ausgebaut. In den kommenden vier Jahren werden wir uns verstärkt der **Reform der Bildungsinhalte** zuwenden müssen. Die mit dem Schulgesetz von 1990 eingeleiteten Schulreformen werden von uns mit Augenmaß fortgesetzt: Wir werden die Inhalte der Schule weiterentwickeln, indem wir die Lehrpläne modernisieren, und das heißt insbesondere, sie für fächerübergreifendes Lernen öffnen. Bildung und Ausbildung müssen sich – auch in Schleswig-Holstein – der europäischen Herausforderung stärker stellen als bisher. Dazu gehören die stärkere Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen, europaorientierte Ausbildung an Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten sowie der verstärkte internationale Austausch von Lernenden und Lehrenden.

(Beifall bei der SPD)

Junge Leute sollten heute über die Lebensverhältnisse ihrer europäischen Nachbarn mindestens ebensoviel wissen wie über das Leben der alten Römer.

(Beifall bei der SPD)

Die Konsolidierung – ich will das wiederholen – bestehender Schulen und die bauliche Ergänzung genehmigter Gesamtschulen haben Vorrang vor der Errichtung neuer Schulen. Den **Schulbaufonds** des Landes Schleswig-Holstein werden wir deshalb stärker als bisher auch für die **Sanierung von Schulen** öffnen. Ich füge deutlich hinzu, daß damit keinerlei rechtliche Verpflichtung des Landes gegenüber den Gemeinden und Kreisen verbunden ist,

(Beifall bei der SPD)

und ich appelliere nachdrücklich an die Schulträger, für die Zukunft Vorsorge für größere Sanierungsaufgaben zu schaffen. Das Land kann nicht immer beliebig in die Bresche springen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bildungsministerin wird in absehbarer Zeit eine mittelfristige **Lehrerbedarfsplanung** vorlegen. Schon jetzt zeichnet sich deutlich ab, daß in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins immens steigen wird. Bei völlig unveränderten Schulstrukturen würden dafür tausendfach neue Lehrerplanstellen nötig; das kann kein einziges Land in der Bundesrepublik Deutschland finanzieren, auch Schleswig-Holstein nicht. Wir werden uns deshalb in der Zukunft die große Zahl von Kleinstklassen und Kursen nicht weiter leisten können. Wir werden uns – wie reichere Bundesländer es schon tun – am Bundesdurchschnitt orientieren und **Strukturreformen** durchführen, die die Effizienz der Schulen steigern, ohne pädagogische Freiräume dabei zu beschneiden. Zwischen den Jahren 1975 und 1988 sank

(Ministerpräsident Björn Engholm)

die Schülerzahl allein an den allgemeinbildenden Schulen um fast 40 %. Die Zahl der Schulen hat sich in jener Zeit jedoch nicht geändert. Die fällige **Schulentwicklungsplanung** muß jetzt von den Schulträgern nachgeholt werden. Für die Grundschule gilt dabei weiterhin: Kleine Kinder brauchen kurze Schulwege; die wohnortnahe Grundschule wird deshalb erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Benachbarte **berufsbildende Schulen** sollen durch Aufgabenteilung ein breites Bildungsangebot für die verschiedenartigen Berufsgruppen sichern. Den Unterricht dabei an zwei Berufsschultagen werden wir in Abstimmung mit der Wirtschaft des Landes weiter ausbauen. Allen Lehrkräften, die damals zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit in **Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse** eingestellt worden waren, werden wir in einem Schritt die Vollbeschäftigung anbieten und sie als Beamte übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Ziele des **Landeshochschulplanes** durch Ausbau und Schaffung der hochschulrechtlichen Voraussetzungen weiter verwirklichen. Wir werden – trotz aller finanziellen Sorgen – eine **Westküstenfachhochschule in Heide** errichten. Das wird das Land vieles kosten; es soll dennoch geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden – trotz großer finanzieller Enge – in Flensburg durch den Ausbau der Pädagogischen Hochschule zu einer grenzüberschreitenden und zweisprachigen **Bildungswissenschaftlichen Hochschule** neue Impulse setzen. Wir werden in Lübeck technische Studiengänge bei der **Medizinischen Universität** ansiedeln; wir werden in Kiel für den zügigen Aufbau der **Technischen Fakultät** Sorge tragen, und wir werden die enge **Zusammenarbeit von Universität und PH** in Kiel bei der Lehrerausbildung forcieren. Ein besonderes Vorhaben ist, daß wir in dieser Legislaturperiode den Fachbereich Gestaltung an der Fachhochschule Kiel schrittweise zu einer selbständigen **Kunsthochschule** ausbauen wollen. Angebote der Wirtschaft und anderer Träger, sich beim Hochschulausbau zu engagieren, wollen wir gern aufgreifen. Das heißt, jeder, der in diesem Lande bereit und in der Lage ist, Stiftungslehrstühle zu finanzieren oder in anderen Formen sich privat am Ausbau unserer Hochschul-und Forschungslandschaft zu engagieren, der soll uns herzlich willkommen sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulen platzen gegenwärtig aus allen Nähten. Wer eine Hochschule mit einer Überlast von 160, 180 – gelegentlich über 200 – besucht, der weiß es. Wir werden gleichwohl in ganz Deutschland nicht so viele neue Hochschulkapazitäten errichten können, daß damit allen Bedürfnissen Rechnung getragen wird. Das heißt: Eine **Verkürzung der Studienzeiten** ist absolut unumgänglich. Wir wollen die Universitäten dabei unterstützen.

Zusammen mit den Kammern und Verbänden wollen wir die **berufliche Bildung** attraktiver machen. Sie ist die Basis für die Prosperität unserer Wirtschaft und den Wohlstand der Gesellschaft. Es gibt in Deutschland die freie Wahl der Ausbildung, und es gibt in Deutschland die freie Wahl des Berufs. Niemand wird daran rühren wollen. Gleichwohl sei mir dazu eine Bemerkung gestattet. Daß in diesem Jahre erstmals mehr Studierende auf die Hochschulen gehen als Auszubildende in das System der beruflichen Bildung, muß nicht unbedingt eine zukunftsträchtige Entwicklung sein.

(Dr. Ottfried [CDU]: Wie wahr! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was spricht dagegen? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Also die größten Zuwächse haben wir in den traditionell konservativ regierten Ländern gehabt: in Schleswig-Holstein – in der Zeit vor uns –, in Baden-Württemberg und in Bayern. Nur muß man immer sagen, daß die Sozialdemokraten ja erst seit einer gewissen Zeit dabei sind. Ich habe von Ihnen zum Beispiel früher nie ein Petitum gehört, was das **duale System** in seiner Stärkung gegenüber den Hochschulen anging. Sie hätten ja Hochschulreformen durchführen können, aber Sie haben es nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht kommen wir heute in diesen Fragen näher zueinander. Ich meine, daß wir alles daransetzen sollten, die Werbung für die fast 400 Berufe des dualen Systems gemeinschaftlich zu verstärken, und daß wir umgekehrt den jungen Menschen, die in die Hochschulen gehen, sagen müssen: Es bleibt euer Recht, dort unter schwierigeren Umständen zu studieren. Aber die Erwartung, daß die Gesellschaft bei einer Verdoppelung der Zahl der Absolventen an Hochschulen dieselben Einkommen und denselben Status gewähren kann, wird eine Illusion sein; das muß heute jeder wissen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die allgemeine, die berufliche, die politische und die kulturelle **Weiterbildung** noch attraktiver gestalten. Nach dem **Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz** wird die Landesregierung in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit den Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kammern einen Weiterbildungsplan erarbeiten. Mit den Weiterbildungsträgern wollen wir den Ausbau einer umfassenden zukunftsorientierten Weiterbildung unter Einbeziehung der Hochschulen, der Volkshochschulen und der überbetrieblichen Ausbildungsstätten erreichen. Die Zahl der Menschen, die in unserer Wohlstandsgesellschaft zunehmend Not leiden, ist in den letzten zehn Jahren ständig gestiegen.

Wie wichtig **soziale Gerechtigkeit** für Menschen ist, erfährt im Lande keiner direkter, unverblümter und

(Ministerpräsident Björn Engholm)

unmittelbarer als der Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Eugen Glombig, mit dem ich meine fruchtbare Arbeit in der Zukunft fortsetzen möchte.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir werden in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit deshalb nicht nachlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Unser erfolgreiches **Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein"** wird durch ein Nachfolgeprogramm fortgesetzt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Keine Arbeit für Schleswig-Holstein!)

Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen, Jugendliche ohne Ausbildung werden dabei im Zentrum stehen.

Ich sage Ihnen: Es wäre der absolute Skandal, wenn die in Bonn Regierenden auf der einen Seite zum 1. Januar 1993 die Vermögensteuer senkten und auf der anderen Seite die Arbeitsmarktförderinstrumente zugunsten der Schwachen in dieser Gesellschaft einschränkten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Umweltministerium können wir zwei ABM-Stellen einsparen!)

– Das habe ich nicht verstanden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Umweltministerium können wir zwei ABM-Stellen einsparen, wie ich gelesen habe!)

– Der Vorschlag der F.D.P. – das paßt natürlich in das liberale Wirtschaftskonzept – ist die Einsparung von ABM-Stellen, damit die Arbeitslosigkeit steigt. Das ist der einfachste Weg, diese Gesellschaft zu befrieden.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das belastet nur Ihren Etat!)

In Schleswig-Holstein fehlen nach Schätzungen von Fachleuten zirka 45 000 Wohnungen. Wir werden die Versäumnisse unserer Vorgängerregierung und des Bundes bei der **Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus** nicht von heute auf morgen ausgleichen können. Aber wir werden das Menschenrecht auf ein Dach über dem Kopf bei bezahlbaren Preisen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei werden wir der Förderung von **Altenwohnungen** besondere Aufmerksamkeit schenken. Wir haben in den letzten zwei Jahren über 800 solcher Wohnungen erstellt.

Die **Fehlbelegungsabgabe** wird dazu beitragen, den Mietwohnungsbau in Schleswig-Holstein weiter zu beflügeln. Dabei soll insgesamt die **Förderung der Eigentumsbildung** nicht vernachlässigt werden. 1992 haben wir wiederum 1000 Eigentumsmaßnahmen gefördert, ein mehrfaches dessen, was im letzten Regierungsjahr der damaligen CDU-Regierung gefördert worden ist.

(Helmut Thienemann [DVU]: Bauen Sie doch die Kasernen um!)

Wir werden dem Landtag eine neue **Landesbauordnung** vorlegen, die das Bauen unbürokratischer gestaltet und neue ökologische Maßstäbe setzt.

(Karl Eduard Claussen [CDU]: Da sind wir sehr gespannt!)

Die Landesregierung wird die Sorgen und Bedürfnisse der Kinder und der Eltern besonders berücksichtigen. Wir werden ab 1993 auch den laufenden Betrieb der **Kindertageseinrichtungen** durch Zuschüsse zu den Personalkosten unterstützen, und wir werden dafür 40 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung stellen.

Die Landesregierung wird einen **Jugendhilfeplan** vorlegen, um die Zusammenarbeit mit der Jugend, ihren Organisationen und Verbänden zu stärken. Das Ziel all dieser Bemühungen muß es sein, das praktische Engagement junger Menschen insgesamt wieder zu motivieren. Dabei ist es mir nicht wichtig, ob junge Menschen in Parteien tätig sind. Wichtig ist aber, daß junge Menschen überhaupt einen Teil ihrer Kraft in die Gestaltung dieser Gesellschaft, wo auch immer, investieren. Ohne sie haben auch sie selbst keine Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Kinder und Jugendliche, die **Opfer von Mißhandlungen** oder sexuellem Mißbrauch geworden sind – ihre Zahl steigt zu unserem Leidwesen –, erhalten intensive Beratung und Hilfe.

Unsere **Frauenpolitik** gilt heute bundesweit aus vorbildlich. Als einziges Land haben wir den politischen Auftrag zur Gleichstellung in der Verfassung verankert und die Gleichstellung in alle neuen Gesetze und Verordnungen eingebracht.

Die Frauenministerin wird künftig – um ihre Position weiter zu stärken – über ein Initiativ- und Vetorecht im Kabinett quer über alle Ressorts hinweg Einfluß nehmen können.

Ein **Gleichstellungsgesetz** wird die Frauenförderung für den gesamten öffentlichen Dienst des Landes verbindlich machen. Damit werden Teilzeitbeschäftigungen erleichtert, Kindererziehungs- und Pflegeleistungen weitgehend berücksichtigt und Regelungen für die Einstellung und Beförderung von Frauen getroffen.

Die Initiative **PeP**, Frauenförderung in schleswig-holsteinischen Betrieben, wird fortgesetzt.

Wir werden die Arbeit von Frauenverbänden, Fraueninitiativen und Frauenberatungsstellen unterstützen

(Ministerpräsident Björn Engholm)

und eine einheitliche Finanzierungsregelung für **Frauenhäuser** und Notrufgruppen erarbeiten.

Ab 1993 wird sich das Land Schleswig-Holstein auch an den Personalkosten für qualifizierte **Tagesmütter und Tagesväter** beteiligen.

(Karl Eduard Claussen [CDU]: Die Finanzen!)

Wir treten in Bonn nachdrücklich dafür ein, daß bei der **Reform des § 218** eine Regelung herauskommt, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen auch in diesem sensiblen Bereich absolut gewährleistet.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Das heißt, das Land Schleswig-Holstein plädiert dafür, daß alle jene Kräfte, die für eine Regelung dieser Art sind, sich im Bundestag zusammenfinden, ohne von ihren Fraktionen unter Druck gesetzt zu werden, weil es furchtbar wäre, käme eine konservative Männermehrheit zustande, die ein Gesetz machte, nach dem am Ende Frauen vor einem deutschen Strafrichter stünden. Dies kann nicht die Zukunft des § 218 sein.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein leben rund 100 000 **Ausländerinnen und Ausländer**. Die Landesregierung wird mit Nachdruck und ohne Nachsicht jede Form von Diskriminierung und Ausländerhaß entschieden bekämpfen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Das Grundgesetz sagt:

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."

(Gert Börnsen [SPD]: Richtig! – Helmut Thienemann [DVU]: Richtig!)

Wir stehen zu diesem Recht.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Eine **Ergänzung des Grundgesetzes** kommt nur in Zusammenhang mit europäisch übereinstimmenden Regelungen in Frage, die den individuellen Anspruch auf Schutz nicht in Frage stellen.

(Beifall bei der SPD – Karl Otto Meyer [SSW]: Dann brauchen wir keine Ergänzung! – Meinhard Füllner [CDU]: Das erklären Sie mal!)

Vorrang hat für uns gegenwärtig die **Verfahrensbeschleunigung**. Ich habe die Hoffnung, daß die Erfolge dieser Verfahrensbeschleunigung, die lange gebraucht hat, um von der Idee im Oktober letzten Jahres zur Wirklichkeit zu werden, in diesem Jahr auch in Schleswig-Holstein sichtbar werden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Die Sie immer gebremst haben!)

Wir werden – wie es der Sozialminister begonnen hat – gegen diejenigen vorgehen, die das Asylrecht erkennbar mißbrauchen, indem sie unberechtigt Sozialleistungen in Anspruch nehmen oder an der Bearbeitung ihrer Verfahren nicht wirklich mitwirken.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wieder vor der Wahl?)

Unabhängig vom Asylrecht sind wir dafür, **Einwanderungsregelungen** in Europa zu treffen, die die Zuwanderung insgesamt begrenzen und kontrollierbar halten.

(Ingo Stawitz [DVU]: Das ist unser Programm!)

Ohne eine solche europäische Regelung wird dieser Kontinent, der heute faktisch ohne Grenzen ist, der Probleme der Zukunft nicht Herr und Frau werden können.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich: Wir setzen uns in den Beratungen der Verfassungskommission auf Bundesebene für ein **kommunales Wahlrecht für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger** ein.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Es ist – mit Verlaub – unerträglich, daß diejenigen, die in der zweiten Generation in Schleswig-Holstein leben, an der Gestaltung dieses Landes mitwirken, nicht einmal berechtigt sind, bei Kommunalwahlen ihre Stimme an der Urne abzugeben. Das muß sich so schnell wie möglich ändern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, **Politik für ältere Menschen** gewinnt immer größere Bedeutung. Wir haben in den letzten vier Jahren begonnen, eine kooperative Politik zu machen. Unsere sehr aktiven kommunalen Seniorenbeiräte sind dafür beispielhaft. Wir werden in den kommenden zwei Jahren einen **Altenplan** erarbeiten,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Noch ein Plan!)

der den gesamten Bereich der **ambulanten Versorgung** neu strukturieren soll.

Die **medizinische und psychosoziale Versorgung** der älteren Menschen wird verbessert. Dabei wird Tages- und Kurzzeitpflege Vorrang vor stationärer Dauerpflege haben.

(Zuruf)

– Ich weiß, daß das Planmachen, das ja Denken voraussetzt, bei Christdemokraten hochverpönt ist.

(Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU] und Klaus Haller [CDU]: Das war die F.D.P.!)

– Herr Haller hat mir den Aufbau der Dramatik mit dem Übergang von der CDU zur F.D.P. natürlich aus der Hand genommen. Gleichwohl hat er mit seinem

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Fingerzeig auf die Freien Demokraten natürlich recht. Ich bin ihm sehr dankbar.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Meine Damen und Herren, das, was uns im sozialen Bereich am meisten bedrückt, ist die Tatsache, daß wir in Deutschland insgesamt fast 2 Millionen Menschen haben, die **Pflegefälle** sind. Die Zahl steigt weiter. Es sind nicht nur alte Menschen. Auch junge Menschen können unverhofft ein Pflegefall werden; das Schicksal zeigt es an vielen Ecken. Wir werden als schleswig-holsteinische Landesregierung nicht zuschauen, wie die Regelung des Pflegefallrisikos in Bonn immer weiter auf die lange Bank geschoben wird. Wir sind für eine **Pflegeversicherung** und werden einen entsprechenden Entwurf einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Da die **Integration behinderter Menschen** viel mit Bewußtsein und Lernen zu tun hat, werden wir die gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder in Tagesstätten und im gemeinsamen Schulunterricht vor allem in der Grundschule ausweiten.

Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode besonders für die Einstellung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst eingesetzt. In den nächsten vier Jahren wollen wir Schwerpunkte setzen für die Integration der Behinderten im Arbeitsleben, im Wohnumfeld, in Freizeit, Sport und Kultur und durch die Schaffung neuer behindertengerechter Formen der Langzeitbetreuung.

Ich bitte an dieser Stelle zugleich alle Institutionen des Landes, aber auch solche in Kreisen und Gemeinden, darauf zu achten, daß beim Umbau oder Neubau von Gebäuden behindertengerechte Zugänge möglich werden. Manchmal ist eine kleine Änderung der Zugang für eine große Anzahl von Menschen, die sonst ausgeschlossen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, **Sport** ist im Lande Schleswig-Holstein die größte soziale Bewegung. Die Regierung wird gemeinsam mit dem Sport die Weichen stellen, um vorhandene Sportstätten weiter zu modernisieren und attraktiver zu machen. Sie wird dafür Sorge tragen, daß zwischen **Schulen und Sportvereinen** eine stärkere Zusammenarbeit organisiert wird. Sie wird sich dafür einsetzen, daß die Interessen des Sports und der **Umwelt** miteinander in Einklang gebracht werden. Sie wird mit dem Sport dafür werben, daß mehr ehrenamtliches Engagement in der großen Zahl der Vereine mobilisiert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel war, ist und bleibt ein bedarfsgerechtes und effektives **Gesundheitswesen**. Ich wage zu bezweifeln, daß die Strukturvorschläge, die der neue Gesundheitsminister gestern vorgestellt hat, diesem Ziel wirklich entsprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wer Menschen durch eine ständig steigende Selbstbeteiligung zum Sparen an der eigenen Gesundheit veranlaßt, wird mit Zeitverschiebung größere Krankheitsformen teurer bezahlen müssen als heute.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in Schleswig-Holstein den gesundheitlichen Schutz der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerinnen weiter verbessern. Wir werden die **Krankenhäuser** durch Investitionen in Funktions-und Pflegebereichen weiter ausweiten. Wir werden die dezentrale, **gemeindenahe Versorgung psychisch Kranker** weiter verstärken und bis zum Jahre 1996 in jedem Kreis mindestens eine **psychiatrische Tagesklinik** eingerichtet haben.

Ich bedauere nachdrücklich, daß sich der Bund aus der **AIDS-Ursachenaufklärung und -bekämpfung** zurückgezogen hat. Dies ist angesichts der Dimension dieser Krankheit nicht vertretbar. Das Land Schleswig-Holstein wird deshalb mit seinen Mitteln die Aufklärung über AIDS-Ursachen und die Betreuung von AIDS-Kranken fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Bekämpfung des **Drogenmißbrauchs**, einem der größten Probleme unserer Gesellschaft, geht es nicht, wie immer wieder verkürzt dargestellt wird, um die Legalisierung harter oder weicher Drogen. Vielmehr geht es um die Frage des Rückzugs des Strafrechts dort, wo Hilfen und nicht Strafen gefragt sind, um zu Erfolgen zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt umgekehrt: Der Handel mit illegalen Drogen wird von uns weiterhin nachdrücklich verfolgt und mit aller Härte bestraft werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Um die Drogenkranken – um solche handelt es sich – gesundheitlich und sozial zu stabilisieren, werden wir unser **Methadon-Programm** ausweiten.

Die Entwicklung der **Kriminalität**, insbesondere ihre zunehmende Organisiertheit, gibt bundes- und landesweit Anlaß zu großer Sorge. Zu Recht erwarten die Menschen vom Staat Schutz vor Verbrechen. Wir werden auch künftig dafür sorgen, daß die Polizei diesen Schutz gewährleisten kann, soweit ein vollkommener Schutz überhaupt durch staatliches Handeln gewährleistet werden kann. Es soll in Schleswig-Holstein dabei keine schwarzen Sheriffs geben, wie es an anderen Orten dieser Republik der Fall ist. Wir haben uns vorgenommen, die **Polizeiorganisation** zu straffen sowie die Arbeitsabläufe durch modernste Technik effektiver zu gestalten. Wir werden die Polizei von Routinefällen entlasten, damit sie die beson-

(Ministerpräsident Björn Engholm)

ders sozialschädlichen Formen der Kriminalität besser bekämpfen kann.

Wir wissen, daß der Beruf, Polizist oder Polizistin zu sein, besonders schwer und verantwortungsvoll ist. Wir haben deshalb, wie Sie wissen, einen ersten Schritt zu einer **zweigeteilten Laufbahn** getan. Wir werden im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten diesem ersten Schritt weitere Schritte folgen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung legt auch weiterhin größten Wert auf die bewährte und gute Zusammenarbeit mit allen anderen Institutionen, die Sicherheit gewährleisten, mit Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Feuerwehr, um beispielhaft drei zu nennen.

Der **Umgang mit Straftätern** wird weiter reformiert werden. Wir wollen die Resozialisierungsarbeit von Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Sozialarbeit verbessern. Wir werden eine **Kommission zur Fortentwicklung der sozialen Dienste der Justiz** einsetzen, die in diesem Jahr Vorschläge zur Modernisierung vorlegen wird.

Die Alternativen zur Freiheitsstrafe werden weiter ausgebaut, zum Beispiel durch den **Täter-Opfer-Ausgleich**. Durch **dezentrale Vollzugsformen** werden wir die Chancen zur Resozialisierung und zu einem Leben ohne künftige Straftaten verbessern.

> „Die nächsten zehn Jahre werden darüber entscheiden, wie das 21. Jahrhundert aussieht; und vielleicht entscheiden sie auch über die Zukunft der Erde als Lebensraum für den Menschen."

Dies ist ein Zitat aus dem Weltbevölkerungsbericht 1990 der Vereinten Nationen.

Die Industrieländer – und als ein kleiner Teil von ihnen auch Schleswig-Holstein – müssen den **ökologischen Umbau** ihrer **Volkswirtschaften** forcieren, weil wir allesamt massiv über unsere ökologischen Verhältnisse leben. Wir haben in Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren dabei Wegweisendes erreicht: modernste Kläranlagen, bundesweit die strengsten Kriterien für die Anerkennung von Heilbädern und Kurorten, wegweisende Programme zum biologischen Naturschutz und zur Abfallwirtschaft.

Da die Attraktivität des Landes immer stärker von der Umweltqualität bestimmt wird, soll deshalb zukünftig der Zustand der Umwelt mit Hilfe eines schrittweise aufzubauenden **Natur- und Umweltschutzsystems** erfaßt werden.

Da noch so große Erfolge in der Abfallwirtschaft neue **Abfallwirtschaftsstandorte** nicht entbehrlich machen, werden wir künftig auch um den Preis des Konflikts mit den Kommunen gemeinsam geeignete Standorte suchen, auswählen und überplanen müssen.

Der vollständige Wegfall der Strukturhilfe ab 1993 gefährdet die Investitionspläne vieler Kommunen im Bereich der **zentralen Ortsentwässerung**.

Die Landesregierung wird deshalb gezwungen sein, als Finanzierungsinstrument für den **Grundwasser- und Gewässerschutz** die Einführung einer Wasserentnahmeabgabe zu erheben, etwa in Höhe von 10 Pfennigen pro entnommenem Kubikmeter Grundwasser. Wir werden dies zumindest sorgfältig prüfen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in Schleswig-Holstein ein modernes Programm für den Seen- und **Flußsystemschutz** sowie eine Erweiterung unserer erfolgreichen **Ostsee- und Nordseeschutzprogramme** einschließlich Wattenmeer und Nationalpark machen. Unsere Erkenntnisse werden wir sukzessive mit den Ostseeanrainern abstimmen.

Wir werden in diesen Tagen eine Debatte über den **Entwurf eines Landesnaturschutzgesetzes** führen. Bei aller Notwendigkeit der kritischen Auseinandersetzung bitte ich Sie, zu berücksichtigen, daß wir mit diesem Gesetzentwurf lediglich Vorreiter einer Entwicklung sind, die automatisch auch anderswo Platz greifen wird. Neueste Erörterungen auf europäischer Ebene gehen davon aus, daß Europa im Naturschutz dann eine Chance hat, wenn 15 % der Flächen eines Tages unter Schutz stehen. Auch Bundesumweltminister Töpfer ist lange bei der Vision, 15 % der Bundesfläche unter Naturschutz zu stellen, angelangt. Lassen Sie uns deshalb nicht so tun, als könne ein ökologisch besonders sensibles Land wie Schleswig-Holstein hinter dem, was auch andere schon denken, zurückbleiben. Bei aller Notwendigkeit der heftigen Auseinandersetzung – lassen Sie uns zumindest versuchen, das Ziel, was für dieses Land essentiell ist, übereinstimmend zu definieren; über die Wege können wir streiten.

(Beifall bei der SPD)

In der **Energiepolitik** bleibt es dabei: Die Landesregierung hält weder die Gefahren der Atomenergie für vertretbar, noch verkennt sie Klima- oder Umweltschäden fossiler Verbrennungsprozesse. Daß eine andere Energiepolitik umweltverträglicher machbar ist, haben wir mit den bescheidenen Möglichkeiten dieses Landes in den letzten vier Jahren gezeigt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist nicht Ihr Ernst!)

Wir haben deutlich gemacht, daß Umkehrprozesse in der Energieerzeugung und -nutzung möglich und sinnvoll sind. Wir werden in den kommenden Jahren die Windenergienutzung landschaftsverträglich weiter ausbauen. Wir werden noch mehr Energie einsparen. Wir werden die Nah- und Fernwärmeversorgung auf der Grundlage der Kraft-Wärme-Koppelung ausbauen. Unsere kritische Beurteilung der Kernenergiegefahren hat sich in keiner Weise geändert. Die Langzeitschäden von Kraftwerksunfällen sowie das in der Bundesrepublik bis heute ungelöste Problem der Ent-

(Ministerpräsident Björn Engholm)

sorgung radioaktiver Abfälle bestätigen uns in unserer prinzipiellen Ablehnung der Kernenergie.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW] – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Landesregierung wird sich deshalb auf Bundesebene bei der Novellierung des Atomgesetzes dafür einsetzen, daß das Ziel einer **Kernenergieabwicklung** in einem festgelegten Zeitraum gesetzlich normiert wird. Ich darf Sie im übrigen darauf hinweisen, daß die Zeit, immer mehr Energie, gerade auch Nuklearenergie, zu produzieren, in anderen Teilen der Erde abgelaufen ist. Wer das Beispiel von über 200 großen Energieversorgungsunternehmen in den Vereinigten Staaten betrachtet, deren Devise nicht mehr „Megawatt", sondern „Negawatt" heißt, weil sie festgestellt haben, daß das Sparen von Energie sowohl ökologisch als auch ökonomisch der bessere Weg ist, der müßte sagen: Eine hochintelligente und technisch kluge Bundesrepublik müßte sich von diesem Brot längst die größte Scheibe abgeschnitten haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wer sieht, wie sich heute Japan geschickt sukzessive von bestimmten Zukunftsentwicklungen auf den Weltmärkten abschottet, sanft protektionistisch, und zwar im Bereich von Energie- und Wärmedämmtechniken, der kann daraus nur den Schluß ziehen: Die Japaner haben **alternative Energieversorgungssysteme** als Märkte der Zukunft entdeckt. Es wäre schade, wenn nicht eine so hochsensible Volkswirtschaft wie die deutsche mit den besten Technikern der Welt diese Chance ergriffe, sondern sie einer anderen Nation überließe.

(Beifall bei der SPD)

Der rasante Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zwingt uns zur ständigen Überprüfung von Struktur und Effizienz des öffentlichen Dienstes. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß der **öffentliche Dienst** in Deutschland und auch der in Schleswig-Holstein ein guter Dienst ist, vergleicht man ihn mit anderen Einrichtungen anderer Länder. Diese Aussage spricht jedoch nicht dagegen, daß er in Zukunft effektiver werden kann. Für uns wird dazu eine stärkere **Dienstleistungsorientierung der Verwaltung** gehören,

(Beifall bei der SPD)

unter anderem durch ein verbessertes Verfahrensmanagement mit beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie verstärkter Nutzung von Informations- und Kommunikationstechniken. Wir wollen mehr Eigenverantwortung der Verwaltung und der öffentlichen Betriebe, unter anderem durch eine größere Entscheidungsautonomie bei der Haushaltsbewirtschaftung und durch eine stärkere Nutzung privatrechtlicher Organisationsstrukturen. Insbesondere im Bereich der öffentlichen Krankenhäuser sowie bei Einrichtungen der Ver- und der Entsorgung könnten meiner Meinung nach neben den klassischen staatlichen Formen andere Formen eines künftigen Managements erfolgreicher zu wirtschaften in der Lage sein. Die Erprobung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, unter anderem durch gemeinsam mit ausgewählten Kommunen zu entwickelnde Modellprojekte zur finanziellen, technischen und organisatorischen Optimierung von Abwasseranlagen, wird von uns in Angriff genommen.

Meine Damen und Herren, wir haben in der letzten Legislaturperiode die Möglichkeiten der **unmittelbaren Demokratie** in den Gemeinden, in den Städten und in den Kreisen des Landes geschaffen. Die Landesregierung begrüßt nachdrücklich, daß der Landtag jetzt eine **Enquete-Kommission zur kommunalen Verfassungsreform** – Teil 2 – ins Leben rufen wird, um Amtsordnung, Verwaltungsaufbau und Magistratsverfassung, aber auch Wahlrecht und Direktwahl kritisch zu überprüfen. Die Politik in den Gemeinden ist und bleibt die Basis unserer Demokratie. Da unsere Städte und Gemeinden unter den gleichen finanziellen Zwängen stehen, wird die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit noch größer werden. Was in den letzten Monaten an Sorgen aus dem kommunalen Bereich vorgetragen worden ist, nehme ich ernst. Das heißt: möglichst keine weiteren Belastungen für die kommunalen Haushalte durch Landesgesetze,

(Meinhard Füllner [CDU]: Viermal 100 Millionen!)

ausreichende Beratungszeiten bei kommunalen Stellungnahmen zu Landesvorhaben, kürzere, klarere Vorschriften, auch Streichung und Straffung, wo immer möglich. Was uns die Gemeinden vorgeschlagen haben, wird künftig als Prüfung bei jedem neuen Vorhaben zugrunde gelegt.

Da ich Ihres Beifall auf der rechten Seite des Hauses sicher bin, gehe ich davon aus, daß Sie uns mit dem gleichen Gedankengut bei jedem Vorstoß gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat, im Bundestag und in Ihrer politischen Partei unterstützen werden, denn dort gibt es die gleichen Probleme.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo wir helfen können, werden wir das tun!)

– Ich bin dafür sehr dankbar.

Der Schriftsteller Adolf Muschg hat einmal gesagt, wir seien in einem Zeitalter der Glaubenskriege aufgewachsen, in dem alles gegangen sei, nur eines nicht: der Zweifel zugunsten des anderen: dies sei keine Zeit für Zwischentöne, zivile Wortmeldungen, Intellektuelle gewesen. Dieser Satz gilt nach meiner Meinung gerade heute, in einer Zeit, in der kritischer Geist nötiger ist denn je, in der Neugier, Offenheit, Toleranz und Solidarität so unverzichtbar sind wie niemals zuvor.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Unsere **Kulturpolitik** im Lande soll diesen geistigen Prinzipien folgen, indem sie allen Formen von Kultur Rechnung trägt, von der kleinteiligen und vielfältigen Stadtkultur bis hin zum Schleswig-Holstein Musik Festival, von amateurhaften Expressionen bis hin zu Hochprofessionellem. Was wir nicht wollen und nicht zulassen werden, ist eine Hierarchie von Kultur. Jede Form von Kultur ist der anderen gleichwertig. Sie hat den gleichen Anspruch auf Anerkennung.

(Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU]: Das ist aber ganz neu!)

– Für Sie ist das neu; denn Sie haben früher immer nur die Glanzprojekte gefördert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe – Unruhe)

– Ich werde es ein bißchen einschränken, weil Herr Dr. Bendixen und ich – bei aller sonstigen Gegnerschaft – in vielen kulturpolitischen Fragen doch schon einmal am gleichen Strang gezogen haben. Kultur muß auch in der Zukunft – von einzelnen Fällen abgesehen – kein wesentlicher Streitapfel sein.

Meine Damen und Herren, mit den kulturpolitischen Schwerpunkten, die die Landesregierung in den letzten Jahren gesetzt hat, sind wir erfreulicherweise der historischen Entwicklung vorausgeeilt. Das Projekt „Ars Baltica" oder die Nordischen Filmtage oder die Nordischen Literaturtage haben schon vor langer Zeit eine Öffnung Europas aufgenommen, die noch nicht real vorhanden war. Wir sind insoweit mit der Kulturpolitik nicht erst in unserer Zeit ein Wegbereiter einer **nordischen Gemeinschaft** gewesen, wie Sie uns allen heute als eine realistische Möglichkeit vor Augen steht. Diese Entwicklung möchten wir mit Vorrang weiter fördern – unter Zuhilfenahme des uns inzwischen zwar teuer, aber auch liebgewordenen Kulturzentrums Salzau.

(Zuruf: Hört, hört!)

– Ich muß Ihnen doch auch einmal etwas Nettes tun. Das ist doch einfach so.

Trotz der finanziellen Lage des Landes halten wir einige größere **strukturbildende Maßnahmen** nach wie vor für nötig. So werden wir die Musikhochschule in Lübeck schrittweise weiter ausbauen. So werden wir – Land, Kreise, Gemeinden und Musikschulverband – eine Bestandssicherung der vorhandenen Musikschulen vereinbaren. Wir werden uns dort am Aufbau eines weiteren Projekts von Jugendkunstschule engagieren, wo ein Träger mit uns gemeinsam eine solche Sache in die Hand zu nehmen bereit ist. Die bisherigen Modelle von Musikschul- und Jugendkunstschularbeit sind – wie ich glaube –, die besten und breitesten Anstöße, die wir unserer Jugend im Bereich des Ästhetik geben können.

Die **Museen** des Landes werden als Stätten weiterentwickelt, die ästhetische Erfahrung für Kinder und Erwachsene ermöglichen. Die volkskundlichen Sammlungen erhalten einen neuen Standort in Schleswig.

(Zuruf von der F.D.P.)

Allerdings muß hinzugefügt werden: Der Ausbau wird nur in einem längeren Zeitraum und unter sparsamer Inanspruchnahme öffentlicher Mittel möglich sein. Uns ist eine Mitfinanzierung aus der Region zugesagt worden. Ich hoffe, daß es auch private Unterstützung von potenten Sponsoren aus dem Land Schleswig-Holstein geben wird. Davon jedenfalls hängt die Geschwindigkeit der Vervollkommnung des Ausbaues ab.

Im **Denkmalschutz** haben wir mit einer Bestandsaufnahme der historisch wertvollen Gärten und Parks des Landes Schleswig-Holstein begonnen. Wir möchten diese Gärten und Parks nach und nach mit den Eigentümern exemplarisch wieder herrichten und auch zugänglich machen. Die gestaltete Landschaft gehört zu den größten Schätzen des Landes, in dem wir leben.

Meine Damen und Herren, Riesensorgen bereitet den Kommunen der große **Sanierungsbedarf der Theater**. Wir haben in Schleswig-Holstein drei Dreispartentheater. Wir haben kein **A-Orchester**. Überall, wo man hinblickt, sind leere Kassen, und leider Gottes ist auch bei den Trägern keine Vorsorge für die seit Jahren bekannten Sanierungsvorhaben getroffen worden. Der einzige Ausweg, der hier möglich ist, kann nicht heißen, das Land übernimmt nicht zu seinen Verpflichtungen gehörige Aufgaben. – das kann es sich finanziell nicht leisten –,

(Beifall bei der SPD)

der einzige Weg kann deshalb nur heißen: Zusammenarbeit.

Wenn ich daran denke, daß wir drei Dreispartentheater haben, daß es in Mecklenburg mehrere bedeutende Orchester gibt, die zum Teil in ihrer Substanz gefährdet sind, dann komme ich zu dem Schluß, daß für die kommenden Jahre eine Möglichkeit bestehen muß, auch länderübergreifend, für die wenigen Gelegenheiten des Jahres, zu denen man ein großes A-Orchester braucht, durch Zusammenarbeit so etwas zu realisieren. Die Kultusministerin ist beauftragt, mit den Musikverantwortlichen und den Theatermachern solche auch länderübergreifenden, standortübergreifenden Zusammenarbeitsmöglichkeiten zu entwickeln.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die haben doch das A-Orchester! Wir brauchen das! Was heißt da „Zusammenarbeit"?)

– Ich nehme ja an, daß Sie dazu Anträge zum Haushalt stellen werden. Sie haben sich im Wahlkampf dazu so mutig geäußert, daß ich wirklich schon darauf gespannt bin, was da kommen wird.

Meine Damen und Herren, wir werden neue Veranstaltungsformen und Angebote in Schleswig-Holstein schaffen. Die ersten Kinder-und Jugendtheatertage und das Norddeutsche Theatertreffen in Kiel sollen dabei Schule machen.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Ich muß an dieser Stelle noch einmal zum Ausdruck bringen, daß gerade in dem sensiblen Bereich der **Kultur** viele Dinge künftig nur noch blühen können, wenn es uns verstärkt gelingt, **Sponsoren und Mäzene** zur Mithilfe zu gewinnen. Wir leben in einer Zeit, in der riesige Vermögensübertragungen stattfinden. Die Gründergeneration der Nachkriegszeit übergibt das Erwirtschaftete den Kindern. Wenn auch nur ein Quentchen dessen, was etwa in den Vereinigten Staaten beim Übergang von Vermögen von einer Generation zur anderen an Spenden und Stiftungen üblich ist, auch im Lande Schleswig-Holstein lebendig werden würde, dann könnten wir gerade auf diesem Gebiet der Kultur größere Schritte nach vorn tun. Ich lade alle ein, sich daran zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe am 22. Januar vor diesem Hause den Minderheitenbericht der Landesregierung abgegeben. Der dort formulierte politische Wille gilt auch für die Zukunft. Das **Zusammenleben** der **Dänen** mit den **Deutschen** und der Deutschen mit den Dänen diesseits und jenseits der Grenze ist nicht nur ein Vorbild in Deutschland, ist nicht nur ein Vorbild in Europa, sondern man darf es nach allem, was man weiß, als ein **weltweites Modell** der Zusammenarbeit von zwei großen Volksgruppen bezeichnen. Dafür gilt mein uneingeschränkter Dank und Respekt all denen, die das über Jahrzehnte zustande gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir setzen uns in der Verfassungskommission auf Bundesebene dafür ein, daß in einem geänderten Grundgesetz die Rechte der **Minderheiten und Volksgruppen** in Deutschland unter den **Schutz der Verfassung** gestellt werden, ebenso wie das in der Landesverfassung der Fall ist. Ich weiß mich da – so glaube ich jedenfalls –, mit allen Kräften dieses Hauses einig.

Artikel 5 der Landesverfassung stellt die Minderheiten unter den besonderen Schutz des Landes – das wissen alle –, aber er stellt sie auch unter den **Schutz der Gemeinden und der Gemeindeverbände**. Wenn künftig bei unseren Minderheiten, insbesondere im dänischen Bereich in Schleswig-Holstein, Notwendigkeiten auftauchen, dann wird nicht nur das Land, sondern dann werden auch die Gemeinden und die Gemeindeverbände gucken müssen, ob alle Anforderungen, die erfüllt werden müssen, bereits erfüllt sind. Ich glaube, daß wir von diesem Anspruch noch ein Stück entfernt sind.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

Kurt Schulz bleibt der Grenzlandbeauftragte des Ministerpräsidenten. Wir werden unsere gute Zusammenarbeit im Geiste Kurt Hamers fortsetzen, und wir werden dabei auch weiterhin in Gesprächen mit der dänischen Regierung auf ein Minderheiteninstitut hinarbeiten. Ich glaube, daß wir eine solche Einrichtung nicht im Streit darüber, wo sie stehen soll, behandeln müssen; dies ist wohl das geringste aller Probleme.

Meine Damen und Herren, wir sind auch in Schleswig-Holstein inzwischen eine **Kommunikations- und Mediengesellschaft** geworden. Medien bestimmen einen wesentlichen Teil unseres Informationshaushalts und auch unserer Freizeit. Das Ziel einer vielfältigen Medienlandschaft sei in Schleswig-Holstein weitgehend erreicht, haben auch kritische Kommentatoren geschrieben. Was „weitgehend" heißt und in welcher Qualität das ist, darüber haben Regierende nicht zu richten. Ob das cum grano salis ist oder cum kilo salis, darüber mögen andere streiten, nämlich die Zuschauer und Zuschauerinnen.

Immerhin besitzen wir im Lande 17 eigenständige und 23 **Zeitungen** mit einem eigenständigen Regionalteil. Wir haben eine Vielzahl öffentlich-rechtlicher **Hörfunk- und Fernsehprogramme** und RSH, RTL, SAT 1, PRO 7, TELE 5 und den neuen Offenen Kanal, die über Antenne empfangbar sind. Wir haben in der letzten Zeit, dank auch der Bundespost, weitere Frequenzen erschlossen, so daß ein drittes privates Hörfunkprogramm auf Sendung gehen könnte und zwei weitere Fernsehanbieter privater Herkunft in Teilen des Landes empfangbar werden.

Wir haben außerdem neue Film- und Fernsehproduktions- sowie Dienstleistungskapazitäten nach Schleswig-Holstein geholt. Ich meine, das ist insgesamt eine erfreuliche Entwicklung. Wer künftig im Lande an neuen Frequenzen partizipieren möchte, der soll dies gern tun. Die einzige Voraussetzung ist, daß er einen Teil seines Geldes in Form von Produktionskapazitäten in diesem Lande hinterläßt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Europa ist und bleibt die einzig richtige Antwort auf die historischen Verirrungen des Nationalismus. **Europa** ist auch eine große Chance für Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und für die Dänen!)

Seit sieben Jahren haben wir hier im Lande für die Idee einer **„Neuen Hanse"** gefochten. Wir sind dafür sehr lange belächelt worden. Heute ist aus dem Projekt einer Hanse ein sehr reales Projekt der Zusammenarbeit vieler Staaten und Regionen rund um die Ostsee geworden. Wir werden in den kommenden vier Jahren die Zusammenarbeit mit den südskandinavischen Regionen ebenso wie mit unseren übrigen Nachbarn, insbesondere mit der Danziger und der Königsberger Region sowie mit dem Estland, vertiefen. Ich denke, daß damit eine Schiene von einem Teil der Ostsee hin und zurück gelegt werden kann, die nach dem Prinzip „do ut des" beiden Seiten dauerhaft von Nutzen sein wird.

Meine Damen und Herren, ich bedauere nachdrücklich – ich sage dies, weil das Stichwort gefallen ist –

(Ministerpräsident Björn Engholm)

die Entscheidung der dänischen Bevölkerung in dem **Referendum**.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P. – Karl Otto Meyer [SSW]: Aber Sie respektieren sie!)

– Aber ich respektiere sie, wie ich es in der Presse dort mit Poul Nyrop Rasmussen auch mehrfach dargebracht habe. – Mein Bedauern ist deshalb so groß, weil man in **Dänemark** wissen muß, daß der Zug zur Ratifizierung nicht zu fahren aufhören wird. Wir werden uns nicht auf ein Europa mit mehreren unterschiedlichen Geschwindigkeiten einstellen können – und dies schon gar nicht unter Partnern, die von gleicher Stärke sind. Dänemark ist in diesem Sinne von gleicher Stärke.

Das heißt unter dem Strich: Der Ratifizierungsprozeß wird fortschreiten. Die Tür wird für Dänemark offenbleiben; dafür müssen die Partner sorgen. Ich hoffe deshalb, daß Dänemark bei sorgfältigster Abwägung aller Umstände mittelfristig doch noch sagen wird: Es ist besser, an dem Tisch zu sitzen, an dem europäische Entscheidungen gefällt werden, als hinterher mit Entscheidungen leben zu müssen, an denen man selbst nicht hat mitwirken können.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P. – Zuruf des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

– Das tut mir wirklich leid, Karl Otto Meyer!

Meine Damen und Herren, die Einrichtung eines **Ministeriums für Bundesrats- und Europaangelegenheiten** unter dem neuen Landesminister Gerd Walter läßt eine optimale Interessenvertretung in Bonn und in Brüssel zu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen wir hoffen!)

Das **Hanse-Office** soll in der Zukunft, wenn unsere hamburgischen Partner damit einverstanden sind, sukzessive auch für andere Partner rund um die Ostsee geöffnet werden. Ich meine, es wäre nicht ein guter Weg – wie es sich gegenwärtig real abzeichnet –, wenn in Brüssel eines Tages 300 bis 400 regionale Sonderbüros eine Lobby betrieben. Je mehr wir uns bei gleichartigen Interessen unsere Kräfte bündeln, um so größer wird unser Gewicht sein. Das Hanse-Office wird sich deshalb für die Nachbarn im Norden und im Osten öffnen.

Meine Damen und Herren, in Zeiten großer finanzieller Schwierigkeiten wird die Zusammenarbeit von Partnern unverzichtbar. Das gilt insbesondere für unseren großen **Nachbarn Hamburg**. Wir haben in den letzten Jahren auf dem Wege zu einer Vertragsgemeinschaft die Möglichkeiten der Kooperation vertieft. Wir werden diese Möglichkeiten künftig noch weiter vertiefen.

Wer das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das letzte **Finanzurteil** – dies wird uns sicherlich noch lange beschäftigen –, sorgfältig liest, der erkennt, daß das **Bundesverfassungsgericht** am Ende zu einem fast resignativen Urteil kommt. Das Bundesverfassungsgericht stellt sinngemäß fest: Wenn die Finanz- und die Wirtschaftskraft von Ländern nicht ausreichen, dann müßten diese Länder über eine Neugliederung nachdenken. Ich möchte noch einmal – das habe ich an dieser Stelle schon häufig gesagt – deutlich zum Ausdruck bringen, daß es für ein so großes Land wie Deutschland eigentlich eine klägliche Entwicklung ist, wenn am Ende seine Gebietskörperschaften, die Länder, aus Finanzmangel gezwungen werden könnten, ihre Identität aufzugeben. Ich finde, wer seine Identität mit anderen verbinden möchte, der sollte es aus anderen Gründen, nicht aber aus Gründen der Finanznot, tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Entwicklung so weiterläuft wie bisher und der **Bund** ganz gezielt nichtwohlhabende Menschen unserer Gesellschaft sowie weiterhin auch **Länder** und **Gemeinden** zur Solidarität bittet, dann – so sage ich Ihnen heute voraus – wird jedoch der Tag kommen, wo auch wir hier gemeinschaftlich den Gedanken einer Neugliederung neu werden diskutieren müssen.

Ich werbe weiterhin für die Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben seit zwei Jahren dort tatkräftige Hilfe geleistet. Wir wissen, daß ein Ende solcher Hilfestellungen nicht absehbar ist. Der Weg zu einem neuen, selbsttragenden Aufschwung wird länger sein. Wir werden deshalb dem **Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern** weiterhin als Partner mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, **Demokratie** – das liegt im Wesen der Sache – ist niemals eine perfekte Angelegenheit. Sie ist es auch bei uns nicht. Es gibt Mißstände im politischen System. Es gibt einen immensen Reformbedarf auch bei den politischen Parteien. Vieles hat sich in der Demokratie der verfestigten Form zu weit von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt.

(Beifall bei der DVU)

Aber ich möchte alle davor warnen, sämtliche Sorgen, sämtliche unerfüllten Hoffnungen und jedwede Verantwortung ausschließlich auf die Schultern von Politikerinnen und Politikern abzuladen. Menschen müssen in einer demokratischen Gesellschaft ein großes Stück ihrer Geschichte selbst gestalten, und zwar auch jenseits von **Politik**.

(Beifall bei der SPD)

Ich warne umgekehrt uns alle, die wir hier sitzen, die Parteien, die Politikerinnen und Politiker, sich Allmacht anzumaßen, die wir nicht besitzen und die uns nicht gebührt. Das heißt: Das Omnipotenzgehabe auf der einen Seite bei der Politik und die Omnipotenzerwartung auf der anderen Seite bei der Bevölkerung führen sehr schnell zu riesigen Frustrationen und damit zu Störungen im politischen System.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Ich meine, beides, **Partei- und Politikverdrossenheit**, ist in Deutschland gegenwärtig weiter vorangeschritten, als Optimisten glauben mögen. Wenn wir uns die Geschichte anschauen, dann stellen wir fest, daß der Weg von Partei- und Politikverdrossenheit hin zu Demokratieverdruß à la Weimar häufig kürzer ist, als man denkt. Hierüber nachzudenken, und zwar auch über die Parteigrenzen hinweg, scheint mir sinnvoll zu sein.

Nach der Vereinigung ist deutlicher geworden, als es vorher der Fall gewesen ist, wie verkrustet manches an der Politik und wie erstarrt manches im Kartell der organisierten Interessen unserer Gesellschaft ist. Wir werden diese Verkrustungen aufbrechen müssen. Wir brauchen so etwas wie ein **Bündnis der Vernunft** gegen Egoismus und Unbeweglichkeit in unserer Gesellschaft. Dabei sind alle gefragt, die Politiker, die Parlamente, die gesellschaftlichen Gruppen, jeder und jede einzelne. Wer die Zukunft in diesem Lande und in Deutschland insgesamt gewinnen will, der muß sich vor allem davor hüten, dem Prinzip von Sankt Florian oder von Ohnemichel nachzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Monaten gesehen, wie schnell solche Schwenks bei den politischen Parteien vollzogen werden können, wenn es um Schlickablagerungen geht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, dann werden wir Sankt Florian und den Ohnemichel obendrauf besiegen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir in Schleswig-Holstein wollen dazu einen vollen Beitrag leisten. Dabei ist die **absolute Mehrheit** – die wir knapp, aber immerhin doch erzielt haben –

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na!)

kein Freibrief für die Regierenden, und sie ist auch kein Ersatz für die alltägliche Vertrauensarbeit, die alle zu leisten haben werden. Die **SPD** hat die Führung auf Zeit anvertraut bekommen. Dieses Vertrauen muß jeden Tag neu erworben und neu begründet werden.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: In der Tat!)

Ich unterbreche mein Schlußwort gern, um zu sagen: Das Lächeln von Herrn Kubicki in dem Moment, in dem ich von der absoluten Mehrheit gesprochen habe, war etwas gequält.

(Heiterkeit – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein; kein Zweifel!)

Meine Damen und Herren, auf einem der Gotländer Kalksteine der Lübecker Schiffergesellschaft steht: „Allen zu gefallen ist unmöglich." Das ist in unserer Zeit heute richtiger denn je. Dafür um Nachsicht bittend, will die Landesregierung Schleswig-Holstein, der Zukunft verpflichtet, den Traditionen dieses Landes verbunden, in guter Nachbarschaft mit allen Partnern rund um die Ostsee ans Werk gehen. Wir wollen ans Werk gehen im Geiste Thomas Manns, für die „Herzensheimat des Nordens" – in Verantwortung für das Land Schleswig-Holstein.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Meine Herren und Damen, ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Ihre Rede war lang, wolkig und an vielen Stellen inhaltlich falsch.

(Beifall bei der CDU)

Um Ihren neuen Schnack aufzugreifen: Cum grano salis – oder cum kilo salis – war das nichts.

(Heide Moser [SPD]: Das paßt aber nicht ganz!)

Am bemerkenswertesten fand ich, daß Sie einige sozialdemokratische Grundpositionen nun wirklich aufgeben und dafür die Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion mit donnerndem Getöse finden.

(Beifall bei der CDU)

Das war bemerkenswert. Jochen Steffen würde sich wundern. Gert Börnsen trägt es, ohne zu klagen, weil es derzeit in Schleswig-Holstein keine sozialdemokratische Alternative zum Ministerpräsidenten gibt.

(Holger Astrup [SPD]: Auch sonst keine!)

– Binnen kurzem keine sozialdemokratische Alternative, sonst ja, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Nur: Binnen kurzem muß es sie geben. Sie gehen nach Bonn. Ob Sie es wirklich wollen, weiß niemand genau. Aber was will man machen? – Hans-Ulrich Klose ist keine Alternative mehr, und Oskar? – Oh, Oskar!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Also geht der Ministerpräsident bald nach Bonn, und trotzdem schrieben Sie zu Recht über Ihre Regierungserklärung für vier Jahre: Verantwortung für Schleswig-Holstein.

Herr Ministerpräsident, einige Gedanken in Ihrer Regierungserklärung – das sollte vielleicht auch die sozialdemokratischen Kollegen interessieren – finden unsere Zustimmung.

(Peter Wellmann [SPD]: Danke schön!)

(Dr. Ottfried Hennig)

Beispielhaft nenne ich Ihr vorbehaltloses Bekenntnis zur **sozialen Marktwirtschaft**, das sich in keinem SPD-Parteiprogramm wiederfindet

(Beifall bei der CDU)

und im klaren Widerspruch zu Ihrem Wahlprogramm steht, in dem Sie noch den demokratischen Sozialismus zum Ziel erhoben haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne Ihr Ziel, die **Verkehrsinfrastruktur** zu verbessern, nachdem Sie vor vier Jahren mit dem Straßenrückbau begonnen hatten.

(Holger Astrup [SPD]: Das eine schließt das andere nicht aus!)

Wer die Positionen der SPD bis zum Wahltermin mit den gestrigen Verlautbarungen des Verkehrsministers vergleicht, der könnte fast an einen Regierungswechsel in Schleswig-Holstein glauben, Herr Thomas,

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist es! – Beifall bei der CDU)

so komplett ist der Durchbruch für die Positionen der CDU.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich nenne Ihre Anerkennung **moderner Technologien**, die im Gegensatz zum Technikskeptizismus vieler SPD-Programme steht. Ich nenne Ihre Bereitschaft, weniger Gesamtschulen einzurichten als ursprünglich geplant, obgleich Ihre Partei die Gesamtschule für die beste Schulform hält, und ich nenne Ihr Bekenntnis zur Medienvielfalt in Schleswig-Holstein, nachdem Sie selbst und Ihre Partei gegen privaten Rundfunk und gegen privates Fernsehen zu Felde gezogen sind.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist es! – Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich wünsche Ihnen, daß Ihre Partei Ihnen auf diesem Kurs folgt, aber ich habe da noch meine Zweifel; die Praxis dieser vier Jahre wird es erweisen.

Ihre Abkehr vom demokratischen Sozialismus bietet auch die Möglichkeit, in wichtigen zentralen Fragen über Parteigrenzen hinweg dort zusammenzuarbeiten, wo wir uns einig sind. Dies sollte insbesondere für die **Neuordnung der Finanzbeziehungen** zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Bundesländern von 1995 an gelten. Ich biete Ihnen an, daß wir dieses Stück des Weges gemeinsam gehen.

(Beifall bei der CDU)

Die schleswig-holsteinische CDU wird Ihnen helfen, wenn Sie vernünftige Vorstellungen zum Länderfinanzausgleich und zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern entwickeln und die Opposition in einen sorgfältigen Konsultationsprozeß einbeziehen.

Es geht hier nicht – an dieser Stelle nun wirklich nicht – um Konfrontation und Feldgeschrei, sondern um ein gutes Ergebnis für Schleswig-Holstein, das unserer Leistungskraft gerecht wird. Wenn Sie hier Gemeinsamkeit wirklich wollen, können Sie sie zu vernünftigen Bedingungen haben; denn so sehr wir uns über gestiegene Bundeszuweisungen freuen – sinnvoller ist es, wenn Schleswig-Holstein aus eigener Kraft seine Aufgaben wahrnehmen und bezahlen kann.

Herr Ministerpräsident, ich möchte das Angebot zur Gemeinsamkeit und zur Zusammenarbeit auf einen weiteren Bereich ausdehnen.

(Zuruf von der SPD: Noch einen?)

Die Einigung Europas nimmt immer deutlichere Formen an. Das Vertragswerk von Maastricht ist ein wichtiger Meilenstein in dieser Entwicklung. Gerade an einem Tag, wo wir uns über einen Rückschlag für **Europa** in unserem nördlichen Nachbarland Dänemark Sorge machen müssen, gerade in einer Zeit, in der die Zustimmung zu Europa in der Bevölkerung sichtbar zurückgeht, lieber Herr Meyer – das kann keiner übersehen –,

(Karl Otto Meyer [SSW]: Europa ist doch mehr als die EG!)

– sicher ist es das, aber die streben ja auch dahin, wie Sie wissen –

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

empfinde ich es als äußerst bedrückend, daß dieser Zustimmungsprozeß rückläufig ist.

(Beifall bei der CDU)

Gerade in einer solchen Zeit ist es notwendig, daß alle Parteien, die seit über 40 Jahren für die europäische Einigung eingetreten sind, gemeinsam die europäischen Verträge umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich: Das **Europa der Regionen** soll nicht nur ein Schlagwort bleiben, sondern muß mit Leben erfüllt werden. An dieser Aufgabe werden wir uns beteiligen. Wenn es dabei um eine sinnvolle Fortentwicklung des Föderalismus, wenn es um das Subsidiaritätsprinzip geht, werden Sie uns in vernünftiger Weise an Ihrer Seite finden.

(Beifall bei der CDU)

Aber so sehr ich Ihren Sinneswandel begrüße, so sehr bezweifle ich nach den Erfahrungen der vergangenen vier Jahre, daß dies die konkrete Politik der kommenden Jahre sein wird. Ihr Lob für eine einmalig – angeblich einmalig – gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Wirtschaft erstaunt mich schon sehr. Haben Sie denn bei der Rede des IHK-Präsidenten Dr. Süverkrüp nicht aufmerksam zugehört, Herr Mini-

(Dr. Ottfried Hennig)

sterpräsident? – Er hat Ihrer Wirtschaftspolitik doch ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Sie waren wohl auf einer anderen Veranstaltung!)

– Ich war auf dieser Veranstaltung, und ich glaube, daß es eine für Sie im wesentlichen peinliche Veranstaltung war, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion.

Herr Ministerpräsident, Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung, Sie wollten die Zusammenarbeit mit dem Gebiet Königsberg vertiefen. Ich bin am 19. und 20. Februar dagewesen, und Herr Matochkin, der Gebietskommissar, hat sich bei mir regelrecht darüber beklagt – zwei F.D.P.-Kollegen aus dem Deutschen Bundestag waren dabei –,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich nicht!)

daß ein Brief von ihm an Sie, Herr Ministerpräsident, vom Sommer 1991 bis dato ohne jede Antwort aus Kiel geblieben war. Ich halte das nicht für ein Zeichen guter Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das nachforschen wollen, ein Tip: Er hat den Brief Herrn Luckhardt mitgegeben. Vielleicht ist er auf diesem Wege hängengeblieben.

(Lachen bei der SPD)

Ich frage auch, was ein Bekenntnis zur **Verkehrsinfrastruktur** wert ist, wenn das wichtigste in Ihrer Regierungserklärung gänzlich unerwähnt bleibt. Über die Anbindung der neuen Elbquerung an die Ostseeautobahn A 20 – ich habe Ihnen sehr sorgfältig zugehört – haben Sie kein Wort in Ihrer Regierungserklärung gesagt.

Ihr verbales Bekenntnis zu **modernen Technologien** steht in einem krassen Gegensatz zur Ablehnung einer Transrapidstrecke zwischen Hamburg und Berlin durch Ihren SPD-Landesvorstand.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Ach, was!)

Damit verbauen Sie Wege in die Zukunft Schleswig-Holsteins.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es gibt doch keinen Bahnhof in Schleswig-Holstein! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich meine, mich deutlich daran zu erinnern, daß Herr Piecyk beim Unternehmertag genau das Gegenteil vertreten hat.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Nachdem Sie an dieser Stelle so unruhig werden, meine Damen und Herren aus der SPD,

(Holger Astrup [SPD]: Die auf der rechten Seite sind unruhig!)

will ich Ihnen den Originalton Piecyk vom Unternehmertag 1991 nicht verheimlichen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe das Zitat hier vorliegen. Piecyk sagt:

> Ich halte das, was Riesenhuber gesagt hat, nämlich die Magnetschnellbahn Transrapid zwischen Hamburg und Berlin zu realisieren, für einen sehr, sehr interessanten Vorschlag für diese Region. Und ich denke, unsere Bitte müßte eigentlich doch sein – vor allem an die Regierungen von Hamburg, von Schleswig-Holstein

– Herr Ministerpräsident! –

> und Niedersachsen – ganz schnell so etwas wie eine Planungsgruppe hinzukriegen, die das abklärt und diesen Vorschlag prüft. Denn wenn das realisiert wird, wird die Attraktivität dieser Region im Norden sich um einiges erhöhen.

Und nun sagen Sie plötzlich nein zu dem gleichen Vorschlag!

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Frage ist, nicht, wie wir von Hamburg nach Berlin kommen, sondern wie kommen wir nach Hamburg!)

Ihr Rückzug in der Gesamtschulpolitik aus finanziellen Gründen legt in der Tat die Frage nahe, ob jetzt vornehmlich bestehende größere Schulen und Schulzentren gegen den Widerstand der Betroffenen umgewandelt werden sollen, weil das billiger ist.

(Beifall bei der CDU)

Und, Herr Ministerpräsident, um das zu Ende zu bringen: Am schlimmsten finde ich Ihren erneuten Einstieg in die Diskussion über einen **Nordstaat**. Damit stellen Sie Schleswig-Holstein zur Disposition.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das liegt daran, daß die meisten Minister nicht aus Schleswig-Holstein kommen!)

Nachdem Sie erst in der vergangenen Landtagssitzung Ihren Eid auf die Verfassung Schleswig-Holsteins abgelegt haben,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und das Grundgesetz!)

wollen Sie jetzt schon über eine Länderneugliederung reden. Das schadet den Interessen unseres Landes.

(Zurufe von der SPD: Ach, ach!)

Die CDU lehnt einen Nordstaat, in dem wir Hamburger Vorland werden, ab und bekennt sich ohne Wenn und Aber zu Schleswig-Holstein und seiner selbständigen und unabhängigen Zukunft.

(Beifall bei der CDU – Anhaltende Zurufe von der SPD)

(Dr. Ottfried Hennig)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Regierungserklärung von Worthülsen, von verbalen Neuschöpfungen und von Zitaten aus dem Zettelkasten entkleidet,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist nichts mehr drin!)

dann bleibt im Kern nur wenig Konkretes übrig.

(Beifall bei der CDU, der DVU und der F.D.P.)

Dies ist zutiefst enttäuschend; die Probleme unseres Landes in schwieriger Zeit werden Sie damit nicht lösen.

Eines steht leider fest. In vier Jahren wird Schleswig-Holstein weder im nationalen Vergleich der Bundesländer noch erst recht im internationalen Vergleich der Standorte vorangekommen sein.

(Holger Astrup [SPD]: Ach, was!)

Wichtige Weichen in die Zukunft werden nicht gestellt. Es wird schlecht verwaltet und es wird nicht mit Entscheidungsfreude regiert. Herr Engholm verwaltet den absehbaren Stillstand mit der linken Hand.

(Beifall bei der CDU – Holger Astrup [SPD]: Aber er schreibt rechts!)

Ihre Regierungserklärung beginnt – sie enthält das auch über weite Passagen zwischendurch und steht damit in einem Widerspruch zu Ihrer Schlußpassage – mit Schuldzuweisungen an die Bundesregierung.

(Holger Astrup [SPD]: Und hört auch damit auf!)

Ich habe fast den Eindruck, als wollten Sie sich hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag schon auf die Übernahme der Oppositionsführung im Bundestag vorbereiten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich gönne Ihnen diese Funktion von Herzen

(Holger Astrup [SPD]: Sie haben ja auch Erfahrung!)

und will Sie nicht davon abhalten, dieses Amt anzustreben. Aber so lange Sie Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein sind, haben Sie dieses Amt voll wahrzunehmen, und zwar nicht nur halbtags im Nebenjob.

(Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Ingo Stawitz [DVU])

Schuldzuweisungen an die Bundesregierung ersetzen kein Konzept zur Lösung der Probleme unseres Landes.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wer – wie Sie – ständig mit dem Zeigefinger auf andere zeigt, die angeblich an der eigenen Misere schuld sind, auf den weisen vier Finger seiner eigenen Hand zurück.

(Beifall bei der CDU – Dr. Dietrich Wiebe [SPD]: Stammt das auch aus dem Zettelkasten?)

Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, wird nicht konkret, wenn es um Lösungen für Schleswig-Holstein geht. Das, was Sie jetzt als Erfolge feiern, ist beispielsweise nicht Ihr Verdienst, weil wir Sie sowohl zur Beteiligung an den Kosten der Bahnelektrifizierung als auch zu Ihrem angeblichen Ja zur festen Elbquerung westlich von Hamburg nun wirklich erst treiben mußten.

(Lachen bei der SPD)

In beiden Fällen gleicht Ihr Ja eher einer Springprozession als klarer Strukturpolitik für unser Land.

(Beifall bei der CDU – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Geschichtsklitterung bei der Elektrifizierung! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, wir schaffen den Strom doch durch Einsparungen!)

Dabei ist tatkräftige Politik statt langer unverbindlicher Reden heute notwendiger denn je.

Um uns herum hat sich in der Tat die Welt verändert. Deutschland ist eins geworden und Europa wächst zusammen, und die Welt überwindet Konfrontation und findet Gemeinsamkeit im Streben nach Freiheit.

Diese Entwicklung geht an Schleswig-Holstein nicht spurlos vorüber; sie bietet uns Chancen und zugleich fordert sie uns. Hilfe für unsere Nachbarn in Mecklenburg-Vorpommern ist in der Tat nötig. Aber vor allem wäre eine Neubestimmung der Prioritäten hier und heute angesichts Ihrer Regierungserklärung geboten. Was können wir uns, was kann sich das Land Schleswig-Holstein angesichts der gewaltigen Herausforderungen im Osten mit großem Finanzbedarf noch leisten?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die Frage!)

Die Vielzahl der vor uns liegenden Aufgaben kann nur bewältigt werden, wenn angesichts der Haushaltslage des Landes eindeutig Schwerpunkte gesetzt und Prioritäten neu bestimmt werden.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Nun mal zu!)

Spielraum für zusätzliche Aufgaben und Ausgaben hat das Land nicht. Und gerade diese **Prioritätensetzung** fehlt in Ihrer Regierungserklärung. Statt dessen kündigen Sie zwar eine allgemeine Sparsamkeit an, aber bei der Liste neuer Versprechungen ist Sparsamkeit überhaupt nicht mehr erkennbar.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist es! – Beifall bei der CDU)

Über die Gründe für die Finanzlage können wir lange diskutieren. So einfach, wie es sich der Herr Ministerpräsident heute gemacht hat, Schuld habe allein die Bundesregierung, ist es nun wirklich nicht. Dies müs-

(Dr. Ottfried Hennig)

sen Sie sich auch in Ihrer Doppelfunktion als Parteivorsitzender sagen lassen.

Wer so doppelzüngig wie Sie in den neuen Bundesländern ständig mehr Geld für den Wiederaufbau und den Neuaufbau fordert, aber gleichzeitig jedesmal, wenn Geld umgeschichtet wird, in den alten Bundesländern den Zusammenbruch an die Wand malt, der handelt nicht nur unredlich, sondern er vergrößert auch die Kluft zwischen den alten und den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU, der DVU und der F.D.P.)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben die Verstetigung des Reformprozesses angekündigt – was immer das sei – und haben wieder den Grundsatz „Alternativ statt Additiv" hervorgeholt. Dagegen haben Sie schon in den vergangenen Jahren verstoßen. Denn angesichts einer Haushaltssteigerung von 7 % in diesem Jahr kann von Alternativ statt Additiv nun wirklich keine Rede sein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD])

Ein Kassensturz ist in der Tat an der Zeit; Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit müssen wiederhergestellt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dietrich Wiebe [SPD])

und deshalb hat meine Fraktion die Aufstellung eines **Nachtragshaushaltes** beantragt. Wir werden das morgen diskutieren.

Meine Damen und Herren, alle Vorschläge, die wir machen, werden in den kommenden vier Jahren solide finanziert sein.

(Holger Astrup [SPD]: So wie früher?)

Es geht nicht mehr darum, neue, wünschenswerte zusätzliche Projekte zu starten, sondern es kann sich nur noch darum handeln, knappes Geld sinnvoller und effektiver einzusetzen als bisher.

Zur Lösung der Finanzprobleme reicht es nicht, nur mehr Geld vom Bund und von den anderen Ländern im Rahmen der neuen Finanzbeziehungen zu verlangen, sondern auch wir müssen unseren eigenen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Dies heißt nichts anderes als: Sie müssen endlich mit dem Sparen ernst machen. Wer 300 Millionen DM für neue Gesamtschulen ausgibt, der kann von sich nicht behaupten, daß er wirklich sparsam ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wer Geld in ineffektiven Förderungsprogrammen versickern läßt, wie es der Landesrechnungshof nachgewiesen hat, der ist das Gegenteil von sparsam.

(Beifall bei der CDU – Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Wir müssen auch endlich mit der **Privatisierung** nichthoheitlicher Aufgaben ernst machen, die bisher vom Land wahrgenommen werden.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD] – Zurufe von der SPD)

– Ja, wir werden Ihnen dazu konkrete Vorschläge machen.

Und mit dem **Subventionsabbau** müssen wir auch ernst machen. Klare Zusagen hat der Ministerpräsident heute nicht bieten können.

(Günter Neugebauer [SPD]: Jetzt kommen die Alternativen!)

Meine Damen und Herren, Sparsamkeit muß auch in der Verwaltung und damit auch in den Spitzen der Ministerien beginnen.

(Beifall bei der CDU)

Mit der großen Aufgabe der **Entbürokratisierung** läßt sich finanzieller Spielraum zurückgewinnen. Deswegen haben wir zu diesem Thema die Einsetzung einer Enquete-Kommission beantragt. Ich habe, Herr Ministerpräsident, überhaupt kein Verständnis dafür, daß Sie heute ankündigen, dieses Thema von Ihrer Denkfabrik bearbeiten zu lassen.

(Meinhard Füller [CDU]: Beerdigung erster Klasse!)

– Nein, es ist viel schlimmer! Wenn der Landtag wirklich das oberste Organ der politischen Willensbildung sein soll, wie es in der Verfassung steht, dann darf die Regierung nicht auf diese Weise versuchen, Initiativen aus dem Parlament bewußt zu unterlaufen. Daraus spricht auch eine Mißachtung gegenüber dem Landtag, die ich entschieden zurückweise.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die oberste Priorität muß ohne Wenn und Aber in der **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** unserer Wirtschaft liegen. Nur sieben Monate vor dem Beginn des europäischen Binnenmarktes stehen wir vor Herausforderungen anderer Qualität als bisher. Um so wichtiger sind deshalb die ökonomischen Rahmenbedingungen. Sicherlich, die Einflußmöglichkeiten einer Landesregierung sind nicht unbegrenzt, aber die Möglichkeiten, die vorhanden sind, müssen genutzt und umgesetzt werden. Das gilt vor allem für eine bessere **Verkehrsanbindung** Schleswig-Holsteins an die neuen wirtschaftlichen Zentren im Süden und an die neuen Märkte im Osten.

Was aber die SPD – hier haben Sie sich ja vorhin darüber aufgeregt, als ich von der Springprozession gesprochen habe – und die Landesregierung sich zu diesem Thema in den vergangenen Jahren erlaubt haben, gehört zu den traurigsten Kapiteln der Landespolitik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

(Dr. Ottfried Hennig)

Manche Äußerungen aus der SPD klingen im Vergleich zu dem, was wir heute aus der Regierung hören, geradezu abenteuerlich. Ich will Ihnen nur zwei Beispiele nennen.

„Es gibt"

– so das Zitat einer Aussage von dieser Stelle aus gesprochen –

„im gesamten Unterelberaum kein Verkehrsaufkommen, aufgrund dessen sich eine solche Milliardeninvestition rechtfertigen ließe."

So Jens Vollert, unser SPD-Kollege, noch am 23. Mai 1991 hier im Landtag, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Die Landesregierung selber hat fünf Monate später hinzugefügt: Auch bei der jetzt beim Bund laufenden Überprüfung aller Planungsvorhaben dürfte das Projekt Elbquerung zur Zeit keine Chancen haben. – So Ihre Landesregierung, Herr Ministerpräsident, am 14. Oktober. Welche Fehleinschätzung dieser Ihrer Landesregierung!

(Beifall bei der CDU – Beifall des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.] – Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Als Sie dann zur Einsicht kamen, haben Sie sich noch gebührend ein paar Monate lang um den Ort für die Elbquerung gestritten. Ich hoffe, daß ist nun wirklich zu Ende.

Ich stelle fest: Die Aufnahme der **festen Elbquerung** in den Bundesverkehrswegeplan in die Kategorie „vordringlicher Bedarf" ist kein Verdienst der Landesregierung, sondern des Bundesverkehrsministers Günther Krause sowie der Christlich-Demokratischen Union in Schleswig-Holstein

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

und ihrer Bundestagsabgeordneten, die unermüdlich für dieses Ziel gearbeitet haben.

(Zuruf von der SPD: Das zieht einem ja die Schuhe aus!)

– Sie können sich gern die Schuhe ausziehen, solange sie damit nicht auf dem Tisch trommeln, Herr Kollege!

(Heiterkeit bei der CDU)

Unsere Position ist klar und eindeutig. Wir wollen die feste Elbquerung als Tunnellösung im Raum Glückstadt. Zugleich brauchen wir eine leistungsfähige Verbindung zwischen der Elbquerung und der Ostsee-Autobahn A 20 im Raum Lübeck, weil sie nur so zum Bestandteil einer europäischen Magistrale wird, die über Mecklenburg-Vorpommern bis ins Baltikum führt. Genau dies hat der SPD-Landesparteitag in Harrislee – wann war er? Ich glaube, im November – einmütig abgelehnt. Sie haben also in Wahrheit die Elbquerung mehr behindert als gefördert.

(Beifall bei der CDU)

Ein klares, sinnvolles Konzept fehlt auch für die **Wirtschaftspolitik**. Statt dessen reiten Sie nun wirklich auf verstaubten Vorschlägen herum, deren Untauglichkeit unzählige Male bewiesen worden ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Man merkt, daß Sie das Land nicht kennen!)

– Das hat mit dem Land insofern wenig zu tun, als es Vorschläge des Bundesvorsitzenden der SPD sind, Herr Kollege. Diese Vorschläge halte ich nun für die ganz Republik für falsch, wenn sie heißen: Steuererhöhungen, Ergänzungsabgabe und Arbeitsmarktabgabe. Damit wollen Sie den Menschen doch nur tiefer in Tasche greifen.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

In Ihrem Parteiprogramm werden genau diese Instrumente als Mittel zur Umverteilung von oben nach unten angepriesen. Tatsächlich sind sie Gift für unsere Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich glaube, mit diesen Vorschlägen haben Sie Ihre mangelnde ökonomische Kompetenz nachdrücklich unter Beweis gestellt. Die Folgen für unser Land sind in der vergangenen Woche deutlich geworden, als Sie die Eckwerte für den Haushalt 1993 vorgestellt haben; denn jetzt ist klar, Ihre Wirtschaftspolitik treibt dem Stillstand entgegen. Dies ist besonders für die Menschen an der Westküste und im Landesteil Schleswig bitter. Kürzung der Ansätze von 25 Millionen DM auf 17,5 Millionen DM

(Zurufe von der SPD)

bei gleichzeitiger Anrechnung der Bahnelektrifizierung – das sind allein 150 Millionen DM –,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und des Fachhochschulbereichs!)

der Fachhochschule in Heide, und möglicherweise müssen wir auch den Ausbau der Hochschulen in Flensburg hinzuzählen – da werden die von Ihnen groß gepriesenen und propagandistisch vermarkteten Regionalprogramme zur mühsam getarnten Nullnummer, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Zuruf des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD])

Die Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten kommt in Schleswig-Holstein einem Hürdenlauf gleich. Dabei sind gerade sie für die wirtschaftliche Zukunft so wichtig.

Eine der vielen Hürden ist übrigens der **Umweltminister**, dem die Kompetenz für die Landesplanung erneut zuzuweisen, nach den Erfahrungen der vergan-

(Dr. Ottfried Hennig)

genen vier Jahre eine unverzeihliche Fehlentscheidung ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dem Mittelstand könnten in der Tat durch mutige Entscheidungen – ich sage das noch einmal, weil Ihnen das so gut gefallen hat, Herr Kollege – zur **Privatisierung** nichthoheitlicher staatlicher Aufgaben neue Betätigungsfelder eröffnet werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich hätte mich über konkrete Ansätze in Ihrer Regierungserklärung gefreut. Tatsächlich war sie auch in dieser Hinsicht eine große Enttäuschung.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und jetzt kommen die Alternativen!)

Sie ist besonders für die Menschen in den strukturschwachen Regionen eine große Enttäuschung.

(Peter Wellmann [SPD]: Wieso datt denn?)

– Ich will es Ihnen gern erläutern. Aber ich wundere mich darüber, daß Sie das nicht wissen! Dies deshalb, weil die wachsenden Probleme der Landwirtschaft dort in besonders gravierendem Maße auftreten. Der Kollege Jensen-Nissen wird unsere Alternativen in diesem Bereich noch sehr sorgfältig herausarbeiten.

(Zurufe von der SPD)

Ich weiß, die jüngsten EG-Agrarbeschlüsse können uns alle nicht befriedigen. Einen echten Ausweg aus der Krise weisen sie nicht. Wir alle wissen, die Probleme der **Landwirtschaft** können nicht allein in Schleswig-Holstein gelöst werden. Wer das Gegenteil behauptet, ist unseriös. Aber wir sollten auch nichts tun, was den Landwirten noch zusätzliche hausgemachte Lasten aufbürdet.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

In dieser Hinsicht hat die Landesregierung in den vergangenen vier Jahren schwer gesündigt.

(Widerspruch bei der SPD)

Das Verbleiben des Umweltministers in seinem Amt läßt befürchten, daß dies auch weiterhin der Fall sein soll.

(Beifall bei der CDU)

Die Bauern in Schleswig-Holstein sollen wissen: Wir werden wie bisher jedem Versuch der Landesregierung, neue Lasten auf die Landwirtschaft abzuwälzen, mit Entschiedenheit entgegentreten und insbesondere alles tun, um sie vor diesem Umweltminister zu schützen, der sie nicht auf der Rechnung hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Minister Heydemann, ich finde es prima, daß Sie das alles aufschreiben; vielleicht beherzigen Sie es dann auch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie hatten ja einen bezeichnenden und bemerkenswerten Start in diese Legislaturperiode. In den „Kieler Nachrichten" vom 15. Mai lesen wir einen großartigen Satz von Ihnen: Alles, was Sie täten, sei wahr, objektiv und präzise! Ich habe selten in der Politik einen so offenkundigen Fall von arroganter und ganz unglaublicher Selbstüberschätzung erlebt wie bei Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der DVU und der F.D.P.)

Sie mögen vielleicht, Herr Professor, jedes Problem sehr gut analysieren können; das will ich gar nicht bestreiten.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Nun reden Sie doch mal etwas zur Sache!)

Aber Lösungskompetenz ist das noch lange nicht. Dies gilt insbesondere für die gewaltigen Probleme auf dem Sektor der Abfallbeseitigung, wenn ich nur an den Flensburger Müllkompost und vor allen Dingen an den **Hamburger Hafenschlick** denke. Herr Ministerpräsident, wer den giftigen Hamburger Hafenschlick, ohne bessere und modernere Technologien zu erforschen und nutzbar zu machen, einfach den schleswig-holsteinischen Gemeinden vor die Tür kippen will, der findet unseren entschlossenen Widerstand.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der DVU und der F.D.P. –Zurufe von der SPD)

Lesen Sie einmal nach, was Professor Wunner, ein anerkannter Experte aus Kiel, dazu sagt; der wird Ihnen sagen, daß eine Rechtspflicht zur Abnahme dieses Hafenschlicks nicht besteht. Ich denke, Sie sollten sich hier an die Seite der Gemeinden stellen und nicht das Gegenteil betonen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Schutz von Natur und Umwelt kann doch nur zusammen mit den Menschen gelingen.

(Horst Hager [SPD]: Das ist nicht Ihre Art!)

Wer dies gegen die Menschen durchzusetzen versucht, der wird im Ansatz scheitern. Dies wird auch der Umweltminister erfahren, wenn er zur Einsicht nicht bereit ist.

Ich habe manchmal den Eindruck, parteiprogrammatisches Wunschdenken zählt für Sie mehr als realistisches Augenmaß. Dies gilt nicht nur für die Umweltpolitik, sondern ganz besonders für Ihre energiepolitischen Ziele, Herr Jansen.

(Peter Wellmann [SPD]: Günther, jetzt bist du dran!)

(Dr. Ottfried Hennig)

Schon vor der Wahl erlebten wir eine abenteuerliche Argumentation zum zugesagten **Ausstieg aus der Kernenergie** für 1996.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das taucht auch nicht mehr auf!)

– Aber Sie werden sich wohl daran erinnern, daß sie noch im Februar hier im Landtag versichert haben, das bleibe ihr Ziel. Wir hörten dazu aber immer wieder etwas anderes: Mal wurde der Ausstiegstermin offiziell bestätigt, mal wurde er verworfen. Dann hieß es: Dies ist unser Ziel, aber wir werden es nicht erreichen.

Auch heute hat der Ministerpräsident keine Klarheit in dieser Sache geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei wissen wir doch alle, was die Enquete-Kommission uns erst kürzlich gesagt hat: Bis zum Jahre 2010 ist an einen Ausstieg aus der Kernenergie nicht zu denken. Wer etwas anderes sagt, sagt dem Volk wider besseres Wissen nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das steht nicht darin! Sie können nicht lesen!)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie heute sagen, Sie hielten die Gefahren der Atomenergie für nicht vertretbar – das ist ein wörtliches Zitat aus Ihrer Regierungserklärung –, so frage ich Sie: Warum haben Sie die Kernkraftwerke nicht schon längst stillgelegt?

(Lachen bei der SPD und Zurufe von der SPD)

Sie reden wieder einmal anders, als Sie handeln. Sich nur hinter bundesgesetzlichen Regelungen zu verschanzen, ist zu billig. Das ist der Ausstieg, aber es ist der Ausstieg ausschließlich aus der Verantwortung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen endlich vorurteilsfrei anerkennen:

(Horst Hager [SPD]: Ein bißchen seriöser, bitte!)

Entweder geht davon eine konkrete Gefahr aus, wie Sie es hier behaupten, dann müssen Sie die Kernkraftwerke stillegen, oder es geht keine konkrete Gefahr von ihnen aus, dann können sie weiterbetrieben werden. Das ist doch wohl logisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Wolgfang Kubicki [F.D.P.]: Na, so ist das nicht! Da gibt es noch die Gerichte! – Zurufe von der SPD)

– Also, dann werde ich dieses Kapitel nicht kürzen, weil es Ihnen doch so gut gefällt, und füge hinzu: Die Gefahr einer Klimakatastrophe gibt uns doch weitere Aufgaben auf. Alle Anstrengungen müssen in der Tat darauf gerichtet sein, den CO2-Ausstoß zu verringern, um eine drohende Klimakatastrophe zu verhindern. Wir dürfen die drohende Klimakatastrophe nicht mit einem Umstieg von der Kernenergie auf zusätzliches CO_2 emittierende fossile Kraftwerke beschleunigen, sondern müssen sie durch ein baldiges deutliches Zurückdrängen der fossilen Energien bekämpfen. Das ist doch die Logik dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dies kann man nun nicht nur auf dem Papier durch das Schönen von Energiebilanzen erreichen. Nichts anderes ist es aber doch, wenn die Landesregierung den propagierten Ausstieg aus der Kernenergie dadurch CO_2-verträglicher halten will, daß kein Strom mehr über die Landesgrenze geliefert wird, obwohl derzeit mehr als die Hälfte der Stromerzeugung aus Schleswig-Holstein heraus – insbesondere nach Hamburg – geliefert wird. Hamburg wiederum will seinen Ausstieg aus der Kernenergie unter anderem durch den Bau fossiler Ersatzkapazitäten in Schleswig-Holstein bewerkstelligen, und Herr Schröder in Niedersachsen sattelt noch drauf, indem er Kernenergie durch fossile Kraftwerkskapazitäten ersetzen will, obwohl die niedersächsischen Kernkraftwerke jährlich 30 Millionen t CO_2 vermeiden.

Ich kann dazu nur sagen: Die norddeutschen SPD-Regierungschefs verfolgen in ihrer Gesamtheit also eine Klimabedrohungspolitik. Deshalb ist es höchste Zeit, daß Sie die vielgepriesene norddeutsche Zusammenarbeit endlich in einer abgestimmten und auch stimmigen Energieplanung sich wiederfinden lassen, die den Anforderungen an die Bewahrung des Weltklimas wirklich gerecht wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Jansen, erst seit Mitte 1990 – da regierten Sie schon etwa zwei Jahre – wissen wir aus einer neuen **Bevölkerungsschätzung** des Statistischen Landesamtes, daß die Zahl der Kinder zunimmt und die Zahl der älteren Menschen dramatisch zunehmen wird, und zwar wesentlich stärker, als es bisher angenommen wurde. Die neueste Prognose vom Januar 1992 korrigiert diese Zahlen noch einmal nach oben.

Regierung und SPD haben auf diese Herausforderung völlig unzulänglich reagiert. Sie haben im Wahlkampf 7000 von ihnen angeblich geschaffene **Kindergartenplätze** plakatiert; ich nehme an, Sie alle können sich an diese Plakat noch erinnern. Wahr ist es nicht, meine Damen und Herren!

(Widerspruch bei der SPD – Horst Hager [SPD]: Was war denn bis 1990?)

Denn tatsächlich haben Sie in den vergangenen vier Jahren – wenn Sie die letzte Zeit noch voll hinzunehmen – bestenfalls die Schaffung von nur 5900 neuen Plätzen gefördert. Auch wenn es Ihnen nicht paßt: Dies war eine klare „Kindergartenlüge". Von 7000 von Ihnen geförderten Kindergartenplätzen kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der CDU – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Jetzt werden Sie aber kindisch!)

(Dr. Ottfried Hennig)

– Ich finde, der Sachverhalt ist durchaus ernst, meine Damen und Herren; denn Ende 1992 wird es in Schleswig-Holstein 14 800 Kinder mehr geben als 1988, und selbst die von Ihnen bis dahin behaupteten 7000 Plätze reichen bei weitem nicht einmal zur Erhaltung des Versorgungsgrades aus. Deswegen sage ich Ihnen: Seit Sie regieren, wird die Versorgung mit Kindergartenplätzen in Schleswig-Holstein prozentual leider von Tag zu Tag schlechter, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Die neueste Bevölkerungsschätzung sagt uns auch, daß zur Jahreswende 1994/1995 in Schleswig-Holstein 12 % mehr Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber leben werden, als es noch 1985 angenommen wurde. Zehn Jahre später werden es fast 23 % sein. Die Zahlen steigen also dramatisch, und im Zweifel sind alle auf der alten Prognose von 1985 beruhenden Planungen Makulatur.

Dies muß doch auch Konsequenzen für die Landespolitik haben. Ich hätte erwartet, daß der Ministerpräsident heute sagen würde, welche Konsequenzen er aus dieser Entwicklung zieht. Er hat es nicht getan. Ich fordere Sie deshalb auf: Sagen Sie, wie Sie auf diese Entwicklung reagieren wollen und wie Sie dies finanziell absichern wollen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Für junge Familien mit Kindern wie für ältere Menschen gibt es ein besonders drängendes Problem, das alle anderen in den Schatten stellt: es ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen mehr **Wohnungen**. Daran kann es keinen Zweifel geben.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Sagen Sie das mal dem Bundeskanzler!)

Aber dazu haben Sie heute wieder als ausschließliche Auskunft die alte Mär verbreitet, fehlender Wohnraum sei ein Versäumnis der Bundesregierung und der früheren CDU-Landesregierungen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen doch selbst, daß dieser Vorwurf nicht stimmt. 1986 war der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein absolut ausgeglichen.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist das!)

In Kiel wurde sogar über den Rückbau von Wohnblocks in Mettenhof nachgedacht, und viele Wohnungen standen leer.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das hat die KWG gemacht!)

– Das hat in der Tat die KWG gemacht.

Viele Probleme resultieren zwischenzeitlich aus einem Zuzug von fast 2 Millionen Menschen seit Mitte der achtziger Jahre in die alten Bundesländer. Zugleich hat sich unser Verhalten verändert. Ich will das überhaupt nicht kritisieren, aber ich will es feststellen.

Wohnten junge Menschen früher bis zum Ende ihrer Ausbildung in der Regel bei ihren Eltern, so ist es heute fast eine Selbstverständlichkeit, daß sie zum Ende ihrer Schulzeit das Elternhaus verlassen. Es ist auch eine Selbstverständlichkeit geworden – Gott sei Dank; das ist eine sehr schöne Sache –, daß ältere Menschen länger in ihrem vertrauten Lebensumfeld wohnen. Das ist gut so. Aber: Das Problem dieser Entwicklung ist mangelnder Wohnraum. Dieses Problem muß in der Tat gelöst werden. Es ist nicht mit Ihren veralteten Vorstellungen zu lösen, als gehe es nur mit sozialem Wohnungsbau.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie sprechen von 45 000 fehlenden Wohnungen, fördern selbst in vier Jahren – zumindest ist das Ihr Vorsatz – aber nur 20 000 Wohneinheiten. Schon dieser Vergleich zeigt, daß Sie mit Ihrem Konzept die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht einmal zur Hälfte lösen.

(Holger Astrup [SPD]: Das darf doch nicht wahr sein!)

Ich sage Ihnen: Wir müssen in dieser Situation bessere und effektivere Maßnahmen ergreifen,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Welche denn? – Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Privat!)

um in der Tat privates Kapital zu mobilisieren.

Gleichzeitig müssen bürokratische – wenn Sie wirklich an der Alternative interessiert wären, sollten Sie zuhören; Sie verstünden es dann noch besser –

(Holger Astrup [SPD]: Bis jetzt war es bloß heiße Luft! Daran lag das!)

und politische Hindernisse bei der Ausweisung neuer Wohnbauflächen endlich abgebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

Dies sind wichtige Voraussetzungen, um endlich mehr Wohnungen zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Nennen Sie doch Alternativen!)

Herr Ministerpräsident, in keinem Feld der Politik sind Sie mit so hohen Zielen einer sogenannten Demokratisierung angetreten wie in der Justizpolitik. Aber auch in kaum einem anderen Feld haben Sie diese Zielsetzung mit der Gründung eines eigenen **Oberverwaltungsgerichts** und vor allem mit dem Versuch, den **Richterwahlausschuß** zur verlängerten Abgeordnetenbank der SPD zu machen, so schamlos Ihrer parteipolitischen Taktik geopfert wie in der Justizpolitik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

(Dr. Ottfried Hennig)

Ihr Herr Neskovic hat uns ja regelmäßig über die Motive Ihrer Justizpolitik aufgeklärt.

(Lachen bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wer so offen bewußt die **Unabhängigkeit der Justiz** untergräbt, untergräbt zugleich das Vertrauen der Menschen in die Justiz. Deshalb sage ich Ihnen: Finger weg von der rechtsprechenden Gewalt. Sie ist unabhängig und muß es bleiben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der DVU)

Es gibt weiß Gott genügend andere Probleme des Landes, die Ihr Engagement erfordern. Ich brauche nur an die innere Sicherheit zu denken.

(Beifall bei der CDU)

Nach der vom Innenminister Anfang März veröffentlichten offiziellen Kriminalitätsstatistik haben die **Straftaten** im abgelaufenen Jahr erheblich zugenommen, insgesamt um 4,2 %.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist auch Olderog aufgefallen!)

Dies sind jährlich 10 000 Straftaten mehr allein in Schleswig-Holstein. An jedem Tag werden in Deutschland 14 500 Straftaten verübt. Weniger als die Hälfte aller Straftaten können aufgeklärt werden. Stark zugenommen hat die **Gewaltkriminalität** vornehmlich bei Raubüberfällen auf Banken und bei Überfällen auf Straßen. Diese wachsende Kriminalität führt zu zunehmenden Sorgen der Menschen im Lande. Sie müssen endlich auch von Ihnen ernstgenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch eine ureigene und ganz wesentliche Aufgabe des Landes, den Bürgern ein möglichst hohes Maß an Sicherheit zu gewährleisten.

Neben der Bildungspolitik ist dies eine der verbliebenen Kernaufgaben unserer Bundesländer. Meine Fraktion wird dieses Gebiet zu einem Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit machen. Wir werden von der Regierung die Verwirklichung einer Reihe von konkreten Punkten einfordern und die dafür notwendigen parlamentarischen Initiativen ergreifen.

(Heide Moser [SPD]: Sagen Sie doch eine!)

Stichwortartig nenne ich nur den natürlich nur stufenweise zu deckenden Personalbedarf der Polizei, ihre Ausstattung, Ausbildung und Besoldung, den Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn – das finden wir heute auch in Ihrer Regierungserklärung –,

(Holger Astrup [SPD]: Das war schon länger der Fall!

Aber das können Sie nicht wissen!)

die Organisation der Polizei sowie das von Ihnen am Ende der vergangenen Legislaturperiode noch durch das Parlament gepeitschte Polizei- und Ordnungsrecht. Vor allem aber – das kostet überhaupt kein Geld – brauchen wir endlich eine bessere Motivation der Polizei durch eine politische Führung, die hinter der Polizei steht und auf die sich die Polizei verlassen kann.

(Beifall bei der CDU und der DVU)

Manche Bedrohungen der inneren Sicherheit sind aber nicht isoliert in Schleswig-Holstein zu bekämpfen. Die um sich greifende Drogenkriminalität, die von der organisierten Kriminalität ausgehende Gefahr und die Mafia, die sich jetzt auch in Deutschland zunehmend ausbreitet, sind nur mit wirksameren gesetzlichen Rechten unserer Sicherheitsorgane in den Griff zu bekommen.

Bislang hat die F.D.P. – lieber Herr Kubicki, ich muß dies leider hier auch erwähnen – im Bundestag eine effektive Lösung verhindert.

(Manfred Clasen [DVU]: Leider!)

Jüngste Töne aus der SPD-Bundestagsfraktion sind ermunternde Zeichen, daß auch in diese Debatte Bewegung kommt. Ich habe deswegen an dieser Stelle kein Verständnis dafür, daß der SPD-Landesvorsitzende wieder einmal Sand ins Getriebe streut.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir werden Lauschangriffe nicht zulassen!)

Genauso unverständlich sind die Versuche, das Problem des stark zunehmenden Drogenmißbrauchs durch die **Freigabe von Drogen** zu lösen. Das Gegenteil wird der Fall sein: Hemmschwellen würden noch weiter abgebaut mit der Folge, daß immer mehr vor allem junge Menschen in den Sog dieses verhängnisvollen Giftes gerieten.

(Beifall bei der CDU und der DVU)

Der Ministerpräsident hat sich heute zwar gegen die – ich zitiere ihn wörtlich – „Legalisierung harter oder weicher Drogen" ausgesprochen, aber im Wahlprogramm der SPD steht etwas völlig anderes.

(Holger Astrup [SPD]: Lesen Sie vor!)

Sie wollen, daß „der Erwerb und Besitz von allen illegalen Drogen zum bloßen Eigenverbrauch nicht mehr bestraft wird". Das ist das Parteiprogramm, mit dem Sie in diese Landtagswahl gegangen sind.

Welcher Polizeibeamte soll denn noch gegen Dealer vorgehen, wenn der Erwerb und Besitz von allen illegalen Drogen zum Eigenverbrauch nach dem Vorschlag der SPD freigegeben werden soll? Wer soll auseinanderhalten, was Eigenverbrauch und was Dealen ist?

(Beifall bei der CDU und der DVU – Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Er kann nicht lesen!)

Ich will hier nur erwähnen – wir diskutieren das noch an anderer Stelle in dieser Woche –, daß sich der Innenminister mit einem schlicht verfassungswidrigen Auftrag an den OVG-Präsidenten gewandt hat,

(Dr. Ottfried Hennig)

der Regierung bei der Argumentation zum Landesnaturschutzgesetz zu helfen. Ich glaube, er hat sich damit völlig disqualifiziert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden diesen Vorgang nicht auf sich beruhen lassen. Ich meine schon, der Landtag hat in der Tat die Pflicht und Schuldigkeit, einen klaren Gesetzesverstoß der Landesregierung zu mißbilligen. Sonst sollte der Kollege Börnsen das Wort von der Kontrolle der Landesregierung auch durch die SPD-Fraktion wirklich nicht mehr in den Mund nehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Beifall des Abgeordneten Helmut Thienemann [DVU])

Die abgelaufene Legislaturperiode war gekennzeichnet durch einen beispiellosen Griff in die kommunalen Kassen: die Kürzung des **kommunalen Finanzausgleichs** um jährlich 100 Millionen DM, die Überbürdung von Lasten auf die Kommunen zum Beispiel durch Kürzung von Regionalprogrammen und Investitionshilfen durch teure und stellenintensive Leistungsgesetze zu Lasten Dritter und zahlreiche Verordnungen. So droht der finanzielle Spielraum der Kommunen gegen Null zu gehen.

Finanzielle Unabhängigkeit der Kommunen als unabdingbare Voraussetzung für eine kommunale Selbstverwaltung ist eine Herzensangelegenheit meiner Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen in der Tat unseren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, stärker auf das kommunale Geschehen einzuwirken. Ihre Pläne zur Änderung der **Kommunalverfassung** lassen eher das Gegenteil vermuten.

Der Ministerpräsident hat heute zwar klare Festlegungen vermieden, doch aus früheren Erklärungen kennen wir Ihre Absichten.

Wir setzen dagegen auf echte Ausdehnung von Bürgerrechten. Deshalb wollen wir die **Direktwahl** von Landräten, Oberbürgermeistern sowie hauptamtlichen Bürgermeistern.

(Beifall bei der CDU und der DVU)

Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit und auch wir haben sehr aufmerksam die Diskussionen Ihrer Partei, Herr Börnsen, verfolgt, wonach die **Gesamtschulfrage** aus **Bürgerentscheiden** ausgeklammert werden soll. Offensichtlich ist Ihnen Bürgerbeteiligung nur dann willkommen, wenn sie Ihnen in den Kram paßt. Gerade Ihrer Gesamtschulpolitik haben die Bürgerinnen und Bürger in einem Bürgerentscheid mehrfach eine Absage erteilt. Offensichtlich haben Sie aus Ihrem bisherigen Fiasko in der Bildungspolitik nichts hinzugelernt. Wichtige Forderungen fast aller Beteiligten mißachten Sie auch weiterhin. Schulschließungen gegen den Willen der Betroffenen darf es nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der DVU)

Das Finanzabenteuer weiterer Gesamtschulen ist endlich zu beenden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die massive Bevorzugung der Gesamtschule in personeller und inhaltlicher Hinsicht ist durch nichts gerechtfertigt und darum sofort einzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, Ihre Regierungserklärung ist für den Schulbereich eine einzige Zumutung. Frau Kollegin Angelika Volquartz wird dazu noch nähere Ausführungen machen.

Wir werden auch allen Versuchen, die **Hochschulen** ans Gängelband zu legen und die Freiheit von Forschung und Lehre einzuschränken, mit Entschiedenheit entgegentreten. Wir müssen die Eigenverantwortung der Hochschulen durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und politischer Einflüsse stärken.

Meine Damen und Herren, Herr Engholm versteht es vorzüglich, über das Wort Kultur zu philosophieren.

(Beifall bei der SPD)

– Das ist völlig unbestritten. Der ganze Landtag ist sich einig, daß er das in hervorragender Weise kann.

(Holger Astrup [SPD]: Das unterscheidet ihn von anderen! – Zuruf von der SPD: Können Sie auch noch etwas anderes als polemisieren?)

Ich will nur ein Beispiel nennen, um zu zeigen, wie es denn mit der Kulturpolitik in Schleswig-Holstein real aussieht. Das Stadttheater in Lübeck muß in diesem Jahr oder Anfang nächsten Jahres geschlossen werden, weil es baupolizeilich nicht mehr sicher ist. Es gibt nicht eine einzige Mark im Etat für eine grundsätzliche Renovierung, die 50 Millionen DM kosten würde, geschweige denn für einen Neubau, der 250 Millionen DM kosten würde. Daß die Stadt Lübeck das allein kann, Herr Ministerpräsident, glauben Sie ja wohl selber nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser 13. Landtag hat ein anderes Gesicht als seine Vorgänger. 93 000 Protestwähler haben einer Partei den Einzug in den Landtag ermöglicht, die für die Probleme unseres Landes keine realistischen Lösungskonzepte anbieten kann. Der Appell an dumpfe Emotionen, das Schüren von Vorurteilen ersetzen hier realistische Politik.

(Beifall bei der CDU)

So sehr ich Ihre platten Sprüche, meine Damen und Herren Abgeordneten der DVU, verabscheue, so sehr werbe ich um neues Vertrauen bei Ihren Wählerinnen und Wählern. Ich glaube, wir sollten dies gemeinsam tun, indem wir Probleme lösen in Schleswig-Hol-

(Dr. Ottfried Hennig)

stein. Dann wird das Protestwahlverhalten in diesem Land zurückgehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der DVU)

Zu dem wichtigsten Kapitel in diesem Zusammenhang wird der Kollege Torsten Geerdts sprechen, nämlich zu der Frage des Asylrechts, das im Kern niemand antasten will. Sie haben hier ja zu Recht den entsprechenden Artikel zitiert.

Herr Ministerpräsident, Sie haben einige Male abwertende Bemerkungen über Neulinge gemacht. Es klang auch eben ein paar Mal durch, daß die Neulinge noch alles mögliche lernen müßten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den schlechten Stil der Sozialdemokraten! – Zuruf von der SPD: Sie auch!)

Ich denke, Sie sind nur neidisch, daß wir so viele Neulinge haben. Wir haben 50 % neue tüchtige Leute in der Fraktion und Sie nicht, meine Damen und Herren. Wir haben viel Nachwuchs in der Fraktion.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die SPD braucht bald ein Altenhilfeprogramm für ihre Fraktion!)

Unser jüngster Abgeordneter ist 28, Ihr jüngster Abgeordneter 38 Jahre alt. Mehr braucht man an dieser Stelle wohl nicht zu sagen.

Wir werden unsere Rolle als Opposition im Landtag mit ganzer Kraft wahrnehmen. Wir werden die Regierung kontrollieren. Wir werden Fehler aufdecken und öffentlich machen, wenn wir Entscheidungen der Regierung für falsch halten.

(Zuruf von der SPD: Fangen Sie einmal selbstkritisch an!)

Wir werden Entscheidungen anmahnen und einfordern, wenn wir Defizite in der Regierungspolitik sehen. Wir werden unsere Kritik offen, klar und mit Leidenschaft vortragen. Aber wir werden es nicht allein – wie ich es anhand vieler Beispiele gezeigt habe – bei der Kritik bewenden lassen. Deutliche alternative Konzepte für die entscheidenen Fragen der Politik sind wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Wählerinnen und Wähler entscheiden können, und zwar nicht nur über Personen, sondern auch über Inhalte einer Politik, die von Personen vertreten wird.

(Holger Astrup [SPD]: Wieviel Prozent hatten Sie noch?)

Wir werden auch die Regierung ohne Scheu unterstützen, wenn wir der Auffassung sind, daß sie richtig handelt. Einigkeit in den Grundlagen unseres Gemeinwesens ist eine wichtige Voraussetzung für den Meinungsstreit in den politischen Sachfragen. Insbesondere wenn es um die gemeinsame Vertretung schleswig-holsteinischer Landesinteressen im Bund und im Konzert der 16 Bundesländer geht, können Sie auf meine Fraktion zählen, wenn Sie es richtig machen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

– Wischen Sie das doch nicht vom Tisch! Sie werden es bei der Finanzverfassungsreform ganz gewiß brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Je engagierter, je lebendiger, je ideenreicher, je effektiver, je wirkungsvoller und überzeugender eine Opposition ihre Aufgabe wahrnimmt – das heißt konkret: je besser sie die Regierung unter politischen Druck setzt –, desto besser ist es für unsere Demokratie.

(Zuruf von der SPD: Dann fangen Sie mal an!)

Sie wiederum müssen uns dies politisch dadurch ermöglichen, daß Sie zum Beispiel Anträge nicht nach dem Windhundprinzip unter 55 anderen Tagesordnungspunkten beerdigen – das wird sich in den kommenden Sitzungsperioden hoffentlich bessern – und daß Sie uns von den räumlichen bis hin zu den sächlichen Voraussetzungen auch wirklich mithalten lassen. Ich verspreche Ihnen: Wir werden diese engagierte, lebendige, ideenreiche, wirkungsvolle und überzeugende Opposition sein. So leisten wir unseren Beitrag zur Lösung der Zukunftsaufgaben in Schleswig-Holstein, damit unser Land fitgemacht wird für auf uns zukommende härtere Zeiten im vereinten Europa, damit die Menschen in unserem Lande ausreichend Arbeit und Wohnungen finden, damit Kinder nicht der Straße überlassen bleiben, damit junge Menschen den bestmöglichen Start ins Leben geboten bekommen, damit unsere Bauern wieder Zuversicht fassen, damit die Menschen Einklang mit Natur und Umwelt finden, damit das Geld und damit der Ertrag der Arbeit der Menschen sinnvoll genutzt wird und damit die Menschen sicher und zufrieden in Schleswig-Holstein leben können. Hierfür wird meine Fraktion und werde ich selbst mit Leidenschaft arbeiten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Börnsen.

Gert Börnsen [SPD]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Das Arbeitsprogramm der zweiten Regierung Engholm zeichnet sich durch Mut und Entschlossenheit aus, auch in schwierigen Zeiten die Kontinuität der Reformpolitik zu wahren. Es ist orientiert am Ziel der sozialen Gerechtigkeit. Die Regierungserklärung vernebelt nicht, sondern sie schafft Klarheit. Sie ist ehrlich – auch dort, wo schmerzhafte Schnitte angekündigt werden. Sie ist, meine Damen

(Gert Börnsen)

und Herren, ein Dokument der politischen Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen vergleichbaren Bericht zur Lage der Nation warten die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland seit langem vergeblich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

Je schwieriger die politische Situation ist, desto mehr erweckt die Bundesregierung den Eindruck von Orientierungslosigkeit und Führungslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

„Die Krise, die ich entdeckte, ist weniger eine ökonomische als eine politische – eine Krise des Willens und der Solidarität." So beschreibt der britische Journalist Peter Jenkins seine Beobachtungen in Bonn in diesen Tagen.

Genau das dürfte den Bundespräsidenten bewogen haben, mit dem Vorschlag eines neues Lastenausgleichsverfahrens die in Selbstzufriedenheit erstarrte Bonner Szenerie aufzurütteln.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Koalitionsparteien von CDU/CSU und F.D.P. sind hauptverantwortlich für den hohen Grad der Politikverdrossenheit, weil sie nach der Bundestagswahl, die durch eine Steuerlüge gewonnen wurde, bis heute nicht zu Ehrlichkeit und Wahrheit zurückgefunden haben

(Beifall bei der SPD)

und weil sie den Kassensturz aus Angst vor dem politischen Offenbarungseid verweigern.

(Beifall bei der SPD)

Diese **Bundesregierung** gestaltet nicht mehr, sie laviert nur noch. Sie lebt von der Hand in den Mund, und – was schlimmer ist – sie lebt, indem sie den kleinen Menschen, den kleinen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland in die Tasche greift.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] – Meinhard Füllner [CDU]: Sie sind hier in Kiel!)

Die Zukunftssorgen der Menschen sind berechtigt, denn wir erleben eine rasante Umverteilung des gesellschaftlichen Einkommens von unten nach oben. Millionen von arbeitenden Menschen werden beleidigt, wenn der Kanzler ihnen abspricht, wie die Besserverdienenden „Leistungsträger" unserer Gesellschaft zu sein, wie es vor wenigen Tagen geschehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat zuletzt am 27. Mai bei dem Gespräch mit den Koalitionsparteien deutlich gemacht: Wir drükken uns nicht vor der Mitverantwortung, wenn schwierige Entscheidungen anstehen und die Regierung die **Unterstützung der Opposition** braucht. Wir verfolgen keine Sonthofener Strategie, aber wir sind auch nicht die Ochsen, die man anspannt, um den festgefahrenen Karren der Regierungspolitik aus dem Dreck zu ziehen. Unsere Mitarbeit kann es nur geben, wenn die Regierung bereit ist, die Gutverdienenden, die Vermögenden, die Wirtschaft stärker in die Pflicht zu nehmen: bei der Verteilung der Lasten der deutschen Einheit ebenso wie bei der Schaffung einer Pflegeversicherung unter dem Dach der Sozialversicherung oder bei der Erhaltung des Solidarprinzips in der Gesundheitsvor- und -fürsorge.

Schleswig-holsteinische Politik ist geprägt durch Stabilität und Kontinuität. Das zweite **Kabinett Engholm** wird von einer sozialdemokratischen Mehrheit getragen, partnerschaftlich unterstützt von dem Abgeordneten der dänischen Minderheit, und ist in geheimer Abstimmung auch von Oppositionskreisen gewählt.

(Beifall bei der SPD)

Die Opposition im Landtag ist zahlenmäßig größer geworden. Sie ist bunt-scheckiger, vielfältiger geworden, aber leider nicht überall von gleicher demokratischer Qualität.

(Widerspruch bei der DVU)

Als Mehrheitsfraktion bieten wir allen demokratischen Parteien dieses Landtages unsere konstruktive Zusammenarbeit an. Ich erweitere dieses Angebot auch auf die außerparlamentarische Partei der GRÜNEN.

Die SPD ist stolz darauf, in Schleswig-Holstein zum zweitenmal alle Wahlkreise direkt gewonnen zu haben. Wir sehen darin eine große Anerkennung für die Leistungen von Björn Engholm, seiner Ministerinnen und Minister und der sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit, und wir sehen darin den Auftrag, diese Arbeit kontinuierlich fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion stellt zum drittenmal seit 1988 einen neuen **Oppositionsführer**. Wir nehmen diese wichtige parlamentarische Funktion sehr ernst, und wir erwarten von Ihnen die umfassende Formulierung einer politischen Alternative zur Landesregierung. Daran – das darf ich wohl nach dieser Rede sagen – hapert es noch. Wahlkampfpolemik allein macht noch keine seriöse Landespolitik.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das Glashaus wurde gerade zerbrochen!)

Wir erwarten von Ihnen auch die Unterstützung der Regierung bei der Durchsetzung schleswig-holsteinischer Interessen in Bonn.

Nichtwähler und Protestwähler zwingen alle demokratischen Parteien zum schonungslosen Infragestel-

(Gert Börnsen)

len ihres Tuns. Die SPD nimmt sich dabei nicht aus. Auch wenn vor Schnellanalysen und Patentrezepten zu recht gewarnt wird, so ist doch die wichtigste Forderung der Bürgerinnen und Bürger an uns erkennbar: mehr Glaubwürdigkeit in der Politik, mehr Durchschaubarkeit politischer Prozesse, mehr Mitbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen politischen Ebenen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mehr Sachverstand!)

Diesem Ziel haben wir die **Verfassungs- und Parlamentsreform** untergeordnet, wie auch die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Diätenanpassung, die freiwillige Überprüfung der Fraktionsfinanzen durch den Landesrechnungshof und das geplante Fraktionsrechtsstellungsgesetz. An solchen Kriterien sollten sich auch in Zukunft Regierung und Parteien – SPD-Mehrheit und die Oppositionsfraktionen im Landtag – messen lassen. Dazu gehört auch ein vernünftiges menschliches Miteinander über die Grenzen von Regierung und Opposition hinweg. Kalte Machtpolitik hängt den Menschen nicht nur in Schleswig-Holstein zum Halse heraus.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Das sollten Sie sich auf Ihre Fahnen schreiben!)

Wir haben in diesem Land gelernt, daß der politische Gegner kein Feind ist. Herr Hennig, das gilt auch für diejenigen, die aus Protest eine Partei verlassen.

Gelingt uns die Lösung der drängenden sozialen Fragen und die Bewahrung demokratischer Kultur nicht, dann droht die Gefahr von rechts. DVU und Republikaner sind nur zu einem geringen Teil wegen ihrer nationalistischen Parolen gewählt worden. Die Mehrheit ihrer Wähler wählte den Protest. Deshalb unterscheiden wir zwischen Repräsentanten der DVU und ihren Wählerinnen und Wählern.

(Beifall bei der SPD)

Den Abgeordneten der **DVU** kann ich eines versprechen: Weil wir Ihre Parolen zutiefst verachten, werden wir alles tun, damit Sie und Ihre Partei aus diesem Landtag wieder hinausgewählt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten genau hinsehen, und wir sollten genau hinhören, wenn **Fremdenhaß** und **Intoleranz** gepredigt werden: „Anatolien den Türken – Schleswig-Holstein den Deutschen", „multikriminelle Gesellschaft", „Scheinasylanten nehmen den Deutschen die Wohnungen weg" – das sind nur einige der Schmutzparolen der DVU aus dem Wahlkampf.

(Zurufe von der DVU: Das ist Tatsache! Das sind die Fakten!)

Einen mehr oder weniger starken rechtsextremistischen Bodensatz mag es überall in Europa geben, aber nirgendwo sind die historischen Erfahrungen so unmenschlich und so verheerend wie in Deutschland.

(Manfred Clasen [DVU]: Die des Kommunismus auch!)

Der Historiker Peter Wulf schrieb vor wenigen Tagen in den „Kieler Nachrichten" über den **Rechtsextremismus**:

„Nach den gemachten Erfahrungen ist vor diesen Parteien zu warnen. Sie vertreten politische Lösungen, die sich in der Vergangenheit als lebensgefährlich erwiesen haben. Nur Aufklärung, Einsicht, politische Vernunft und das Wissen, daß radikale Lösungen Unfreiheit zur Folge haben, helfen weiter."

Dieses Parlament kann und wird zur öffentlichen Aufklärung über die aktuelle Ausformung des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein einiges beitragen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

Wer die Lasten der deutschen Einheit einseitig auf dem Buckel der kleinen Leute ablegt, wem bei steuerlichen Kinderfreibeträgen die Kinder von Ministern teurer sind als die von Werftarbeitern, wer immer nur auf Eigenheime statt auf Sozialwohnungen setzt, wer die Wohnungsnot ignoriert und die Arbeitslosigkeit herunterspielt, wer die Armut nicht sieht, die sich um uns herum ausbreitet und die auch als öffentliche Armut längst die gesellschaftliche Reformpolitik auf Kosten der Schwächsten der Schwachen einschränkt und belastet,

(Meinhard Füllner [CDU]: Alles alte Klassenkampfparolen! – Weitere Zurufe)

der schafft den Nährboden für Rechtsextremismus, Nationalchauvinismus und Fremdenhaß.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Explodierende Mieten, eklatante Wohnungsnot, Inflation, Steuererhöhungen auf breiter Front, steigende Arbeitslosigkeit,

(Ingo Stawitz [DVU]: Das haben Sie zu verantworten!)

Rentenanpassung unterhalb der Inflationsrate, davongaloppierende Gesundheitskosten,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist die miese Stimmungsmache der Sozialdemokraten!)

Rekordstaatsverschuldung – das ist nicht einmal eine polemische, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme der derzeitigen gesellschaftlichen Situation.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die **öffentliche Verschuldung** in Deutschland wird von 1,36 Billionen DM im Jahre 1992 auf 2,2 Billionen DM im Jahre 1995 ansteigen. Das ist eine Zunah-

(Gert Börnsen)

me um mehr als 60 %. Die Bedeutung dieser Zahlen kann niemand mehr erfassen. Aber begreifen kann man, daß der Schuldenstand von 1995 etwa der Höhe des gesamten Bruttosozialprodukts von 1989 entsprechen wird. Die Schulden fressen die volkswirtschaftlichen Leistungen auf.

Was können wir nun landespolitisch tun, um Vertrauen zurückzugewinnen und um eine Konsolidierung nicht nur der Finanzen, sondern auch der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen? – Ich nenne als **Maximen sozialdemokratischer Politik** in der neuen Legislaturperiode:

1. Soziale Gerechtigkeit: Nachdem die äußeren Grenzen gefallen sind, dürfen keine neuen inneren errichtet werden. Starke Schultern können und müssen mehr tragen als schwache.

(Beifall bei der SPD)

2. Nur wenn die Menschen soziale Gerechtigkeit als Staatsziel spüren, sind sie zum solidarischen Teilen bereit. Es liegt an uns, ein Klima der Solidarität zu schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

3. Wir wollen den gesellschaftlichen Konsens in zentralen Fragen unseres Landes. Deshalb versteht sich die SPD-Fraktion als Ansprechpartner für Wirtschaft und Gewerkschaften, für Kirchen, Sozialverbände und Kommunen, insgesamt für die Bürgerinnen und Bürger.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur zuhören wollen Sie nicht!)

4. Nur wer verändert, sichert die Zukunft und damit die Attraktivität und die Lebensfähigkeit der Regionen Schleswig-Holsteins. Wir werden die sozialdemokratische Reformpolitik kontinuierlich weiterführen.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der finanziellen Restriktionen bedeutet dies: Konsolidierung und Stabilisierung des Erreichten haben Vorrang vor neuen Projekten. Wer in schwierigem Gelände über den Berg kommen will, muß einen Gang zurückschalten.

(Zuruf: Sehr wahr!)

5. Trotz aller Sparbemühungen und Finanzvorbehalte: Die wichtigsten Schwerpunkte der Reformpolitik bedürfen der Verstetigung. Dies gilt für den Wohnungsbau, dies gilt für die Kindergärten, dies gilt für die Arbeitsmarktpolitik und für das Hochschulbauprogramm. Wir werden Mittel umschichten, um diese Projekte weiter zu fördern. Gleichzeitig widersprechen wir all jenen, die meinen, die notwendigen Maßnahmen im Umwelt- und Naturschutz könnten aus finanziellen Gründen noch ein paar Jahre hinausgeschoben werden.

(Beifall der Abgeordneten Gyde Köster [SPD])

Wir wissen, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist. Das ist auch der Grund dafür, daß morgen zur ersten Lesung des Naturschutzgesetzes gerufen wird.

Diese Leitlinien, meine Damen und Herren, sind der Maßstab unserer Politik.

Ich möchte Ihnen nun sechs Schwerpunkte der **Parlamentsarbeit der SPD-Fraktion** vorstellen:

1. Soziale Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Landespolitik kann bundespolitische Defizite nicht ausfüllen. Was in Bonn angezettelt wird, haben wir in Kiel auszulöffeln.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Jetzt geht das schon wieder los!)

Das gilt für Streichungen und Kürzungen in allen sozialen Bereichen, bei der Bundesanstalt für Arbeit, bei der Städtebauförderung. Wir werden das **Wohnungsbauprogramm** mit zirca 5000 Wohneinheiten jährlich ungeschmälert fortführen. Die von uns eingeführte **Fehlbelegungsabgabe**,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Viel zu spät!)

ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, werden wir voll dem Bau neuer Wohnungen zuführen.

Das neue Kindertagesstättengesetz hat die Voraussetzungen für den Ausbau unserer **Kindergarteneinrichtungen** geschaffen. Ab 1993 steigen wir in die Bezuschussung der laufenden **Personalkosten** ein. Mit unserem ehrgeizigen Programm werden wir die jahrzehntelangen Versäumnisse der CDU-Vorgängerregierungen schrittweise beseitigen.

(Beifall der Abgeordneten Gyde Köster [SPD] – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Was der Schriftsteller Heinrich Böll in seinen Frankfurter Vorlesungen 1963/64 als einen moralisch roten Faden in der Literatur bezeichnet hat, das gilt auch für uns in der Politik. Humanität in Gesellschaft und Staat bemißt sich danach, wie mit den schwächsten Gliedern umgegangen wird. Deshalb bleibt die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** und die Hilfe für Langzeitarbeitslose unser Ziel bei der Fortschreibung des Programms „Arbeit für Schleswig-Holstein".

(Beifall bei der SPD)

Daß uns die Kürzung der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit durch die Bundesregierung auch in Schleswig-Holstein zu Kürzungen zwingt, schmerzt uns offenbar mehr als die Verursacher.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wie entscheidungsunfähig die Bundesregierung selbst bei sozialpolitischen Jahrhundertaufgaben ist, das zeigt der faule Kompromiß zur **Pflegeversicherung**, der ja nicht einmal 24 Stunden gehalten hat. Seit einem dreiviertel Jahr liegt der Entwurf aus Schleswig-Holstein und aus Nordrhein-Westfalen

(Gert Börnsen)

vor, der im Bundesrat und im Bundestag mehrheitsfähig sein könnte, wenn die Bonner Koalition den Fraktionszwang aufhöbe.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD jedenfalls ist bereit, auch bei dieser großen sozialpolitischen Jahrhundertaufgabe Mitverantwortung zu tragen; denn das Pflegefallrisiko gehört in die Sozialversicherung.

(Beifall bei der SPD)

Voraussetzung ist aber, daß die Bundesregierung damit aufhört, einseitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu belasten, um die anteiligen Kosten der Arbeitgeber einzusparen.

(Beifall bei der SPD)

Karenztage bedeuten nichts anderes als die Belastung der Kranken mit den Kosten der Pflegeversicherung. Die **Streichung von Urlaubstagen** oder die Einführung von **Sonntagsarbeit** belastet die Arbeitnehmer doppelt. Solche soziale Ungleichbehandlung ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Einführung der Pflegeversicherung wird aber auch zu einer notwendigen Entlastung der Kreise und Kommunen führen, die unter der Last der **Sozialhilfe** zusammenzubrechen drohen. So hat der Landrat des Kreises Pinneberg jüngst vorgerechnet, daß er wegen des 5-Millionen-DM-Defizits eine Haushaltssperre erlassen mußte, die Einführung der Pflegeversicherung aber eine Entlastung in Höhe von allein 20 Millionen DM für den Kreis Pinneberg bedeutete.

Über unsere konkreten sozialpolitischen Schwerpunkte – Wohnungsbau, Kindergärten, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Pflegeversicherung – hinaus wollen wir weitere Impulse für eine solidarische Gesellschaft geben. Verstetigen wollen wir unsere Minderheitenpolitik mit der **Erleichterung der Einbürgerung**, unsere Gleichstellungspolitik mit der **Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes** auf der Grundlage der Landesverfassung. Wir wollen dabei mithelfen, daß die Bundesrepublik Deutschland endlich eine sozial akzeptable und frauenfreundliche Regelung für den **Schwangerschaftsabbruch** erhält.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin schon sehr gespannt auf Ihre Abstimmung morgen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir auch!)

Schleswig-Holstein hat nicht nur die erste bundesdeutsche **Frauenministerin** eingesetzt und engagierte Frauen zu Parlamentspräsidentinnen gewählt, sondern Schleswig-Holstein hat inzwischen auch das Parlament mit den meisten weiblichen Abgeordneten. Noch in diesem Jahr, so hoffe ich, wird das Bundesverfassungsgericht die Klage von CDU- und F.D.P.-Politikern aus unserem Land gegen hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen ablehnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und was machen Sie, wenn nicht?)

Aber wir wissen, meine Damen und Herren, daß wir uns erst am Anfang des Weges befinden, der zur tatsächlichen **Gleichstellung von Männern und Frauen** im Alltag führen soll. So sind die Frauen in allen Bereichen – dies, Herr Hennig, ist mir wirklich sehr ernst; da frage ich mich, warum so etwas bei Ihnen überhaupt nicht vorkommt – eindeutig die Verliererinnen der **deutschen Einheit**. Dies gilt für die Arbeitsplätze. Dies gilt für soziale Einrichtungen. Dies gilt für zahlreiche von Frauen autonom aufgebaute Projekte, die jetzt dem Diktat des Rotstifts zum Opfer fallen. Für uns ist Gleichstellungspolitik kein schmückendes Beiwerk, das in Zeiten finanzieller Enge bequem zurückgestellt werden kann, sondern fester Bestandteil unseres politischen Denkens und Handelns. Den Projekten und Initiativen nach Kräften zu helfen bleibt daher unsere gemeinsame Verpflichtung.

(Beifall bei der SPD)

2. Wirtschafts-, Technologie- und Verkehrspolitik

Im Land herrscht ein gutes wirtschaftspolitisches Klima. Die Instrumente für den Ausbau der **Wirtschafts- und Technologiepolitik** sind geschaffen. Dafür möchte ich dem ausgeschiedenen Wirtschaftsminister Franz Froschmaier großen Dank sagen.

(Beifall bei der SPD)

der in seiner häufig stillen und bescheidenen, also irgendwo ganz unbayerischen Art wirkungsvolle Arbeit für unser Land geleistet hat. Mit Uwe Thomas ist ein Nachfolger gefunden worden, der alle Voraussetzungen mitbringt, um die Arbeit nahtlos fortzusetzen.

Die **mittelständische Wirtschaft** des Landes braucht aktive Technologieförderung und den Technologietransfer. Der Ausbau der Fachhochschulen, das JESSI-Institut, die Technische Fakultät – das sind Bausteine für die technologische Entwicklung dieses Landes. Was bisher noch fehlt, ist die Entwicklung unserer **Landesbank** hin zu einem noch schlagkräftigeren Instrument im verschärften nationalen und internationalen Wettbewerb.

Ein Skandal von besonderer Klasse ist das fehlende **Konversionsprogramm der Bundesregierung** für die schleswig-holsteinischen **Standortgemeinden**, die sich auf das Wort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, des Herrn Dr. Hennig, verlassen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere:

„Wir werden dafür sorgen, daß es in solchen Fällen in mehrerlei Hinsicht einen Ausgleich gibt, nicht nur einen arbeitsmarkt- und wirt-

(Gert Börnsen)

schaftspolitischen, was die Gemeinschaftsaufgabe betrifft, sondern auch einen militärischen."

So lautet eines von vielen ähnlichen Zitaten.

Meine Damen und Herren, das Land hilft den betroffenen **Kommunen** nach eigenen Kräften.

(Zurufe von der CDU: Wo denn?)

Aber wir erwarten von Bonn, daß es seine Verpflichtungen erfüllt, und wir fordern vom Oppositionsführer in diesem Landtag, daß er die Interessen des Landes und der Kommunen gemeinsam mit uns in Bonn vertritt.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Hochschulentwicklungsplanung stellt die **Verkehrspolitik** die wichtigsten Weichen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Auch in diesem Bereich braucht sich die SPD-Landesregierung nichts vorwerfen zu lassen, vor allem nicht von einer Partei, die 38 Jahre lang die **Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken** verschlafen hat, Herr Hennig,

(Beifall bei der SPD)

sicher aber auch nicht von einer F.D.P., deren Vorsitzender uns allen Ernstes Los Angeles zur Modellgemeinde für Schleswig-Holstein erklären will.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

– Dann lesen Sie Ihre eigenen Presseerklärungen noch einmal durch! – Wir wollen unser Land zur Drehscheibe zwischen Nord und Süd und zwischen Ost und West entwickeln. Wir wollen nicht nur den **Anschluß an die europäischen Fernverkehrsverbindungen** halten, sondern wir wollen auch unser Land selbst verkehrsgeographisch erschließen. Dabei hat die Schiene vor dem Straßenbau absoluten Vorrang. Nach der **Elektrifizierung der Jütlandlinie** sollen die Vogelfluglinie und die Berlin-Verbindung folgen.

Auch bei dem Reizthema **Elbquerung** gilt für uns: Nichts geht ohne eine Schienentrasse. Der **Fehmarn-Belt-Tunnel** sollte für die Schiene gebaut werden; denn für Autos erscheint er eher entbehrlich.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Straßenbau bleibt in Schleswig-Holstein nachrangig,

(Unruhe bei der CDU)

mit der einen einzigen Ausnahme der grenzüberschreitenden Ost-West-Strecke.

Ortsumgehungen müssen kritisch auf ihre **Umweltverträglichkeit** hin geprüft werden;

(Beifall bei der SPD)

denn sie durchschneiden Biotope und Naherholungsräume.

Straßenausbau sollte, wenn nötig, auf bestehenden Trassen erfolgen, so zwischen Lübeck und Kiel, Bad Segeberg und Itzehoe. Einen neuen Autobahnring – das muß hier noch einmal ganz deutlich hervorgehoben werden – nördlich von Hamburg durch dichtbesiedelte Regionen lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt für eine **Elbquerung bei Pagensand**, wie sie bis vor kurzem noch vom CDU – –

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Wie sie von Ihnen selbst gefordert worden ist!)

– Das sollten Sie mir einmal belegen!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

– Herr Buchholz, ich gestehe Ihnen gern zu, daß Sie sich in den Archiven und in den Dokumenten des Landtags noch nicht so gut auskennen können. Es ist aber nun einmal so, daß in der Frage der Elbquerung bei Pagensand die SPD über all die vergangenen Jahrzehnte hinweg immer eindeutig gesagt hat: Aus ökologischen Gründen nein!

(Beifall bei der SPD)

Und das bleibt auch so.

Noch einmal: Das gleiche gilt für eine Elbquerung bei Pagensand.

In diesem Zusammenhang möchte in allem Ernst noch folgendes sagen: Herr Hennig, auch Sie sollten ein nicht zu kurzes Gedächtnis haben. Sonst gleiten Sie in Geschichtsklitterung ab.

(Unruhe bei der CDU)

Sie, Herr Hennig, sind es doch gewesen, der noch zu Beginn dieses Jahres im „Pinneberger Tageblatt" deutlich gemacht hat „Elbquerung zur Not auch durch den Kreis Pinneberg", was ja wohl Pagensand heißt.

(Zuruf von der SPD: Deshalb ist er auch nicht gewählt worden!)

Sie, Herr Hennig, sind es doch gewesen, der als Spitzenkandidat damals sogar deutlich gemacht hat, daß eine solche Entscheidung auch von den vier CDU-Landtagskandidaten im Kreis im Sinne der übergeordneten Sache mitgetragen werden müsse, und Sie, Herr Hennig, sind doch zurückgerufen worden, und zwar zu Recht, von Herrn Schley und von den anderen Kandidaten der CDU in Pinneberg, die gesagt haben: Nein, dies machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Denjenigen, die ihre Archive nicht geordnet haben, rate ich, das „Handelsblatt" vom 24. Februar 1992 zu

(Gert Börnsen)

lesen. „Hennig: Die SPD ist in Gefahr, an ihrer Selbstzufriedenheit zu scheitern", steht als Zitat darüber.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat sich als wahr erwiesen! – Zurufe von der SPD)

Der Artikel ist offenbar autorisiert. Da heißt es: „Er (Hennig) favorisiert eine Verbindung in Höhe Pagensand etwa auf der Hälfte der Strecke zwischen der Hansestadt Hamburg und der Elbmündung."

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Etwa auf der Hälfte!)

– Nun, bitte!

Also: Wenn Sie so tun wollen, als hätten Sie immer eine andere Position eingenommen, dann muß ich schon sagen, daß das Studium der Akten Sie Lügen straft.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens möchte ich nicht verhehlen, daß sich zu diesem Thema erstaunlicherweise auch andere aus dem Fenster gehängt haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Der Ministerpräsident zum Beispiel!)

Lesen Sie beispielsweise einmal das, was am Sonnabend, dem 1. Februar 1992, der Minister Krause im „KN"-Gespräch über die Lösung norddeutscher Verkehrsprobleme sagt. Dazu ist ein Interview mit ihm geführt worden, das hier wörtlich wiedergegeben ist und das sicherlich autorisiert worden sein wird. Auf die Frage „An welche Projekte denken Sie dabei?" heißt es hier – ich zitiere wörtlich –:

„Eine norddeutsche Verkehrslösung besteht für mich erstens aus einer Westquerung der Elbe bei Brunsbüttel, zweitens einer Ostquerung, die Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen verbindet, sowie drittens der vierten Röhre."

Wir sind also ganz offensichtlich schon zu früheren Zeiten in unserer Meinungsbildung gar nicht so weit von diesem Bundesverkehrsminister weg gewesen.

(Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es hilft ja nichts. Es wäre sinnvoll, auch in diesem Bereich die Polemik beiseite zu lassen und festzustellen, daß das Ergebnis des Gesprächs des neuen Verkehrsministers Thomas mit dem Verantwortlichen aus Hamburg

(Zuruf von der CDU: Die beiden mögen sich wahrscheinlich!)

und mit dem Bundesverkehrsminister Krause – das ist vorgestern gewesen, wenn ich es richtig verstanden habe – uns eine Chance gebracht hat, zu einer ökologisch und verkehrlich vernünftigen **Elbquerung** auf einer bestehenden Trasse zu kommen, gemeinsam mit einer Schienentrasse und unter Anerkennung des für uns wichtigsten Kriteriums, nämlich der Anerkennung der **struktur-und industriepolitischen Weiterentwicklung der Westküste**. Ohne diese Anerkennung der struktur- und industriepolitischen Weiterentwicklung der Westküste und damit insbesondere des Raums Brunsbüttel wäre die gesamte Elbquerung nur ein Verkehrsprojekt, und dafür allein lohnte es nicht; denn es geht um Struktur- und Industriepolitik.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist der Sinn der Elbquerung!)

– Herr Kubicki, Sie sind ja in diesem Bereich ganz besonders interessiert. Es geht uns darum – um das ganz deutlich zu sagen –, durch einen **Tiefwasserhafen im Brunsbütteler Raum** unsinnige weitere Elbvertiefungen, die ökologisch hochgefährlich wären, zu verhindern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da haben Sie unsere Unterstützung!)

Es wäre gut, wenn sich eine Mehrheit dieses Schleswig-Holsteinischen Landtags hinter ein solches Projekt stellte. **Elbvertiefungen** sollten aus ökologischen Gründen nicht weiter vorgenommen werden. Deshalb bietet sich der Tiefwasserhafen im Brunsbütteler Bereich an.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da haben Sie unsere Unterstützung!)

Wichtiger aber ist der **Bau der vierten Elbtunnelröhre**. Wichtiger ist, daß sich der Bund endlich dazu bereit erklärt und damit den Verkehrsinfarkt an der Elbe aufzulösen hilft.

Schleswig-Holsteins Verkehrsprobleme sind nicht ohne **Hamburg** zu lösen. Das gilt übrigens auch umgekehrt. Wir planen ein gemeinsames **Konzept des öffentlichen Personennahverkehrs für beide Länder** nach dem Modell „Ein Fahrschein – ein Fahrplan – ein Tarif."

Darüber hinaus sollten bald attraktive schienengebundene Verkehrsmittel für Pendler und Einkäufer zwischen der Hamburger Innenstadt und schleswig-holsteinischen Zielbahnhöfen nach dem **City-Bahn-Konzept** geschaffen werden, um das Hamburger Umland insgesamt verkehrlich zu entlasten. Ebenso dringlich ist der Anschluß des Flughafens Fuhlsbüttel an Schiene und Autobahnzubringer.

Mit dem **Kooperationsvertrag** sind die Landesregierungen in **Hamburg** und **Schleswig-Holstein** auf einem guten Wege zur Lösung gemeinsamer Infrastrukturprobleme. Landesgrenzen dürfen für uns kein Dogma sein, wenn es gilt, die norddeutsche Region Schleswig-Holstein/Hamburg wirtschaftlich und strukturpolitisch weiterzuentwickeln.

3. Umwelt und Naturschutz

Daß Wirtschaft und Ökologie keine Gegensätze sind, ist inzwischen eine Binsenweisheit. Schleswig-Holstein ist Modell für die gegenseitige Verträglichkeit von **Ökonomie** und **Ökologie** geworden. Die vor-

(Gert Börnsen)

sichtige Erweiterung des Achsenkonzepts ist dafür ebenso ein Beispiel wie die zahlreichen neuen Arbeitsplätze, die durch das anerkannte Ziel Umweltschutz geschaffen werden konnten. Wichtig ist aber, daß der Umweltschutz für die Wirtschaft nicht erst am Ende der Produktionspalette steht, sondern von Anfang an als ein volkswirtschaftliches Ziel begriffen wird, dem wir alle verpflichtet sind.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Woche beginnt in Rio der Umweltgipfel. Ich finde, es ist höchst bedauerlich, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht nur immer noch ohne eine Initiative für ein Naturschutzgesetz dasteht, sondern auch als einziger europäischer Staat an der Raserei auf den Autobahnen ohne Geschwindigkeitsbegrenzungen festhält.

(Beifall bei der SPD)

Was Minister Heydemann dagegen in vier Jahren in Schleswig-Holstein geschaffen hat, ist beispielhaft und vorbildlich. Im neuen **Naturschutzgesetzentwurf** steht die ganze Philosophie vom konsequenten Umweltschutz als der Voraussetzung für zukünftiges Leben, und deshalb duldet dieses Gesetz auch keine weitere Verzögerung, meine Damen und Herren. Auch die F.D.P. wird diese Reform im Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht verhindern können. Von der CDU erwarte ich Unterstützung, auch finanzieller Art, denn Herr Stritzl hat ja in seinem Interview erklärt, „die Ziele des geplanten Naturschutzgesetzes dürften nicht ins zeitlich Beliebige entschwinden". Wohl hat er recht.

(Beifall bei der SPD)

4. Unterstützung der Kommunen

Land, Kreise, Städte und Gemeinden sind eine Schicksalsgemeinschaft, die trotz unterschiedlicher Eigeninteressen zusammenhält. Jede vierte Mark aus dem Landeshaushalt fließt in die **kommunalen Kassen**. Die Streichung der Strukturhilfe durch Bonn – auch ein Thema, das Herr Hennig „ganz zufällig" vergessen hat – hat aber ebenso wie die Folgen der sogenannten Steuerreformen der vergangenen Jahre zum Ausbluten der Landes- und Kommunalfinanzen geführt. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und steigende Sozialhilfekosten drücken ebenso wie die Altlasten der Umweltzerstörung die Finanzen des Landes und der Kommunen gleichermaßen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen der Regierung Engholm haben den von früheren CDU-Landesregierungen hinterlassenen Reformstau aufgelöst und dazu beigetragen, unser Land für seine Bewohner und für Gäste, aber auch für Investoren attraktiver zu machen. Die meisten Kommunen des Landes haben diese Notwendigkeit für ihre Entwicklungsbedingungen anerkannt und die Lasten der Finanzierung mit uns gemeinsam getragen und die Reformpolitik unterstützt. Dafür sind wir ihnen dankbar.

Die Kommunen haben auch – jedenfalls die meisten von ihnen – mit uns gemeinsam die Verfassungsreform getragen und die Stärkung der **Bürgerinformations- und mitwirkungsrechte** umgesetzt. In keinem Bundesland hat es in den vergangenen Jahren vergleichbar viele Bürgerinitiativen und Bürgentscheide gegeben wie hier in Schleswig-Holstein.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Alle gegen Sie!)

Wir wollen die **kommunale Verfassungsreform** weiter forcieren und die Demokratisierung der Amtsordnung und der Magistratsverfassung ebenso angehen wie die Funktionalreform und die Entbürokratisierung und dabei auch Wahlrechtsänderungen zugunsten von mehr Bürgermitwirkung prüfen. Ich bin dem früheren Geschäftsführer des Städtebundes, Dr. Staak, sehr dankbar, daß er sich und seine Erfahrungen in eine vom Landtag einzusetzende **Enquete-Kommission** einbringen will, die Vorschläge für diese umfassende Reform mit dem Ziel der Verwirklichung rechtzeitig zur Kommunalwahl im Jahre 1994 erarbeiten soll.

Für Land und Kommunen gilt gleichermaßen, daß die Reformen der letzten Jahre jetzt mit Leben erfüllt und konsolidiert werden müssen, bevor weitere Projekte angegangen werden. Die schmerzhafte Finanzenge zwingt uns sogar, Aufgaben einzuschränken, um Mittel umschichten zu können. Das Land wird alle Vorschläge zur Entrümpelung von Gesetzen, zur Verwaltungsvereinfachung beziehungsweise zur Aufgabenkürzung sehr genau prüfen und nach Möglichkeit umsetzen. Wir wünschen uns in den Kreise und kreisfreien Städten die gleiche Prioritätensetzung wie im Land: Wohnungsbau, Kindergärten, Arbeitsmarktprojekte, Umweltschutz. Weniger wichtige Aufgaben müssen zurückgestellt werden oder sollten sogar entfallen.

Der Ausbau der **Gesamtschulen** als Regelschulen nach den Wünschen der Eltern und der Kommunen bleibt unser Ziel. Und daran beißt keine Maus einen Faden ab.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau neuer Gesamtschulen muß aber davon abhängig gemacht werden, ob er ohne weitere erhebliche Kosten möglich ist. Auch hier mußte der von der CDU in den vergangenen vier Jahren verursachte Reformstau, zu dem Sie sich ja heute sogar noch bekannt haben, schnell abgebaut werden, ohne daß die Finanzierbarkeit dabei zum ausschlaggebenden Kriterium gemacht werden durfte. Jetzt gilt es, die beschlossenen Gesamtschulen schrittweise zu finanzieren, damit sich alle Schulen erfolgreich in die Schullandschaft unseres Landes einpassen können.

Sorgen machen uns aber auch die zum Teil katastrophalen baulichen Zustände in manchen Grundschulen, die seit Jahren in der Verantwortung ihrer kommunalen Träger saniert werden müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der SPD-regierten! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Da gibt es einen Zusammenhang!)

(Gert Börnsen)

Manche Städte sind ihrer Verantwortung in diesem Bereich nicht gerecht geworden. Das Land will mithelfen, die Bausubstanz dieser Schulen wiederherzustellen und hat den **Schulbau-Unterhaltungsfonds** entsprechend erhöht. Die Verantwortung der betreffenden Kommunen – auch in finanzieller Hinsicht – bleibt davon aber unberührt.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Pflegeversicherung und der Übernahme der Sozialhilfekosten durch den Bund – wie es einst Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht vorgeschlagen hat – gibt es einen dritten Bereich, wo durch Bundesentscheidung den **Kommunen Entlastung** verschafft werden könnte: die **Beschleunigung der Asylverfahren**. Obwohl die Lager überquellen und es vielleicht auch bald bei uns in Schleswig-Holstein Zelte und Container als Unterkünfte geben muß, obwohl seit Oktober vorigen Jahres ein überparteilicher Kompromiß der großen Bundestagsparteien für die Beschleunigung vorliegt, zeigt sich die Bundesregierung auch in diesem Bereich handlungsunfähig.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie haben doch immer gebremst!)

Das Verfahrensbeschleunigungsgesetz muß jetzt kommen, wenn sich die sozialen Konflikte in den Städten und Gemeinden nicht noch weiter zuspitzen sollen. Die Politik der CDU in Sachen Asyl – gerade im Wahlkampf – war doppelzüngig und unehrlich und hat Einfallstore geöffnet

(Beifall bei der SPD und der DVU)

für ausländerfeindliche Parolen der rechtsextremen Parteien.

(Zurufe von der DVU)

Wir wollen das Beschleunigungsgesetz, und wir wollen ein in allen EG-Staaten gültiges Asylrecht für politische Verfolgte als ein Individualrecht mit verwaltungsrechtlicher Überprüfbarkeit, damit der Wesensgehalt des Artikels 16 des Grundgesetzes europäisches Recht wird. Darüber hinaus sollte die **Europäische Gemeinschaft** ein verbindliches **Einwanderungsrecht** mit strengen Auflagen schaffen und endlich **Bürgerkriegsflüchtlingen**, zum Beispiel aus den Einzelstaaten Jugoslawiens, für begrenzte Zeit die Aufnahmeberechtigung bei uns gewähren. Auf diese Weise könnten die Asylprüfungen und damit auch die Bewerberzahlen binnen kurzem um die Hälfte reduziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit gezeigt, daß es die Verfahrensbeschleunigung mit eigenen Mitteln anpackt und konkrete Vorschläge macht, um den überparteilichen Konsens zum Asylrecht, wie es ihn übrigens im Parlamentarischen Rat unter Konrad Adenauer einmal gegeben hat, wiederherzustellen.

Von den demokratischen Parteien der Opposition erwarten wir die gleiche Bereitschaft zu konstruktivem Handeln.

5. Finanzpolitik und Föderalismus

Die Politik der nächsten Jahre kann nur unter absolutem Finanzvorbehalt stehen. Seit Beginn dieser Debatte heute, also seit etwa drei Stunden, hat das Land – über den Daumen gerechnet – rund 1 Million DM für Tilgung und Zinsen aufbringen müssen. Was für die Gemeindefinanzen gilt, gilt auch ohne Abstriche für die Landesfinanzen: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Wir alle leiden unter der Entscheidungs- und Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung. Der **Bonner Kassensturz** muß endlich her. – Oder erwartet man im Zusammenhang mit dem Kassensturz auch schon den Kanzlersturz?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dietrich Wiebe [SPD])

Wir müssen endlich Klarheit und Verläßlichkeit für einen überschaubaren Zeitraum haben, damit Länder und Gemeinden ihre Planungssicherheit zurückgewinnen können. Wir können nicht alle paar Monate die mittelfristige Finanzplanung erneut überarbeiten. Wenn die Kassen leer sind, muß der Bund Vorschläge machen für sozial gerechte Einnahmeerhöhungen – alles andere ist Wählertäuschung.

(Beifall bei der SPD)

Die liberale „Zeit" schrieb am 15. Mai 1992:

> „Selbst jetzt noch, da der Kanzler das Sparen zum Gebot der Stunde erklärt hat, laviert sein Finanzminister mit vagen, unvollständigen und deshalb nicht nachprüfbaren Konzepten an der vollen Wahrheit vorbei. ... Und wie beschämend ist es für eine Regierung, daß ihr jetzt sogar die SPD-Opposition das unpopuläre Geschäft des Sparens abnehmen will und ein Sparkonzept von 40 bis 50 Milliarden DM angekündigt hat."

(Zurufe von der CDU: Steuererhöhung!)

Meine Damen und Herren, was wahr ist, muß auch hier im Landtag gesagt werden.

(Zurufe von der CDU)

Die **Finanzverfassung** von **Bund** und **Ländern**, über die gesprochen worden ist, ist seit langem aus dem Lot, und der Bund ist zu schwach, um neue, sozial gerechte und aufgabengerechte Verteilungen zu erarbeiten. Auch das Urteil der Bundesverfassungsgerichtes – das ich insgesamt aus der Sicht schleswig-holsteinischer Interessen für unbefriedigend halte – hat dies letztlich bestätigt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ob man das anders machen kann, bezweifele ich!)

(Gert Börnsen)

Für die Länder steht in dieser Debatte viel auf dem Spiel. Gelingt es, die finanzielle Lebensfähigkeit von Ländern und Gemeinden als der bürgernächsten politischen Ebene zu erhalten? Gelingt es, den Bund zur Abgabe von Aufgaben und zur besseren Finanzausstattung der Länder insgesamt zu bewegen? Oder gerät der Föderalismus via Finanzverfassungsreform endgültig ins politische Aus?

Die Beantwortung dieser Fragen entscheidet auch über die zukünftige Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein. Derzeit kann als Maxime der Finanzpolitik nur gelten: Reformpolitik durch Umschichtungen nach dem Prinzip „Alternativ statt Additiv" und mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung. Dafür hat das Landeskabinett mit den Eckdaten für den Haushalt 93 eine gute Vorlage erarbeitet.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das gerade nicht!)

Um die Entscheidungen in Bonn im Sinne schleswig-holsteinischer Interessen optimal zu beeinflussen, beteiligen wir uns intensiv an der **Verfassungsreformdiskussion** und ihrem wichtigsten Bestandteil, der Finanzverfassung. Der Landtag wird sich seinerseits durch die begleitende Verfassungskommission mit eigenen Initiativen einschalten und die Interessen der Landesparlamente zu stärken versuchen. Für uns ist es unvorstellbar, wenn Aufgaben und Kompetenzen der Länder ohne Beteiligung des Landesverfassungsgebers über Bundestag und Bundesrat an europäische Gremien weitergegeben werden sollen. Hier wird sich auch die F.D.P. zu entscheiden haben, ob sie allein den Zentralstaat im Auge hat oder den Föderalismus mit uns gemeinsam auf europäischer Ebene stärken will.

(Beifall bei der SPD)

Für diese politische Aufgabe braucht Schleswig-Holstein eine starke Vertretung in Bonn. Das Landesparlament schuldet Eva Rühmkorf für ihr engagiertes und überzeugendes Auftreten in Bonn großen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Mit Gerd Walter hat der Ministerpräsident jetzt eine ideale Besetzung gefunden, einen langjährigen Kenner der Landespolitik, erfahren auf nationalem und internationalem Parkett. Für die Aufgabenzusammenführung von Bundesratstätigkeit und Europaabstimmung sind dies beste Voraussetzungen.

Das **Europa der Regionen** darf aber kein Schlagwort sein. Auch das **Deutschland der Regionen** bedarf nach dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschland neuer Definitionen. Die Frage, ob eine stärkere und verbindlichere Kooperation bis hin zur Neugliederung – wie sie etwa zwischen Berlin und Brandenburg angedacht wird – den Regionen ökonomisch und politisch mehr verschaffen könnte, darf kein Tabu sein. Wer allerdings schon beim Problem des Hamburger Hafenschlicks die Krähwinkelperspektive nicht aufgeben mag, der taugt auch nicht für weitergehende Perspektiven.

(Beifall bei der SPD)

6. Reform des öffentlichen Dienstes

Im Hinblick auf Europa müssen wir unsere eigenen Verwaltungsstrukturen im Lande kritisch überprüfen. Eine frühzeitige Anpassung an europäische Strukturen kann uns helfen, nicht zuletzt bei der Förderung von Landesprojekten aus EG-Fonds. Auch für seine eigene Arbeitsweise wird das Landesparlament die stärkere Einbeziehung europapolitischer Informationen überdenken.

Die dringend notwendige **Reform des öffentlichen Dienstes** – wie sie hier sehr eindringlich vom Ministerpräsidenten geschildert worden ist – ist nicht allein Konsequenz aus finanzpolitischen Restriktionen oder der schnellen Veränderung föderalistischer Strukturen in Deutschland und EG-Europa. Wichtiger ist die Zielsetzung der Reform unter der Überschrift „bürgerschaftlich-öffentliche Zusammenarbeit" oder – wie es neudeutsch heißt – von „public-private-partnership".

Mit dem Schleswig-Holstein-Festival haben wir ein beispielhaftes Modell für öffentlich-private Zusammenarbeit. Wäre dies nicht auch für die Kieler Woche und für andere schleswig-holsteinische Großprojekte denkbar?

Wir stellen uns dem Problem der Aufgabenkritik mit dem Ziel der Aufgabenreduzierung. Nicht alles, was früher in öffentlicher Hand lag, muß auch in Zukunft so organisiert sein.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Na eben!)

Die **Aufgaben des Staates** ändern sich entsprechend der gesellschaftlichen und staatspolitischen Weiterentwicklung, neue Aufgaben erfordern notwendig den Abbau beziehungsweise die Umschichtung von alten Aufgaben. Das Betreiben eines Klärwerkes muß eben keine hoheitliche Aufgabe sein, wenn es auch anders praktisch funktionieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, denen wir großen Dank schulden, ehrlich sagen, daß wir auch in Zukunft an drastischen Personalkürzungen nicht vorbeikommen werden.

Daß dies aber bei einer sozialdemokratischen Regierung und auch einer sozialdemokratischen Landtagsmehrheit sozialverträglich und aufgabenorientiert erfolgt, ist eine politische Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Umweltverträglich und gleichstellungsverträglich!)

Sozialdemokratische Landespolitik wird auch in der 13. Legislaturperiode sozialdemokratische Reformpolitik sein. Stillstand bedeutet Rückschritt – und der ist uns zu teuer!

Soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität sind unsere Leitideen in einer Zeit sich verschär-

(Gert Börnsen)

fender Verteilungskämpfe. Wir wollen das große Wort von Carl Schurz beherzigen:

„Den Gebrauch der Kräfte, die man hat, ist man denen schuldig, die sie nicht haben."

Die schleswig-holsteinische Landesregierung mit Björn Engholm an der Spitze hat gezeigt, daß sie keine Schönwetterregierung ist, sondern den Mut zu Ehrlichkeit und unbequemen Entscheidungen aufbringt. Björn Engholm und die Ministerinnen und Minister seines Landeskabinetts sollen wissen, daß sie sich auf die zwar knappe, aber solidarische parlamentarische Mehrheit der schleswig-holsteinischen SPD verlassen können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Meine Herren und Damen, ich unterbreche die Sitzung. Wir fahren mit der Beratung um 15.00 Uhr fort.

Unterbrechung: 13.19 Uhr

Wiederbeginn: 15.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stawitz.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. – Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Ingo Stawitz [DVU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das ist das erstemal, daß ich eine Regierungserklärung mit solcher Intensität zu Gesicht bekomme. Wenn ich mir die Aussagen ansehe, kann ich vorab feststellen: Diese Regierungserklärung gibt Antworten auf alle Fragen, beziehungsweise jedem wird etwas geboten. Das allein ist schon verdächtig. Ich habe den Eindruck, daß diese Regierungserklärung zu gut ist, um wahr sein zu können. So ist es auch.

Die Wähler, die uns gewählt haben, wissen, was von diesen Versprechungen zu halten ist, nämlich nicht viel. Das ist der Grund dafür, daß wir der SPD und der CDU einen großen Anteil an Stimmen weggenommen haben. Das ist nicht unser Versäumnis, das ist nicht unsere Schuld, sondern das ist auf ihr eigenes Versagen zurückzuführen.

Herr Hennig, wenn Sie hier den Versuch machen, unsere Wähler und die Abgeordneten der Deutschen Volksunion zu trennen, indem Sie sagen, man solle diese Wähler nicht aufgeben, von den Abgeordneten müsse man sich allerdings distanzieren, dann haben Sie eines nicht begriffen: Es sind die Altparteien, die 40 Jahre lang gesagt haben, man müsse mehr Demokratie zulassen. Sie sprachen ständig vom mündigen Bürger. Wir sind die mündigen Bürger. Unter mündigem Bürger verstehe ich, daß man nicht 40 Jahre lang sein Kreuz an der gleichen Stelle macht, nämlich bei der CDU oder bei der SPD. Das ist für mich kein Zeichen von Mündigkeit.

Mündigkeit drückt sich dadurch aus, daß man gegen die Dinge, die falsch sind, die man als unrichtig erkennt, angeht beziehungsweise sich dagegen zur Wehr setzt. Das ist unser Bestreben, das ist das Bestreben unserer Abgeordneten, und das ist das, was unsere Wähler von uns verlangen. Sie werden in den nächsten vier Jahren feststellen, daß es sich hier nicht um radikale, nicht um extreme oder ähnliche Dinge handelt. Es handelt sich vielmehr um einfache Bürger aus dem Volk, die sich diese Parolen und diese Ausgrenzung nicht mehr bieten lassen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der DVU)

Jetzt zur Regierungserklärung!

(Peter Wellmann [SPD]: Das ist schön!)

Ich bin der Meinung, daß die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten – wie es auch Herr Hennig ähnlich zum Ausdruck gebracht hat – vollgesteckt ist mit Propagandaphrasen und Allgemeinplätzen. Es sind wenig Lösungsvorschläge vorhanden. Wenn man sich die angebotenen Lösungsvorschläge einmal etwas intensiver ansieht, stellt man sehr schnell fest, daß dahinter häufig nicht so viel steckt wie versprochen.

Die Müllwerker, die Arbeiter, die den Dreck wegräumen, werden dem Sozialabbau durch ihre Kollegin Simonis unterworfen, während Sie, Herr Engholm, die Repräsentation Ihrer Regierung finanziell weiter ausbauen. Was denken wohl die betrogenen Wählerinnen und Wähler über die Herrlichkeit Ihrer Herrschaft?

Sie traten 1988 als Saubermann in die Landesführung ein. Doch die Wählerinnen und Wähler verpaßten Ihnen inzwischen Denkzettel – so haben Sie es selbst in Ihrer Rede formuliert –, Denkzettel für politische Heuchelei. Was wir in den letzten vier Wochen in Schleswig-Holstein erlebt haben, erinnert an die Barschel-Affäre, Herr Engholm. Sie haben nur zirka 35 % der Wahlberechtigten hinter sich gebracht. Als Herrn Barschel der Machtverlust drohte, griff er zum Mittel der Diffamierung und der Bespitzelung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und der Wanzen!)

Sie selbst wurden damals Opfer. Es ist bedauernswert, daß so etwas in Schleswig-Holstein beziehungsweise überhaupt in einer parlamentarischen Demokratie geschehen konnte. Wir bringen unsere Empörung ge-

(Ingo Stawitz)

nauso zum Ausdruck, wie Sie es damals zu Recht getan haben.

Inzwischen hat aber auch Ihre Partei, die SPD, ähnliche Methoden übernommen: Diffamierung der **DVU** und Bespitzelung ihrer Abgeordneten. Das kann man aus der Presse entnehmen. Jeder, der in diesem Land wachsam ist – ich meine jetzt Schleswig-Holstein, nicht Deutschland; denn es wird uns ja zum Vorwurf gemacht, daß wir oft von Deutschland sprächen; ich rede jetzt bewußt von Schleswig-Holstein, da es sich hier um ein Landesparlament handelt –, wird erfahren, daß sich der Verfassungsschutz, das Innenministerium vorbehält, unsere Zimmer zu verwanzen beziehungsweise die Abgeordneten telefonisch zu überprüfen.

(Unruhe und Zurufe)

Hiergegen müssen wir schärfstens Protest anmelden. Das ist ein Unding. Meine Damen und Herren, Sie können sich davon in der ernst zu nehmenden Presse der letzten Tage überzeugen. Wir müssen hier unseren Protest zum Ausdruck bringen. Das ist ein unglaublicher Vorgang.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Herr Ministerpräsident, Sie lassen es zu, daß Ihre Genossen und Helfer aus den Altparteien die demokratische Opposition, also somit auch Teile unseres Volkes, mit Rechtsbrüchen und gemeinen Tricks ausgrenzen. So empfinden wir das, und so hat sich das in den letzten Wochen und Monaten abgespielt.

Was in den letzten Wochen passiert ist, läßt Rückschlüsse auf Ihr wahres Regierungsprogramm zu: Ausgrenzung und immer wieder Ausgrenzung ist das Ziel Ihrer Politik. Wenn ich mir die Äußerungen von Ottfried Hennig vor Augen führe, dann ist darin sogar der Vorschlag ins Gespräch gebracht worden, die Sitzbänke im Plenarsaal durchzusägen. So weit ist man gekommen! Welche Berührungsängste!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Auch das stand in der Presse! – Unruhe und weitere Zurufe)

– Herr Hennig, Sie lachen über Ihre eigenen Worte. Das ist nicht meine Erfindung.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist Quatsch!)

– Das ist gut, das Sie das sagen. Ich möchte nämlich gerade hinzufügen: Im Gegensatz zu den übrigen Parteien haben wir keine Berührungsängste.

(Zurufe)

– Herr Hennig, ich spreche die Menschlichkeit an, von der hier soviel die Rede ist.

Ich erinnere an die massenhafte Vernichtung von DVU-Material im Wahlkampf. Der Schutz des DVU-Eigentums war nicht gewährleistet. Es war vielen Bürgern verwehrt, von ihrem Teilnahmerecht an DVU-Versammlungen gemäß Artikel 8 des Grundgesetzes Gebrauch zu machen. Ihre Regierung ließ gewalttätigen Demonstranten freien Lauf.

Uns wurde vorgeworfen, daß die DVU nirgends präsent gewesen sei beziehungsweise keine Versammlungen abgehalten habe. Das stimmt nicht ganz. Wir haben Versammlungen abgehalten; die wurden allerdings alle gewaltsam gestört und aufgelöst. Ich habe das selbst erleben müssen. Mir ist nicht bekannt, daß Versammlungen der CDU oder der SPD aufgelöst wurden. Merkwürdigerweise sind es immer unsere Versammlungen, und das läßt doch Rückschlüsse zu.

(Beifall bei der DVU)

Wahlhelfer der DVU wurden wiederholt tätlich angegriffen. Das ist alles der Polizei gemeldet, von der Staatsanwaltschaft jedoch abgeschmettert worden. Ich habe den gesamten Schriftverkehr zu Hause.

Herr Engholm, nun mögen die Altparteien meinen, das habe nur die DVU getroffen. Ich sage Ihnen eines: Sie versagen dem kleinen Polizeibeamten Ihre Unterstützung, Sie schaffen ein Klima, in dem Gewalt gedeiht. Fragen Sie sich doch einmal, woher die Tausende von Verbrechensopfern in diesem Jahr kommen?

Nach den Aussagen des Bundeskriminalamtes wissen wir, daß es jährlich eine zunehmende Zahl von **Kriminalitätsopfern** und Verbrechen gibt. Der Trend ist nicht rückläufig, sondern er geht nach oben. Da darf man nicht gelangweilt gucken, Herr Meyer; das ist eine schlimme Sache für unsere Gesellschaft.

(Heiterkeit und Zurufe)

Die DVU mußte fünfmal die Gerichte einschalten – –

(Unruhe)

– Haben Sie sich wieder beruhigt? – Die DVU mußte fünfmal die Gerichte einschalten, um gegen die öffentlich-rechtliche Anstalt, den NDR, das Recht auf freie Gestaltung der Wahlinformation durchzusetzen. Das ist eine schlimme Sache. Herr Engholm, die Ausgrenzung politischer Meinungen haben Sie mit zu verantworten und nicht die Journalisten.

Am Wahlabend konnten gewalttätige Demonstranten sogar ins Hohe Haus eindringen. Das haben wir hier selbst erlebt. Als man der DVU-Politiker nicht habhaft wurde, richteten die Rechtsbrecher Schäden in der Kieler Innenstadt an. Herr Engholm, haben Sie die Gewaltopfer des 5. April schon entschädigt? Obwohl klar war, daß die DVU ins Landeshaus einziehen würde, haben Sie keine vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen Gewalttäter eingeleitet. Wir haben diese Information übrigens von der Polizei; ich will hier nur keine Namen nennen. Herr Ottfried Hennig hat durch diffamierende Äußerungen gegen die DVU die Gewalttäter zusätzlich angestachelt.

(Zurufe von der CDU: Was? – Weitere Zurufe)

(Ingo Stawitz)

Ich brauche Sie nicht an Ihre eigenen Worte zu erinnern, die Sie am Wahlabend von sich gegeben haben. Herr Hennig, ich bin der Meinung, daß dies eines Demokraten unwürdig ist. Das ist allerdings nicht mein Problem, sondern Ihr Problem.

(Zurufe)

Herr Ministerpräsident, Sie tragen Mitverantwortung für die Entwürdigung des Hohen Hauses. Ihre Fraktion und Ihre Helfer aus den Altparteien haben eine bewährte Parlamentstradition gebrochen, indem Sie nicht einmal der ältesten Abgeordneten die **Alterspräsidentschaft** ermöglicht haben. Sie tragen Verantwortung für die Durchsetzung des Prinzips „Macht vor Recht".

Herr Engholm, Sie sind mitverantwortlich für das ekelhafte Schauspiel um die **Sitzordnung** im Parlament.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Damit hat er doch nichts zu tun!)

Sie wollen die DVU als demokratische Opposition auch optisch ausgrenzen. Aus den Reihen der CDU war bereits zu vernehmen – ich sagte es vorhin –, man möge die Bänke im Hohen Haus durchsägen. Herr Engholm, wollen die Altparteien die demokratische Opposition wie Aussätzige ausgrenzen?

Hier ist ja viel die Rede von anderen Meinungen und der **parlamentarischen Tradition**. Wir vermissen dieses. Wir fordern das ein. Wir sind die mündigen Bürger, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht. Wir sind mit Ihrer alten Politik nicht mehr zufrieden. Wir vertreten nicht nur die 6,3 %, die uns gewählt haben; vielmehr denken zirka 30 %, die gar nicht zur Wahl gegangen sind, ähnlich. Das sind unsere künftigen Wähler.

(Beifall bei der DVU – Lachen bei der SPD und der CDU)

– Ihnen wird das Lachen noch vergehen; das prophezeie ich Ihnen.

(Zurufe von der SPD und der CDU)

Gerade dem Herrn Ottfried Hennig von der CDU müßten Tränen in den Augen stehen, wenn er sich die jüngsten Wahlergebnisse seiner Partei noch einmal vor Augen führte. Er hat eigentlich gar keinen Grund zum Lachen; er müßte ganz ruhig sein.

Herr Engholm, Ihre Regierung bedient sich des Machtapparates, insbesondere des **Verfassungsschutzes**, um die DVU auszuspionieren. Das ist auch in der letzten Sitzung des Innen-und Rechtsausschusses von Staatssekretär Wienholtz mündlich so wiedergegeben worden. Selbst auf unsere Nachfrage hin wurde das bestätigt. Das sind also keine Lügen. Wir waren mit vier Abgeordneten anwesend und haben noch einmal nachgefragt, ob es wirklich so gemeint war, wie er es von sich gegeben hat. Es ist Tatsache: Die Bespitzelung unserer Abgeordneten wird von diesen Leuten und von den Altparteien nicht ausgeschlossen.

Schon wird offen erwogen, in Büros der DVU Wanzen anzubringen, um frei gewählte Abgeordnete zu bespitzeln. Man fühlt sich geradezu an Stasi-Methoden oder an das Jahr 1933 erinnert, von dem ja hier so oft die Rede ist.

(Beifall bei der DVU – Widerspruch bei der SPD und der CDU – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Herr Ministerpräsident, Politiker aus Ihrer Fraktion verbreiten die dreiste Lüge, die DVU sei verfassungsfeindlich. Herr Engholm, wer verfassungsfeindlich ist, darüber gibt das **Bundesverfassungsgericht** besser Auskunft. Ihre Partei hat in Bonn selbst regiert und unterstützt auch heute die meisten Gesetze der Bonner Koalition. Immer wieder muß das höchste Gericht eingeschaltet werden, um Gesetzesvorschriften das Siegel der Verfassungswidrigkeit aufzuprägen. Würden Sie endlich die formalen Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Bürger Landesgesetze in einem direkten und schnellen Verfahren vor dem Verfassungsgericht prüfen lassen kann, so würden – dessen bin ich sicher – Ihre Verordnungen und Gesetze reihenweise für verfassungswidrig erklärt werden. Da ist zum Beispiel das **kommunale Wahlrecht für Ausländer**, das ja auch vom höchsten Gericht gestoppt werden mußte.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch die **Parteienfinanzierung**. Aber Sie wollen die Bürger in ihren demokratischen Rechten ausgrenzen. Es ist immer wieder die Ausgrenzungstaktik, die ich hier vorbringe.

Herr Engholm, Sie wollen die DVU von **Auslandsreisen** ausgrenzen, schon wieder. Nun, die DVU hält in der Tat nichts von bloßem Polittourismus, der den deutschen Steuerzahler viel Geld kostet, aber keine Ergebnisse bringt. Es war die Rede davon, daß man in Schleswig-Holstein Geld einsparen müßte. Deswegen haben wir auch nein gesagt zu dieser Reise, die wir für überflüssig halten. Gespräche mit dem israelischen Erziehungsminister Zevulun Hammer könnten aber Aufschluß bringen über Lehrpläne zur Bewahrung des eigenen Volkstums und zur Treue gegenüber der eigenen Nation. Da sind die Juden geradezu ein Vorbild. Yad Vashem könnte Anregungen liefern für eine ähnliche zentrale Gedenkstätte in Deutschland zu Ehren Millionen deutscher Opfer alliierter Holocaustverbrechen, zum Beispiel Vertreibung, Bombenholocaust, Fortführung des KZ-Unrechts durch die Sieger in Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen.

(Beifall bei der DVU)

Das sind keine Geheimnisse; das ist alles bekannt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie sollten sich schämen!)

(Ingo Stawitz)

Die Delegation aus Schleswig-Holstein könnte sich nach illegal nach Nahost verschobene Waffen und Kriegsgeräte aus Bundeswehr-und NVA-Beständen erkundigen und, mit diesem Hintergrundwissen ausgestattet, Fragen in einem Untersuchungsausschuß an Ex-Verteidigungsminister Stoltenberg und andere richten. Wer die anderen sind, darüber gibt es ja genügend Informationen.

(Zuruf von der CDU: Komm mal rüber damit!)

Doch Sie, Herr Engholm, setzen lieber auf Ausgrenzung. Das deutsche Volk soll nicht erfahren, wer die Hintermänner sind.

Ihre Regierungserklärung enthält ein ganzes Bündel von Ausgrenzungen. So wollen Sie das Problem der **Scheinasylanten** gar nicht anpacken, nicht wirklich anpacken. Ihr Kollege Klose will sogar die Zuwanderung von jährlich 300 000 Ausländern.

(Heide Moser [SPD]: Das ist weniger als jetzt!)

So etwas ist ja unglaublich. Wir haben 4 Millionen Arbeitslose. Es fehlen Wohnungen an allen Ecken und Kanten, die Haushalte sind überfordert, die Kommunen kommen finanziell nicht klar, und Sie wollen pro Jahr zusätzlich 300 000 Fremde aus Asien, Afrika und aus der ganzen Welt hierherholen. Wo sollen sie wohnen, und wer soll das finanzieren? – Der deutsche Steuerzahler! Es ist unglaublich, was Sie hier machen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Waren Sie nicht noch im vorigen Jahr australischer Staatsbürger?)

– Nein, das liegt etwas länger zurück. Aber ich bin in Hamburg geboren und habe die deutsche Staatsangehörigkeit wieder angenommen. Das nur zu Ihrer Information. Ich bin Deutscher. Es ist gut, daß Sie das ansprechen, Herr Hennig. Für uns ist immer klar gewesen, daß nur der Staatsbürger – wie es auch im Grundgesetz steht – das Wahlrecht genießt. Sie und die anderen Parteien, die Altparteien, wollen das **Wahlrecht für Ausländer** einführen. Ich habe es als selbstverständlich hingenommen und anerkannt, daß ein Ausländer, der die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt, hier nicht zur Wahl gehen kann. Es geht ja nicht an, daß er alle Rechte hat, aber gar keine Pflichten. So läuft das Ding nicht.

(Beifall bei der DVU)

Im übrigen bleibt es jedem Ausländer – so wie mir – vorbehalten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Wenn er sich hier korrekt verhalten hat beziehungsweise die Voraussetzungen erfüllt, bekommt er selbstverständlich auch die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Das ist ganz normal, so wie es bei mir auch gegangen ist.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Das ist nicht so normal! – Weitere Zurufe!)

– Das ist aber nicht mein Fehler, meine Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, es steht außer Frage, daß das **Grundrecht auf Asyl** auch von der DVU-Fraktion nicht angetastet wird. Das soll gar nicht geändert werden; das muß gar nicht geändert werden. Wir müssen aber feststellen, daß 95 % der Asylbewerber Scheinasylanten sind – das ist nicht unsere Feststellung, sondern das sind eigentlich die Feststellungen der deutschen Gerichte –, diese also keinen Anspruch auf Asyl haben. Das ist der Umkehrschluß, das ist die Logik aus der Geschichte. Eine Ergänzung des Grundgesetzes, wie von der CDU und Teilen der SPD angeregt, dient den Altparteien nur als Alibi. Auch eine Regelung auf europäischer Ebene dauert Jahre oder Jahrzehnte. Aber wir brauchen jetzt eine schnelle nationalstaatliche Lösung, um dieses Problem in den Griff zu kriegen.

(Beifall bei der DVU)

Die DVU schlägt ein Maßnahmenbündel vor – man wirft uns immer vor, wir hätten keine Vorschläge; selbstverständlich haben wir Vorschläge; aber man muß dann auch einmal zuhören –, um Asylbetrügern und ausländischen Schlepperbanden schnell das Handwerk zu legen. Es sind strafrechtliche Bestimmungen über **Asylbetrug** einzuführen. Wer unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Asyl beantragt, muß die Härte des **Strafgesetzes** spüren. Strafverschärfend ist das widerrechtliche Erschleichen von Sozialhilfe oder anderen öffentlichen Leistungen, die unsere Arbeiter und Steuerzahler zu erbringen haben. Das kann nicht so weitergehen. Deswegen bekommen Sie die Quittung bei den Wahlen.

(Beifall bei der DVU)

Für eine Eindämmung des Asylstroms ist auch die **Visumpflicht** hilfreich, die es in anderen Ländern der westlichen Welt auch gibt. Hier muß die Bundesregierung verstärkt tätig werden. Artikel 16 Abs. 2 des Grundgesetzes beinhaltet lediglich ein Asylrecht bei politischer Verfolgung. Sogenannte Armutsflüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge genießen nicht den Schutz dieses Asylartikels.

(Beifall bei der DVU)

Das heißt nicht, daß wir uns nicht solidarisch erklären mit den armen Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, diesem Vielvölkerkerker. Es ist nicht so, daß wir kein Verständnis für diese Menschen hätten. Es ist nicht so, daß wir diesen Menschen nicht Schutz und Hilfe gewähren wollten. Das ist ein menschliches Gebot. Dazu sagt auch die DVU ja, aber nicht unter dem Artikel 16. Da müssen andere Lösungen beschlossen werden, und es muß vorübergehend vernünftig gelöst werden. Auch dazu sagen wir ja.

Wer über ein Land oder aus einem Land ausreist, in dem es keine politische Verfolgung gibt – zum Beispiel Polen –, hat keinen Anspruch auf Asyl. Das heißt, **Asylbewerber aus Drittländern** sind sofort wieder zurückzuschicken. Bei offenkundigem Asylmißbrauch ist binnen 48 Stunden der Richterentscheid herbeizuführen. Bestätigt das Gericht den

(Ingo Stawitz)

Asylmißbrauch, so ist unverzüglich die Ausweisung und Abschiebung zu veranlassen.

(Helmut Thienemann [DVU]: Wie in Kanada!)

– Wie unter anderem in Kanada! – Insbesondere bei Asylbewerbern aus der ehemaligen UdSSR, der ehemaligen CSSR, Polen und anderen **ehemaligen kommunistischen Staaten**, die vor dem Mauerfall nach Deutschland kamen, ist unverzüglich eine erneute Überprüfung im Rahmen eines gerichtlichen Eilverfahrens durchzuführen, da die Asylgründe in der Regel weggefallen sind.

(Beifall bei der DVU)

Wenn jemand aus diesen Ländern etwa vor zwei oder zweieinhalb Jahren zu uns gekommen ist, als die Mauer noch stand, „Asyl" gesagt hat, weil er von den verbrecherischen kommunistischen Behörden dort verfolgt wurde, hatte er selbstverständlich ein Anrecht darauf. Mittlerweile sind aber die Gründe für seinen Asylaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland entfallen. Er muß nach Hause geschickt werden. Er kann hier nicht weiter als Asylant aufbewahrt werden.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Thienemann [DVU] – Zuruf von der SPD: Aufbewahrt?)

– Ich habe das bewußt so gesagt, denn sie werden aufbewahrt. Es muß einmal darüber nachgedacht werden, ob die Auftürmung von über 1 Million Asylanten in den letzten fünf Jahren so zu rechtfertigen und zu finanzieren ist. Ich meine, nein.

Die **Anerkennungsquote** liegt zur Zeit bei zirka 5 %. Auch anerkannte Asylbewerber müssen sich nach gewissen Zeitabständen einer erneuten Prüfung unterziehen, da der Asylgrund durch Veränderungen in der Heimat weggefallen sein könnte. Ich erinnere an die Maßnahmen der SPD kurz vor der Wahl hier in Schleswig-Holstein. Da meinte man, uns ein bißchen den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Ich erinnere auch an die dumpfen Töne, die uns unterstellt werden sollten, die aber Herr Ottfried Hennig als Fraktionsvorsitzender der CDU für seine Partei zu verantworten hat. Das sind die gelben Aufkleber, die im nachhinein auf seine Wahlplakate aufgeklebt wurden: „zu spät und falsch".

(Beifall bei der DVU)

Anerkannte Asylbewerber sind grundsätzlich zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

Wer sich weigert, ist auszuweisen.

Herr Ministerpräsident, eines möchte ich Ihnen besonders ins Stammbuch schreiben: Das Wahlrecht für Ausländer ist verfassungswidrig – gleich, auf welcher Ebene. Wahlrecht haben nur Deutsche – wie ich es zur Zeit bin, Herr Hennig.

(Beifall bei der DVU – Peter Wellmann [SPD]: Das ist ja das Schlimme!)

Wir stehen zum Grundgesetz, und wir sind für die Beibehaltung des Grundgesetzes. Wir machen da keine Ausnahme. Wir stehen fest zum Grundgesetz – das betone ich hier ganz klar –, während Vertreter der Altparteien ständig versuchen, Bestimmungen des Grundgesetzes zu umschiffen.

Schließlich, Herr Ministerpräsident: Deutschland ist kein Einwanderungsland, war es nie und soll es auch nie sein. Denn bevor die Grenzen in diesem Land fallen, bevor Millionen Fremde hier ins Land hinein sollen, muß das deutsche Volk einmal gefragt werden.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Darüber können Sie nicht hinter verschlossenen Türen gegen den Willen des deutschen Volkes abstimmen. So läuft das nicht.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Thienemann [DVU] – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich habe vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß wir in Schleswig-Holstein eine neue, junge Partei sind. Auf Anhieb 6,3 % zu bekommen – also mehr, als Sie erreicht haben, Herr Kubicki –, ist schon eine ganz schöne Leistung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es stehen noch 30 % vor der Tür, die künftig unsere Wähler sein werden. Da wird Ihnen das Hören und Sehen noch vergehen.

(Beifall bei der DVU – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Schließlich: Fördern Sie lieber junge deutsche Familien, um durch soziale Not bedingte Abtreibungen zu reduzieren. Damit sichern Sie auch unser Sozialsystem.

Deutschland soll deutsch bleiben. Das haben wir immer gesagt, und das meinen wir auch so.

(Peter Wellmann [SPD]: Das haben wir leider auch befürchtet!)

Das Problem der **Verbrechensbekämpfung** lösen Sie, Herr Engholm, nicht einmal im Ansatz, wie Sie selber zugeben und wie es die Statistiken des Bundeskriminalamts belegen. Immer mehr Bürger müssen private Sicherungsdienste in Anspruch nehmen und finanzieren. Sie wollen es nicht, aber anders bekommen sie keinen Schutz und kommen sie anscheinend nicht zu ihrem Recht – sonst wäre so etwas nicht möglich –, weil die Verbrechensflut ins Unermeßliche

(Ingo Stawitz)

steigt. Das sind Tatsachen, die mich beunruhigen. – Ich hoffe, Sie auch.

Aus Ihrer multikulturellen Gesellschaft entwickelt sich die multikriminelle Gesellschaft – ich will es einmal so sagen –, eine ehrenwerte Gesellschaft der Mafia und Camorra. Da stimmen wir Herrn Hennig zu. Er hat das gleiche Wort benutzt.

Das geht vom Hütchenspieler bis hin zu den ausländischen Rauschgiftsyndikaten. – Herr Engholm, warum verschließen Sie Ihre Augen vor der Tatsache, daß der Rauschgifthandel weitgehend in ausländischer Hand ist, daß die Kriminalität bei Asylbewerbern besonders hoch ist? Herr Engholm, haben Sie nicht einmal Mitleid mit den anständigen Ausländern hier bei uns, die Opfer von kriminellen Ausländerbanden werden?

(Beifall des Abgeordneten Helmut Thienemann [DVU])

Ich nenne hier nur einmal die Tatsache, daß es in Deutschland mittlerweile so weit gekommen ist, daß Kurden sich vor Touristenbüros aufstellen und uns Deutschen vorschreiben, keinen Urlaub in der Türkei zu machen. Das brauchen wir uns nicht bieten zu lassen.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Thienemann [DVU])

Das werden wir uns auch nicht bieten lassen. Hier ist doch Deutschland und nicht die Türkei und nicht Kurdistan.

(Beifall bei der DVU – Hermann Benker [SPD]: Kriminalität in deutsche Hand!)

– In Ihrer Hand vielleicht, nicht in unserer.

(Heiterkeit und Beifall bei der DVU)

Das müssen Sie sich selbst auf Ihre Fahne schreiben. Wir als Opposition sind hier in den Landtag gewählt worden – ob es Ihnen paßt oder nicht. Daß Sie Ihre Schwierigkeiten damit haben, haben Sie ja soeben bewiesen.

(Beifall bei der DVU)

Wir sind die Opposition. Alle die Defizite in unserem Lande, ob das die Kriminalität ist, die Geldentwertung ist oder was weiß ich, was alles hinzukommt, haben unter anderem Sie von den Altparteien zu verantworten und nicht wir. Drehen Sie den Spieß doch nicht um.

(Beifall bei der DVU – Holger Astrup [SPD]: Was ist mit dem Wetter? – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den Wohlstand haben Sie auch zu verantworten!)

Herr Engholm, Ihr SPD-Kollege Farthmann aus Nordrhein-Westfalen sagte kürzlich in bezug auf die Scheinasylanten:

„Schnelles Verfahren an Ort und Stelle und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit."

Das sind nicht die Worte der DVU, das sind die Worte Ihres Kollegen Farthmann.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Thienemann [DVU])

Ihr SPD-Kollege Kronawitter fordert:

„Raus mit den Scheinasylanten!"

Das hat er wahrscheinlich aus dem DVU-Programm.

(Beifall bei der DVU)

Herr Engholm, warum holen Sie sich nicht Rat bei erfahrenen Politikern aus Ihren eigenen Reihen? Diese Menschen haben den kalten Wind der Wähler und der Bürger gespürt. Sie aber ignorieren das einfach. Auch das ist nicht unser Problem, das ist Ihr Problem.

Herr Ministerpräsident, ich vermisse eine deutliche Solidaritätserklärung an die sozial Schwachen in unserem Land. Sind Sie wirklich der Meinung, daß deutsche Steuergelder für die imperialen Ziele der USA aufgewendet werden sollen? Sind Sie der Meinung, daß der Walesa-Regierung neue Kredite zu gewähren sind?

(Karl Otto Meyer [SSW]: Ja!)

– Wir nicht! Die Steuerzahler auch nicht!

Sie kennen doch den Ausspruch „polnische Wirtschaft". Vertreten Sie die Meinung, daß Deutschland die Melkkuh der EG sein soll?

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Gehört Polen zur EG?)

Herr Engholm, Sie unterstützen die weitere Verschleuderung von Steuergeldern ins Ausland ohne Gegenleistung. Daran trägt auch die CDU in Bonn Schuld. Hier wurde ja der Bezug zwischen finanziellen Schwierigkeiten des Landes Schleswig-Holstein und der Politik in Bonn hergestellt. Das ist auch richtig so. Das haben die Altparteien, insbesondere die Großparteien, zu verantworten.

Es kann doch nicht angehen, daß wir uns in finanziellen Nöten befinden, daß an allen Ecken und Enden Geld fehlt, daß gerade im sozialen Bereich gekürzt werden soll – wie es neuerlich wieder durch die Bonner Regierung ins Gespräch gebracht wurde – und gleichzeitig Kanonenbootpolitik mit 18 Milliarden DM finanziert wird, Polen 9 Milliarden DM geschenkt bekommt und so weiter und so fort. Das ist doch ein ganz klarer Widerspruch. Ich kann doch nicht das Geld zum Fenster hinauswerfen und dem Volk weismachen, daß ich eine solide Haushaltsführung unterstütze.

(Beifall bei der DVU)

Das nimmt Ihnen doch kein Mensch ab.

Herr Engholm, es mag in Ihrem Schickimicki-Habitus begründet liegen, daß Ihnen die Interessen der Arbeiter immer gleichgültiger werden. Die DVU-Fraktion sieht in Ihren Ausführungen keine wirksame

(Ingo Stawitz)

Unterstützung für die Arbeitslosen. Es fehlt an einem wirksamen Programm für eine Rückkehrförderung von Ausländern in ihre Heimat, damit sie dort ihr eigenes Volk aufgrund ihrer in Deutschland erworbenen Kenntnisse vor Not, Elend und Hunger bewahren. Freiwerdende Arbeitsplätze sind vorrangig von Deutschen zu besetzen. So einfach ist das.

Herr Engholm, ich vermisse Ihre Solidarität gegenüber der älteren Generation, die Deutschland in einem einzigartigen Kraftakt wiederaufgebaut hat,

(Beifall der Abgeordneten Karin Voss [DVU])

aber heute oft mit einem Almosen abgespeist wird.

Die sozialen Einrichtungen in unserem Land sind unzulänglich und werden weiterhin abgebaut, wie jedermann bekannt ist.

Natürlich brauchen wir eine gesetzlich geregelte **Pflegeversicherung**. Aber belasten Sie nicht weiter den kleinen Mann, sondern bauen Sie den unübersichtlichen Verwaltungskoloß ab. So, wie Sie wirtschaften, Herr Engholm, hätte jeder Privatunternehmer schon Pleite gemacht.

(Beifall bei der DVU)

Beseitigen Sie aber auch die Ursachen für die Rauschgiftseuche, denn sonst werden hunderttausende Heroinsüchtige die Gelder der Pflegeversicherung aufzehren.

Herr Minister, wo bleibt Ihre Solidaritätserklärung an die Jugend? Sie sind verantwortlich für die zunehmende Perspektivlosigkeit. Sie haben an der Zerstörung traditioneller Werte mitgewirkt und zur Entwurzelung dieser Jugend beigetragen.

(Peter Wellmann [SPD]: Was sind die Traditionen der Jugend?)

Nun, die Jugend in Lübeck und Neumünster hat Ihnen die gebührende Antwort erteilt, indem sie sich zu über 20 % für die Deutsche Volksunion entschieden hat. Das ist unsere Zukunft.

(Beifall bei der DVU)

Sie machen keine Vorschläge für einen verbesserten **Tier- und Artenschutz**. Besonders für unser Land ist es notwendig, auf die ökologisch verantwortungslos handelnden Anrainerstaaten von Nord- und Ostsee Einfluß zu nehmen.

(Beifall bei der DVU)

Dies gilt insbesondere für **Polen**, das die Hauptschuld an der drohenden **ökologischen Katastrophe der Ostsee** trägt.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Und wer hat Polen kaputtgemacht?)

– Das hat nichts mit der Umweltverseuchung der Ostsee zu tun!

(Karl Otto Meyer [SSW]: Natürlich, Mensch!)

Jetzt greifen Sie wieder auf diese unseligen zwölf Jahre zurück. Das hat doch nichts mit der ökologischen Verschmutzung der Ostsee zu tun. Herr Meyer, Sie bringen alles durcheinander.

(Beifall bei der DVU)

Das ist die alte Masche, die Sie immer hervorkramen. Das zieht nicht mehr. Das zieht bei uns nicht mehr, und das zieht auch beim Wähler nicht mehr.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Was bei Ihnen zieht, ist mir piepegal! – Weitere Zurufe)

– Daß Ihnen das nicht gefällt, ist mir schon klar.

Herr Ministerpräsident, jährlich werden zirca 300 000 Kinder aus sozialen Gründen abgetrieben. Gleichzeitig fehlen jährlich zirca 300 000 Geburten, um unser Sozialsystem aufrechtzuerhalten. Sie mißachten den Grundgesetzauftrag zum **Schutz von Ehe und Familie**. Es fehlt an einer familien- und kinderfreundlichen Steuer- und Sozialpolitik.

(Beifall bei der DVU)

Ich will Ihnen nur mal ein kleines Beispiel geben, das mir gerade in den Sinn gekommen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die **demographische Entwicklung** ist doch kein Geheimnis. Die Behörden haben das statistische Material. Die Zahlen liegen vor. Vor 20 Jahren konnte man den Trend der **Veralterung dieser Gesellschaft** schon erkennen. Was ist dagegen unternommen worden? – Gar nichts! Absolut gar nichts!

(Beifall bei der DVU)

Heute, da uns das Problem sozusagen auf den Nägeln brennt, die Renten nicht mehr finanziert werden können und der **Generationenvertrag** nicht mehr zu halten ist, sagen Sie: Wir brauchen **Ausländer** aus Asien und Afrika, um dieses Defizit wieder aufzufüllen. – Das ist doch unglaublich!

(Beifall bei der DVU)

Hätten Sie eine vernünftige Familienpolitik gemacht, wäre das alles nicht notwendig!

(Beifall bei der DVU – Unruhe)

Herr Ministerpräsident, ich vermisse Ihre Erklärung für ein strenges Durchgreifen gegen Schiebung, Bestechung, Korruption, Vetternwirtschaft und Verschwendungssucht in Politik und Verwaltung. Es fehlt an Organen zur wirksamen **Kontrolle** gegenüber den **Regierenden** mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten, wie vom Bund der Steuerzahler wiederholt vorgeschlagen. Wir haben einen solchen Antrag eingebracht. Der ist natürlich vertagt worden.

Herr Engholm, Sie haben **Gesamtschulen** auch gegen den **Elternwillen** durchgesetzt. Heute stehen Sie vor dem Scherbenhaufen Ihrer Bildungspolitik.

(Ingo Stawitz)

Da stimmen wir Herrn Hennig in seiner Feststellung auch einmal zu.

Sie kürzen die Zahl der **Unterrichtsstunden**. Deutsche Kinder werden nicht mehr richtig gefördert, weil unsere Schulen durch Ausländer überlastet sind. Es gibt mittlerweile ganze Schulklassen, die zu drei Vierteln mit Ausländern besetzt sind – ich will da gar keine Nationalitäten nennen –, und das ist selbstverständlich ein Problem für die deutschen Kinder, die gezwungen sind, in diesen Klassen zu sitzen und zu lernen. Es ist schon ein Problem. Das Niveau sinkt. Leidtragende sind die deutschen Kinder. Das ist eine Tatsache.

Herr Ministerpräsident, sie sind mitschuldig an der Zerstörung des Verhältnisses vieler Deutscher zu ihrem eigenen Volk. Heute mangelt es an **Geschichtskenntnissen** über Deutschland. Durch die Extrembewältigung, die Sie und die Altparteien betreiben, machen Sie aus dem zwölfjährigen Reich ein tausendjähriges Reich: zwölf Jahre Praxis und 988 Jahre Bewältigung, und das nehmen wir nicht mehr hin. Unsere Geschichte hat mehr zu bieten als zwölf Jahre!

(Beifall bei der DVU)

Herr Engholm, Sie wollen 5000 **Wohnungen** bauen, aber doch nicht für Deutsche, für sozialschwache Deutsche, sondern für **Scheinasylanten**, die unser Sozialsystem ausbeuten!

(Peter Wellmann [SPD]: Scheindeutsche!)

– Es gibt keine Scheindeutschen. Wenn Sie das sagen, kennen Sie das Grundgesetz nicht. Wer Deutscher laut Grundgesetz ist, wird in Artikel 116 genau definiert. Lesen Sie mal nach!

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Scheinabgeordneter! – Zurufe – Unruhe)

– Wir werden sehen.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Ich bin deutscher Staatsangehöriger und doch kein Deutscher!)

– Herr Meyer, Sie sind in diesem Parlament ein Sonderfall, und ich finde es auch gut so. Sie haben sehr originelle Beiträge, und Sie tragen auch zur Lustigkeit bei.

(Heiterkeit und Beifall bei der DVU – Unruhe)

Herr Ministerpräsident, Ihre Vorschläge zur Lösung des Drogenproblems durch **Methadon** bewirken eine Verschlimmerung und lassen die Sache als Kavaliersdelikt erscheinen.

(Unruhe)

Herr Engholm, die Spritzen, die für Heroinsüchtige ausgegeben werden, landen nicht selten auf **Kinderspielplätzen**, insbesondere in den Sandkästen. Haben Sie schon einmal an die AIDS-Gefahr durch verseuchte Spritzen für die wehrlosen und unschuldigen Kinder als Opfer gedacht?

Herr Engholm, nach jüngsten Aussagen des BKA gehen 50 % der **organisierten Kriminalität** auf das Konto von Ausländern. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur einmal den Bereich **Rauschgift**. Wir wissen ja auch, daß die Asylheime Umschlagplätze für den Handel mit Heroin und anderen Drogen geworden sind.

Die Altparteien schaffen zunehmend die Grenzkontrollen ab und öffnen den **kriminellen Ausländern** Tür und Tor. Wo bleibt eine wirksame Opferentschädigung?

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Was sagen Sie denn zur EG?)

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von den Verirrungen des Nationalismus. Das ist jetzt ein ganz wichtiger Punkt für uns. In Wirklichkeit handelt es sich um die Verirrungen der Sozialdemokratie und des Internationalismus, die die Völker Europas zerstören und somit den **Übergang zur multikriminellen Gesellschaft** einleiten. Die Multi-Kulti-Verirrungen im ehemaligen Ostblock führen zu Bürgerkrieg, Mord und Terror,

(Beifall bei der DVU)

und die ehemalige Sowjetunion und der jugoslawische Volkskerker sind der beste Beweis dafür. Das sind multikulturelle Gesellschaften gewesen, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht.

(Beifall bei der DVU – Zuruf von der DVU)

– Los Angeles, die Vereinigten Staaten, könnte man unter anderem auch nennen. Das ist jetzt ja noch gar nicht so lange her. – Das Zeitalter der multikulturellen Vielvölkerstaaten geht zu Ende. Aber die Freiheit der Völker wird nur in den Nationalstaaten überleben.

Herr Ministerpräsident, die **Dänen** sagen nein zu Maastricht, nein zu den EG-Extremisten,

(Beifall bei der DVU)

nein zur Zerstörung der nationalen Währung. In Dänemark sprach das Volk. Aber in Brüssel sprechen die Bonzen. Die DVU begrüßt den **Volksentscheid** in Dänemark.

(Beifall bei der DVU)

Es ist beispielhaft für diese Nation, für dieses Volk, daß es gefragt wird. Das vermissen wir in Deutschland. Es wird Zeit, daß auch das deutsche Volk zu diesen lebenswichtigen Fragen einmal gefragt wird.

(Beifall bei der DVU)

Dänemark ist für uns beispielhaft, vorbildlich. Gratuliere! Dann muß man den Willen des Volkes respektieren, ob es den Herrschenden gefällt oder nicht.

Im Zusammenhang mit dem Volksentscheid in Dänemark möchte ich hier aber noch etwas anderes erwähnen. Heute haben Herr Hennig und auch Herr Engholm Dinge gesagt, mit denen sie das Ergebnis dieser Volksbefragung aufs heftigste in Frage stellen beziehungsweise angreifen. Ich frage jetzt: Sind wir wieder

(Ingo Stawitz)

so weit, daß wir aus national-chauvinistischen Hintergründen anderen Völkern sagen, was sie zu denken und zu tun haben?

(Beifall bei der DVU)

So läuft das doch nicht! Es steht uns doch gar nicht zu zu sagen, was die Dänen zu tun und zu lassen haben. Das bleibt den Dänen allein überlassen, und dieses Ergebnis respektiere ich.

(Beifall bei der DVU)

Ich hoffe, ich habe Sie nicht in Verlegenheit gebracht, Herr Meyer.

(Beifall bei der DVU)

Herr Ministerpräsident, unser Land braucht mehr **Demokratie und Bürgernähe**. Die Voraussetzungen für Volksbegehren und Volksentscheide sind zu erleichtern. Wir haben auch dazu Anträge eingebracht, die alle nach hinten geschoben wurden beziehungsweise nicht auf der Tagesordnung sind. Das Spiel kennen wir. Das haben wir ja in Bremen schon hinter uns. Wir brauchen die **Bürgerstunde im Parlament** – auch ein Antrag von uns, der zurückgeschoben wurde. Wir sind für Demokratie – selbstverständlich –, für mehr Demokratie! Nicht weniger, mehr! Darauf basieren unsere Anträge.

(Beifall bei der DVU)

Nur werden die merkwürdigerweise nach hinten geschoben.

Sie können nicht über das Volk regieren, Herr Engholm; wir müssen den Bürger direkt anhören, auch im Parlament. Dann müssen die Möglichkeiten geschaffen werden. Wir sind dafür.

(Beifall bei der DVU)

Herr Ministerpräsident, ich möchte abschließend noch folgendes sagen: Wehret den Anfängen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

– Etwas anderes habe ich nicht erwartet. Das ist doch ein Beleg dafür, daß Sie wieder dabei sind, eine legitime und demokratische Partei auszugrenzen. Sie haben sich doch selbst disqualifiziert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

„Wehret den Anfängen!", und Sie haben hier gerade den Anfang gemacht, indem Sie eine andere Meinung nicht tolerieren wollen, indem Sie sie ausschalten wollen. Hören Sie doch auch mal zu!

(Unruhe)

Wir haben auch zugehört. Wir haben aber so ein Spektakel bei Ihnen nicht gemacht.

Durch die Diffamierung der DVU und die Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung wecken Sie Erinnerungen an das Jahr 1933. Ich möchte den standhaften Sozialdemokraten Otto Wels vom 24. März 1933 zitieren.

(Unruhe bei der SPD – Holger Astrup [SPD]: Unverschämtheit!)

– Sie sind ja ganz groß, wenn es darum geht, andere zu zitieren. Jetzt zitieren wir auch einmal jemanden, und zwar einen aufrechten Sozialdemokraten. Oder wollen Sie die Worte eines Sozialdemokraten nicht hören?

(Zuruf von der SPD: Schämen Sie sich!)

Es hat den Anschein, daß es so ist.

(Holger Astrup [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen kennen wir die Worte! – Heide Moser [SPD]: Und zwar auswendig!)

Ich zitiere Otto Wels vom 24. März 1933 anläßlich des Ermächtigungsgesetzes. Er führte folgendes aus:

„Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden."

Das ist das, was Sie hier praktizieren.

(Beifall bei der DVU – Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir mußten uns auch so manches anhören. Das hat uns auch nicht geschmeckt. Aber wir sind ruhig geblieben. Wir haben zugehört,

(Heide Moser [SPD]: Vielleicht haben Sie nicht alles verstanden!)

und wir haben uns unsere Gedanken gemacht. Sie müssen sich das jetzt auch anhören.

Anstatt sich die Worte des großen Sozialdemokraten zum Vorbild zu nehmen, wollen Sie die DVU von der Machtkontrolle schrittweise ausschalten oder ihre Rechte beschneiden. Hören Sie auf Otto Wels, der als Fraktionsführer der SPD die Allmacht der Regierung im Reichstag anprangerte,

(Beifall bei der DVU)

oder richten Sie sich nach Kurt Schumacher aus – eine untadelige Persönlichkeit mit nationaler Grundhaltung.

(Beifall bei der DVU)

Das gab es auch einmal bei der SPD; das ist aber schon lange her.

Mein Appell an Sie, Herr Ministerpräsident: Stoppen Sie die weitere Entwürdigung des Hohen Hauses! Zeigen Sie gegenüber allen Fraktionen und Abgeordneten die gleiche Toleranz! Setzen Sie den Verfassungsschutz nicht als Bespitzelungsinstrument gegen die DVU, sondern als Wahrer der Verfassung ein! Beenden Sie die Ausgrenzung, indem Sie den sozial Benachteiligten, den Kinderreichen, den Kleinrent-

(Ingo Stawitz)

nern, den Arbeitslosen und den bäuerlichen Familienbetrieben wieder mehr Gehör schenken und diese als gleichberechtigte Mitglieder in unserem Volk anerkennen!

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Wenn es mir erlaubt ist, dann möchte ich in aller Ruhe mit zwei Sätzen auf den soeben gehaltenen Beitrag eingehen.

(Heide Moser [SPD]: Das ist vielleicht schon zuviel!)

Eben saß eine Delegation russischer Schüler auf der Tribüne. Diese Schüler haben erleben müssen, daß sich der Schleswig-Holsteinische Landtag durch den Beitrag des Kollegen Stawitz präsentiert hat. Aber auch dies ist nach 40 Jahren ein Beitrag praktizierter Demokratie, die stark genug ist, auch solche Zumutungen zu ertragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

„Was Regierungserklärungen sein können und was nicht, das wissen wir alle. Sie können geschneidert sein wie ein weiter Mantel, der verhüllt, was die Regierenden gern ... für sich behalten... Sie können geschminkt sein, um den Bürgerinnen und Bürgern des Landes ein angenehmes Bild zu bieten. Sie können – was am schlimmsten ist – Selbstbetrug sein. In jedem Falle sind Regierungserklärungen dieser Art eine Beleidigung der Wählerinnen und Wähler..." – Mit diesen Worten wurde die Regierungserklärung vom 28. Juni 1988 eingeleitet.

Herr Ministerpräsident, von Ihrer heutigen **Regierungserklärung** bin ich maßlos enttäuscht. Ich gebe zu, daß dies auch an meinen Erwartungen gelegen haben kann.

Nach Ihren Eingangsbemerkungen, zu sagen, was wahr sei und was nötig sei, und zu tun, was man sage, auch wenn es unpopulär sei, hätte ich erwartet, daß Sie mehr tun, als auf die epochalen Umwälzungen der letzten Jahre hinzuweisen, die auch an uns ja nicht unbemerkt vorübergegangen sind. Es hätte einer Antwort auf die Frage bedurft, wie wir mit diesen epochalen Umwälzungen fertig werden.

Sie sind ja nicht nur Ministerpräsident dieses Landes, sondern auch Bundesvorsitzender einer der traditionsreichsten Parteien Deutschlands. Ihre Rede war hübsch vorgetragen, aber sie entsprach den Kassen Schleswig-Holsteins: völlig inhaltsleer.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und der DVU)

Ich kann Ihre Not verstehen, sich und Ihrer Partei zu erklären, warum die SPD seit der Übernahme des Amtes des Bundesvorsitzenden durch Sie bei keiner Wahl mehr hinzugewonnen hat. Erstmals in der deutschen Geschichte kommt die Schwäche der Regierung in Bonn nicht der Opposition zugute. Selbst die für die SPD desaströse **Landtagswahl** in Schleswig-Holstein, um 377 Stimmen – ich sage: vorläufig – an einer politischen Katastrophe für Ihre Partei vorbei, wie ein Regierungsmitglied erklärt hat, veranlaßt Sie nicht zum Einlenken und zur Umkehr. Sie wollen das fortsetzen, was keine Mehrheit findet und was schon in den letzten vier Jahren falsch war. Sie wollen Korrekturen anbringen nicht aus besserer Einsicht, sondern unter dem Diktat der leeren Kassen. Das ist weniger als schlechte Verwaltung.

Ich kann Ihre ideologischen Probleme nachempfinden, für den Erhalt und den Ausbau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Deutschland und Deutschlands insgesamt einzutreten und dabei den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. – Soziale Gerechtigkeit ist nicht mehr nur vertikal, das heißt innerhalb der Gesellschaft von Deutschland (West), sondern auch horizontal, das heißt zwischen den Gesellschaften in Deutschland (Ost) und in Deutschland (West), zu vermitteln.

Die Herstellung der **inneren Einheit** stellt Sie, stellt die Sozialdemokratie – das sage ich ausdrücklich – vor besondere Probleme, weil die auf längere Sicht unabweisbaren riesigen **Transferzahlungen** von West nach Ost durch die wie auch immer definierten Besserverdienenden allein gar nicht aufgebracht werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

– Teilen – Herr Kollege Neugebauer, so hat es Ihr ehemaliger Bundesgeschäftsführer Peter Glotz zutreffend beschrieben – müssen eben alle, das heißt wirklich alle, weil auch der vergleichsweise Arme im Westen immer noch ein Reicher ist im Vergleich zu dem Armen im Osten.

(Beifall bei der F.D.P. – Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

– Herr Kollege Neugebauer, wir haben sehr viel dafür übrig, Wege einer **gerechten Lastenverteilung** zu suchen und zu beschreiten. Aber das Gerede über Vereinigungsgewinnler ist dummes Geschwätz.

(Zurufe von der SPD)

– Das wird nicht dadurch besser, daß sich Mitglieder meiner Partei, die einen der von Ihnen zitierten Namen tragen, an diesem Geschwätz beteiligen. Zu Recht fragt Herr Pohl, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ob er wohl damit gemeint sei, weil er im Zuge der deutschen Einheit zehn Vorträge mehr gehalten habe, als er sonst gehalten hätte.

Genauso dumm ist auch das Geschwätz von einer **Investitionsabgabe für Unternehmen**, die nicht in Deutschland (Ost) investieren. Mehr als 300 000 un-

(Wolfgang Kubicki)

serer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den benachbarten Bundesländern haben in westdeutschen Firmen Arbeit und Beschäftigung gefunden. Die betreffenden Firmen haben damit mehr für die innere Einheit Deutschlands getan, als es staatliche Umverteilungsbürokratien jemals könnten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ihre Erklärung, die Finanzlage sei bitter, sie sei aber auch eine Chance dazu, altgewohnte Ansprüche des Staates wie Ansprüche an den Staat zu überdenken, hören wir als Liberale natürlich gern. Daß Ihre Regierung die **öffentliche Verwaltung** verkleinern und effektiver machen und Aufgaben, die die Gesellschaft ebenso gut oder besser lösen kann als der Staat, abgeben will, ist liberales Programm – übrigens vor einigen Jahren noch ausdrücklich beschimpft.

Aber Sie haben, Herr Ministerpräsident, die Grundprinzipien der **sozialen Marktwirtschaft** entweder nicht verstanden oder – darauf deutete der Beitrag des Kollegen Börnsen heute morgen hin – nicht die Kraft, diese Prinzipien in Ihrer Partei umzusetzen. Der gewünschte Einsatz privaten Kapitals auf allen Ebenen, ob beim Verkehrswegebau, beim öffentlichen Bau, beim Mietwohnungsbau, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in Unternehmen und in Dienstleistungsberufen, ist von einem simplen Satz abhängig: Die **Rendite** muß stimmen.

In einer Zeit, in der Kapital frei verkehren, sich unterschiedliche Anlageformen suchen kann, besteht die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik darin, die politisch gewünschten Anlageformen rentierlicher zu machen als andere. Das ist nicht eine Frage des Eigennutzens, sondern ist eine Frage der Vernunft. Kein Unternehmer kann es sich leisten, sein Unternehmen aufs Spiel zu setzen, um einem Appell in nationalem Pathos zu folgen.

Der **Wettbewerb** unterscheidet nicht nach edlen oder unedlen Motiven, sondern er entscheidet über die richtige oder falsche Kalkulation. Ich kann mir vorstellen, daß es Ihrer Fraktion besondere Schwierigkeiten bereitet, das zu begreifen, weil die meisten Ihrer Abgeordneten zeit ihres Lebens aus öffentlichen Kassen alimentiert worden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Sickmann [SPD])

– Herr Kollege, ich gehe davon aus, daß Sie grundsätzlich bemerkt haben, daß sich die Situation – wie es der Ministerpräsident auch zutreffend ausgeführt hat – seit einigen Jahren grundlegend verändert hat. Es würde dem Ansehen dieses Hohen Hauses guttun, wenn auch Ihre Zwischenrufe und Debattenbeiträge dieser Tatsache Rechnung tragen würden.

(Zurufe von der SPD)

Natürlich wäre es sinnvoll gewesen, über eine längere Zeit hinweg eine **Lohndifferenzierung** zwischen Deutschland (Ost) und Deutschland (West) zuzulassen – ähnlich den Unterschieden in der Produktivität. Löhne sind Kosten der Produktion und damit preisbestimmend im Wettbewerb. Dies hätte nicht bedeuten müssen, daß unsere neuen Mitbürger auf eine Lohnangleichung hätten verzichten müssen. Den Differenzbetrag degressiv abbauend als Transferleistung des Staates zu erbringen, wäre sinnvoller gewesen, als ABM-Gesellschaften zu unterhalten, die den wenigen Privatfirmen ohne Rücksicht auf Verluste Konkurrenz machen und den Aufschwung Ost wirklich behindern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die **Verlagerung von Arbeitsplätzen** aus sozialen Gründen müssen wir wollen; sie trägt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ausgangsposition insgesamt bei. Zumindest vorübergehend bedeutet dies aber auch die Freisetzung von Arbeitskräften in Deutschland (West). Alles andere würde bedeuten, sich in die Tasche zu lügen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD])

– Herr Lohmann, am Beispiel der **Werften** wird die Unsinnigkeit – das ist das besondere Problem des Ministerpräsidenten – der sozialdemokratischen Politik besonders deutlich. Es macht wenig Sinn, zur Erhaltung der Werftenstruktur in Mecklenburg-Vorpommern Milliardenbeträge von der Treuhand und dem Bund zu fordern – wie es der SPD-Chef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern getan hat – und gleichzeitig sozusagen als Kompensation dieser Maßnahme Subventionen aus Bonn für westdeutsche Werften einzufordern, die natürlich durch diese Form des Ressourcentransfers in ihrer Wettbewerbsposition benachteiligt werden. Es macht keinen Sinn, vom Bund immer lauter Strukturhilfemittel, Mittel für Konversionsprogramme, Mittel zum weiteren Ausbau unseres schleswig-holsteinischen Gemeinwesens zu fordern und gleichzeitig, Herr Ministerpräsident und Bundesvorsitzender der SPD, in Deutschland (Ost) für eine beschleunigte Verwirklichung der Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse einzutreten.

Niemand sollte – auch von diesem Platz aus nicht – etwas fordern, was er in anderer Funktion, in einem anderen Amt befindlich nicht selbst auch erfüllen könnte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das Sozialprodukt kann nur einmal verteilt werden. Sie wissen wie wir, daß spätestens das Jahr 1995 bittere Wahrheiten jeder Frau vor Augen führen wird, weil das bisherige Empfängerland Schleswig-Holstein im Finanzausgleich zum zahlenden Land werden wird.

Gerade weil die Belastungen auch für unsere **heimische Wirtschaft** zu einer Überlebensfrage werden, muß die Politik alles tun, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen und ihre weitere Expansion zu sichern. Auch hier scheinen Sie mehr von Ihren Wünschen beflügelt zu sein als von der

(Wolfgang Kubicki)

Wirklichkeit. Schleswig-Holstein hat mitnichten Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung der strukturstärkeren Westländer gefunden. Die Jahre 1990 und 1991 weisen für unser Bundesland wegen der verstärkten Aktivitäten im Osten Deutschlands eine **Sonderkonjunktur** aus, die keinen Bestand haben wird. Das Institut für Weltwirtschaft hat hierauf sehr eindringlich hingewiesen.

Die **strukturellen Defizite** Schleswig-Holsteins sind erhalten geblieben, die Standortfaktoren haben sich nicht verbessert, die Randlage hat sich durch die deutsche Einheit verstärkt. Dieser Tatsache begegnen Sie nicht durch eine veränderte Politik, sondern durch die Vermehrung Ihrer Broschüren und PR-Aktivitäten.

Warum hören Sie nicht auf diejenigen, die es unmittelbar betrifft: die Wirtschaftsverbände, die Kammern, die Unternehmer selbst? Sie leiden unter der schlechten **Verkehrsanbindung Schleswig-Holsteins** an den Rest unserer Republik sowie innerhalb Schleswig-Holsteins, und sie haben wenig Verständnis dafür, wie kabarettreif die Diskussion um die **Elbquerung** und die **Ostsee-Autobahn-Anbindung** und anderes geführt wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie leiden unter einem wenig angemessenen, standortgerechten **Angebot an Bauflächen**. Sie leiden unter unendlich vielen und langwierigen **Planungs- und Genehmigungsverfahren**. Herr Ministerpräsident, Sie erklären, daß Sie zur Entstaatlichung beitragen wollen, und Sie wollen die Deregulierungsfrage zum Thema einer weiteren Tafelrunde Ihrer Denkweise machen.

(Heiterkeit bei der F.D.P. und der CDU)

Gleichzeitig bringen Sie ein **Landesnaturschutzgesetz** ein, das noch mehr bürokratischen Aufwand, noch mehr Planungs- und Genehmigungsverfahren und damit kostbare Zeit bedeutet. Gleichzeitig verweist Ihre Regierungsfraktion darauf, sie sei in den letzten Jahren besonders fleißig gewesen, weil sie knapp 100 Gesetze produziert habe – so, als sei Quantität schon ein Ausweis für Qualität. Gleichzeitig kündigen Sie Beschäftigungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst in einem Ausmaß an, das immer unverständlicher wird: eine Lehrerbedarfsplanung, eine Schulentwicklungsplanung, die Umsetzung des Landeshochschulplans, einen Weiterbildungsplan, einen Arbeit-für-Schleswig-Holstein-Plan, einen Jugendhilfeplan oder auch einen Plan für die Tätigkeit des Kinderbeauftragten, ein Gleichstellungsgesetz, einen Altenplan, einen Behindertenplan, einen Abfallwirtschaftstandortplan, das Landesnaturschutzgesetz, ein Landschaftsprogramm sowie die Fortschreibung der Regionalpläne. Sie haben vorhin süffisant und – wie ich meine – auch zu Recht erklärt, Planen setze ja wohl Denken voraus. Etwas mehr Nachdenken bei Ihnen und bei der SPD wäre vielleicht auch nicht schlecht.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und der DVU)

Ich habe Zweifel daran, daß diese Form der Planerfüllung das ist, was Ihre und unsere Wähler von uns erwarten. Was die Bürgerinnen und Bürger, die uns gewählt haben, erwarten dürfen, ist nicht die Flucht in immer mehr vermeintliche Expertenrunden und – aussagen, es ist die von Sachkompetenz getragene Auseinandersetzung bei unterschiedlichen politischen und persönlichen Überzeugungen, die wir ja haben. Dafür hat der heutige Vormittag keinen nachdrücklichen Beleg geliefert.

(Zuruf der Abgeordneten Gyde Köster [SPD])

Die Wählerinnen und Wähler müssen und dürfen erwarten, daß unsere Argumentation zumindest in sich schlüssig und nachvollziehbar ist und nicht das Gefühl hinterläßt, das Gegenüber werde für dumm verkauft.

(Zurufe von der SPD)

An einigen Beispielen will ich deutlich machen, daß Ihre heutige Erklärung diesen Anforderungen nicht oder – ich will es etwas weicher sagen – nicht umfassend genug genügt. Daß die schleswig-holsteinische Frauenpolitik heute bundesweit als vorbildlich gilt, ist eine unzutreffende Bemerkung. Es gibt mit der isolierten Einrichtung eines **Frauenministeriums** nur schlechte Erfahrungen. Es macht keinen Sinn.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und der DVU – Ursula Kähler [SPD]: Für Sie soll es auch keinen Sinn machen, sondern für die Frauen!)

– Diese Sätze stammen nicht von mir, sondern von Ihrem Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg, Herrn Spöri, seines Zeichens Sozialdemokrat, anläßlich der dortigen Regierungsbildung.

Wer von uns wäre ernsthaft gegen **Frauenförderung**, gegen Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten, gegen eine verbesserte Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf, soweit dies gewünscht wird?

Aber eine Verbesserung der Kindergartensituation, eine Verbesserung der schulischen Ausbildung, eine Verbesserung der Betreuung von Grundschülern ist eben auch Frauenförderung – besser sogar als die Einrichtung von Gleichstellungsbeauftragten in allen Behörden des Landes und in den Schulen. Sollen die Frauen, die diese Tätigkeit der **Gleichstellungsbeauftragten** übernehmen, die zusätzlichen Belastungen eigentlichen ehrenamtlich tragen? Sollen Sie Ausgleichsstunden erhalten? Und wenn ja: Wer soll die Arbeit dieser Frauen in den Ausgleichsstunden übernehmen? Wieviel Planstellen sind hierfür zusätzlich vorgesehen? Macht es einen Sinn, Gleichstellungsbeauftragte an allen schleswig-holsteinischen Schulen zu schaffen, wenn die Unterrichtsversorgung und die Inhaltsvermittlung, Frau Kollegin Böhrk,

(Wolfgang Kubicki)

schon problembehaftet sind? Glaubt wirklich jemand in diesem Haus, schleswig-holsteinische Schüler könnten in Bayern, in Baden-Württemberg oder demnächst in Dänemark und in Frankreich künftige Arbeitgeber damit überzeugen, sie hätten zwar keinen Physik-, keinen Biologie- und keinen Mathematikunterricht erhalten, dafür aber an ihrer Schule eine herausragende Gleichstellungsbeauftragte gehabt?

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.. der CDU und der DVU)

Dies ist auch eine Frage nach den Prioritäten, die man bei veränderter Kassenlage setzen kann und setzen muß.

Wir sind uns einig darin, daß Schleswig-Holstein als **Hochschulstandort** insgesamt attraktiver werden muß und daß die **Qualifizierung der Studierenden** auch ein herausragender Standortfaktor für unser Land sein wird. Aber nimmt diese Landregierung noch wahr, daß die Universität Kiel davon spricht, vor einem wissenschaftlichen Aus zu stehen, daß immer mehr Hochschullehrer ihre Arbeitssituation in Schleswig-Holstein beklagen, daß Lehrstühle nicht mehr besetzt werden können und daß die Abwanderungstendenz zunimmt?

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Glaubt wirklich jemand in diesem Haus, daß Studenten die Vorzüge des Mitbestimmungsgesetzes verdeutlicht werden können bei fehlenden Seminarplätzen, fehlenden Assistenten und fehlenden Hörsälen? Meint jemand ernsthaft, der Superlativ, Schleswig-Holstein habe auch im Bereich der Hochschulen das modernste Mitbestimmungsgesetz verwirklicht, kann Inhalt eines Bewerbungsgesprächs ein?

Im Bereich des **Wohnungsbaues** rühmt sich die Landesregierung ihres besonderen Einsatzes von Fördermitteln. Sie will 5000 neue Wohneinheiten fördern.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

– Das ist ein Elftel des aktuellen Bedarfs, Herr Kollege Neugebauer! Glauben Sie ernsthaft, Herr Neugebauer, der Sie ja Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz durch die Ernennung zum Parlamentarischen Vertreter des Wirtschaftsministers erhalten haben,

(Heiterkeit bei der F.D.P. und der CDU)

ohne die massive Mobilisierung **privaten Kapitals** ließe sich die Wohnungsnot auch nur annäherungsweise lindern?

(Zuruf des Abgeordneten Rüdiger Möbusz [SPD])

Glaubt jemand ernsthaft, ohne entsprechende Baulandausweisung – gerade in sozialdemokratisch regierten Kommunen wie Kiel und anderen Städten – könne die Situation gemildet werden? Glauben Sie allen Ernstes, die Einführung eines zusätzlichen Genehmigungsverfahrens nach dem Landesnaturschutzgesetz neben den Regelungen des Baugesetzbuches – sofern dies bundesrechtlich überhaupt möglich und zulässig ist – könne zu einer Beschleunigung des Wohnungsbaus beitragen? Auch im **Wohnungsbau** gilt, Renditen müssen erwirtschaftet werden. Wo die Mieten aus sozialen Gründen nicht getragen werden können, kommt die **Subjektförderung** der Mieter in Betracht.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Nicht die bessere Verwaltung des Mangels – Herr Neugebauer, begreifen Sie das doch endlich –, sondern seine Überwindung muß unser Ziel sein. Die Fehlbelegungsabgabe ist zu spät und mit viel zu geringen Sätzen eingeführt worden. Der dritte Förderweg, der ein dreifaches Bauvolumen ermöglichen würde, wird – völlig unverständlicherweise – nicht genutzt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir sind uns alle einig, daß das individuelle Risiko, im Alter zum Pflegefall zu werden, der nicht familiär betreut werden kann, abgesichert werden muß. Aber ist es wirklich sachgerecht, die Diskussion so zu führen, als habe die Finanzierungsfrage unmittelbar etwas mit den Leistungen zu tun und daß, würde die **Pflegeversicherung** nicht umgehend eingeführt, eine Schar von Hunderttausenden von älteren Menschen zu nicht versorgten Mitbürgerinnen und Mitbürgern werden? Ist es wirklich ein Akt der Solidarität, gerade der jüngeren Generation – angesichts der demographischen Entwicklung, der immensen Staatsverschuldung, der riesigen Transferleistungen in den Osten Deutschlands und Europas – auch noch diese finanzielle Last mit unkalkulierbarem Ausgang aufzubürden und damit einen wesentlichen Teil ihrer Lebensplanung abzuschneiden?

(Beifall bei der F.D.P. – Heide Moser [SPD]: Das ist zynisch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sehen Sie, diese Form der Diskussion mit Ihnen macht eigentlich das Parlament überflüssig. Ich komme gleich zu Ihrem Sozialminister, für dessen Einsatz in diesem Bereich ich mich ausdrücklich bedanken will. Aber wir müssen doch wenigstens einmal diskutieren können, was wir mit welchen Regelungen wie erreichen, wenn wir uns in der Frage des Zieles einig sind.

(Zurufe von der SPD)

Ist es wirklich unmenschlich, über Finanzierungsformen zu debattieren, die eine Kapitaldeckung vorsehen – ähnlich dem Prinzip der Lebensversicherung –, und ist es wirklich angebracht – und das frage ich einmal in Ihre Richtung –, gerade in diesem Bereich und angesichts der Verunsicherung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger die moralische Keule zu schwingen, so als sei die Diskussion über die

(**Wolfgang Kubicki**)

Frage, wie wir das ordentlich finanzieren, eine Frage der sozialen Ausgrenzung von älteren Menschen?

(Beifall bei der F.D.P. und der DVU)

Zu der Frage der Nutzung der Kernenergie nur eine Anmerkung, wie konsistent und konsequent unsere Landesregierung denn wirklich ist. Es findet sich in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eine wesentlich weichere, zeitlich nicht mehr limitierte Formulierung zu dem Wunsch, aus der **Kernenergie** auszusteigen. Möglicherweise erklärt dies, daß er eine neue Nähe zum Bundeswirtschaftsminister Möllemann festgestellt hat und sich eine Zusammenarbeit mit ihm vorstellen kann.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört! – Lachen und Zurufe bei der SPD: Möllemann!)

Aber ich frage Sie doch allen Ernstes.

(Anhaltende Unruhe)

Ich habe es nachgelesen – ich will jetzt aber nicht mit Zitaten überfallen werden –, daß Sie sich eine Zusammenarbeit mit Möllemann vorstellen können. Es kann ja möglicherweise auch etwas damit zu tun haben, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in Bonn auch erkannt hat, daß das gemeinsame Ziel, den CO_2-Ausstoß national bis zum Jahre 2005 um 25 % zu begrenzen, durch einen Ausstieg aus der Kernenergie nicht schneller erreicht werden kann als durch Beibehaltung. Müssen wir angesichts der weltweiten CO_2-Entwicklung nicht neu debattieren, wie unsere **Energiesysteme** hier und anderswo gestaltet werden können? Müssen wir unsere Position in der Kernenergiefrage nicht zumindest neu diskutieren,

(Manfred Sickmann [SPD]: Haben Sie eine?)

ohne an ideologischen Scheuklappen festzuhalten? Warum leisten Sie sich eigentlich weniger als der Club of Rome oder die Vereinten Nationen? Ich empfehle Ihnen wirklich, den Bericht des Club of Rome von 1991 nachzulesen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Die Landesregierung hat viel Geld verplempert, weil sie die Verfassungsrechtslage jahrelang einfach ignorieren wollte, die die atomrechtliche Bundeszuständigkeit festschreibt. Übrigens habe ich Ihnen, Herr Jansen, schon einmal 1985 öffentlich erklärt, daß der isolierte Ausstieg eines Landes – problembehaftet, wie er sich darstellt – gar nicht möglich ist, weil es eine Bundeszuständigkeit im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren gibt.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Das müssen Sie Herrn Hennig sagen!)

Niemand wird einem fahrlässigen Umgang mit der **Sicherheit von Kernkraftwerken** das Wort reden, im Gegenteil. Was getan werden muß, muß getan werden. Dies ist eine gesetzliche Verpflichtung, das ist keine besondere Leistung der Sozialdemokratie oder des Sozialministers.

Aber, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Jansen, wenn Sie wirklich meinen, die Kernkraftwerke seien nicht sicher, dann legen Sie die Anlagen still oder seien Sie – künftig – still. Sie müssen – und da empfehle ich den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion einmal die Lektüre des Atomgesetzes, § 16, – sie stillegen, wenn Sie die begründete Auffassung haben, die Kernkraftwerke seien nicht mehr sicher.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das hat er heute erklärt!)

Sie können sie stillegen – unabhängig von der Sicherheitsfrage –, § 17 Atomgesetz, wenn Sie die entsprechenden Entschädigungsleistungen erbringen. Wir wissen alle, daß die Rücknahme eines begünstigenden Verwaltungsaktes möglich ist. Dieser Fall ist im Gesetz auch ausdrücklich enthalten. Wir wissen aber auch alle, daß die Entschädigungsleistungen, die dann notwendig wären – weil in einem gerichtlichen Verfahren Ihre Entscheidung einer Prüfung nicht standhalten würde –, vom Land nicht zu leisten sind. Vielleicht findet Herr Engholm Sponsoren, privates Kapital, welches ihm dabei hilft, Ihrem Wunsch in diesem Bereich nachzukommen.

(Lachen bei der SPD)

Vielleicht beteiligen Sie Ihre sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen an einem Fonds, in dem Sie einen Teil Ihrer Diäten einspeisen, um die Entschädigungsleistung künftig zu erbringen.

(Manfred Sickmann [SPD]): Sie zahlen Ihre Bundestagsdiäten ein!)

Ich habe den Zwischenruf nicht genau verstanden, aber

(Günter Neugebauer [SPD]: Da ist er taub!)

ich gehe davon aus, daß dem Kollegen die Reglungen des schleswig-holsteinischen Abgeordnetengesetzes nicht hinreichend bekannt sind, denn sonst wäre der Zwischenruf nicht gemacht worden.

Meine herzliche Bitte ist, die Menschen auch in dieser Legislaturperiode nicht dadurch zu verunsichern, daß Sie ständig neue Ankündigungen dahin gehend treffen, schleswig-holsteinische Kernkraftwerke würden abgeschaltet.

Ein letzter Punkt gilt dem Umweltminister, dessen ungebremste Aktivität ich bis vor kurzem als Ausweis besonderer Wissenschaftlichkeit falsch verstanden habe.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe mich belehren lassen müssen, daß unsere, nämlich die der F.D.P., auch im Wahlkampf geäußerte Auffassung, der Umweltminister unseres Landes sei

(Wolfgang Kubicki)

ein herausragender Wissenschaftler, falsch sei. Chaos ist noch kein Ausweis besonderer Kompetenz.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Das können Sie gerade sagen!)

Ich finde es bemerkenswert, wenn der Landesnaturschutzverband grundsätzliche Anmerkungen zur Konzeptionierung des **Landesnaturschutzgesetzes** macht, ohne wirklich gehört zu werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unvertretbar ist es, wenn Regierungsmitglieder, die eine Kabinettsvorlage mitzeichnen, sich von den unmittelbar Betroffenen sagen lassen müssen, welche Auswirkungen das gesetzliche Vorhaben hat. Wenn der Kollege Wiesen – bedauerlicherweise ist er nicht anwesend, aber er ist trotzdem gemeint – gegenüber den Sportfischern des Landes erklärt, die Landesregierung wolle den Fischern das Recht auf Betreten der Uferrandstreifen nicht verwehren, dann empfehle ich ihm die Lektüre des Gesetzentwurfes. Gleiches gilt für das Befahren von Gewässern durch Segler und Kanuten, die Ausübung der Jagd und vieles mehr. Aber wenn sich meine Freunde von der Aktionsgemeinschaft „Rettet die Feuchtgebiete", die ihre jahrzehntelange Arbeit in Gefahr sehen, wenn sich das unabhängige Kuratorium „Landschaft Schleswig-Holstein", das sich den Positionen der F.D.P. seit Jahren nicht mehr nahe wähnt, bei mir über die Umweltpolitik dieses Ministers beschweren, dann stimmt etwas nicht mit dem Bild, das in der Öffentlichkeit so gern vermittelt wird.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Machen Sie mal eine Denkpause!)

Wer die Pflege und damit die Erhaltung historischer Kulturlandschaften ignoriert, schadet der Sache mehr als er ihr nützt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich ertrage Ihre Zwischenrufe gern, weil ich dem Kollegen Stawitz in einem Punkt zustimmen kann; nicht so, daß seine Fraktion zunehmen wird, aber Sie werden mit dieser Haltung von Politik in diesem Land weiter abnehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der DVU – Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben eine Inschrift in der Lübecker „Schiffergesellschaft" zitiert: Allen zu gefallen, ist unmöglich. Man kann es auch anders sagen: Wer von allen geliebt werden will, macht sich beliebig.

(Unruhe – Zurufe von allen Fraktionen)

Ich kann der Diskussion – –

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich sehe ein, daß unsere sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen bei der Art ihrer Wahlkampfführung ungeheure Probleme damit haben, daß die F.D.P. nicht nur im Landtag ist, sondern daß sie auch Wähler hinzugewonnen hat – absolut Wähler hinzugewonnen hat.

(Heiterkeit bei der SPD – Holger Astrup [SPD]: Sie haben einen gewissen Unterhaltungswert!)

Ich kann der Diskussion um die Parteienpolitik und **Staatsverdrossenheit** nur wenig Charme abgewinnen, weil sie kaum geprägt ist von dem gegenseitigen Respekt, mit dem auch wir uns begegnen sollten.

(Anhaltende Unruhe)

Das stimmt. Ich will die Zwischenrufe „Oskar, Oskar!", „Voscherau!" oder „Wedemeier!" gar nicht ständig wiederholen, aber die moralische Attitüde, mit der Sie hier auftreten, hat sich mittlerweile auch erschöpft.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und der DVU)

Wenn ich Ihnen einen Gefallen tun kann, Herr Kollege, dann will ich unterstellen, daß man aufgrund der allgemeinen Diskussion, die Sie immer so gern führen, sagen kann, von Liberalen oder Christlich-Unionierten würde man so etwas wie die Selbstbedienung erwarten, aber daß ausgerechnet mit moralischen Attitüden auftretende Sozialdemokraten sich in die eigene Tasche bedienen, ist für die Menschen viel schlimmer zu akzeptieren als alles andere.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie verlieren damit, und das ist das Problem: Wenn Sie das nicht sehen, wird uns das alle tangieren. Wir alle verlieren mit dieser Form, daß wir moralische Erklärungen selbst nicht einhalten oder einhalten können, immer mehr an Glaubwürdigkeit, weil niemand uns abnimmt, daß die Sätze, die wir sagen, noch Bestand haben können.

(Beifall bei der F.D.P. und der DVU)

Ich sage Ihnen auch: Horst Teltschik hat zu Recht gefragt, welche Chancen Parteien gegenüber einer Öffentlichkeit haben, die den gläsernen Politiker verlangt. Während der Datenschutz ungeahnte Blüten treibt, der Kollege Buchholz nicht einmal Auskünfte darüber erhält, wer von den Kolleginnen und Kollegen den Wahlkreismitarbeiter, den wir abschaffen wollen, beschäftigt, weil diese Namen angeblich dem Datenschutz unterliegen, wird die individuelle Moral persönlicher Beliebigkeit anheimgestellt. Sollen nur Politiker sich völlig entblößen und strengsten morali-

(**Wolfgang Kubicki**)

schen Prinzipien unterworfen werden mit der Folge – ich sage es noch einmal – –

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Lambsdorff, Lambsdorff!)

– Auch die die Angelegenheiten der Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer Partei, die in Strafverfahren – weil sie beispielsweise als Senatoren in Bremen bei der Krankenhausfinanzierung unzulässigerweise mitgewirkt haben – verwickelt waren, wollen wir nicht weiter erörtern. Ich empfehle Ihnen wirklich, mit dieser Form der Etikettierung insgesamt aufzuhören.

(Beifall bei der F.D.P. – Zurufe von der SPD)

– Ich verstehe die Unruhe der Sozialdemokraten ungemein gut. Sie haben keine Konzeption, wie Sie künftig Wahlen gewinnen wollen.

(Beifall bei der F.D.P. – Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann Ihnen zu Ihrer Beruhigung versichern, daß die Koalition in Bonn auch die Kraft haben wird, auf diese Opposition in Bonn zu verzichten, die ja auch keine Konzeption zur Lösung der deutschen Einheit hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn es uns nicht gelingt, Herr Ministerpräsident und meine Kolleginnen und Kollegen, die Argumentation von Herrn Engholm in praktische Arbeit umzusetzen, die lautet, in öffentlichen Diskussionen überzeugen, Gegenargumente ernstnehmen, im Dialog tragfähigen Konsens über Ziele herstellen und gegebenenfalls auch Kräfte bündeln, werden wir auch unsere Souveränität gegenüber dem Souverän, dem Bürger, nicht zurückgewinnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dies verlangt aber eine begründete Position, die Sie – so habe ich die Regierungserklärung heute morgen verstanden; es kann sich ja durch die weiteren Beiträge noch ändern – entweder noch nicht gefunden haben oder nicht vermitteln wollten. Wir brauchen Parlamentarier, die für ihre Überzeugung kämpfen und auch bereit sind, Rückschläge hinzunehmen und Niederlagen einzustecken. Wir brauchen Menschen, die sich nicht irgendeinem Zeitgeist anpassen – sei er auch noch so verführerisch –; nur dies sichert persönliche Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Wir brauchen schließlich das Eingeständnis, uns geirrt und eine Position verändert zu haben. Niemand ist unfehlbar – das gilt für die F.D.P. wie für alle anderen auch.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der Noch-Mehrheitsfraktion, Sie werden lernen müssen, daß die Ruhezeit mit uns als Opposition vorbei ist.

(Holger Astrup [SPD]: Da überheben Sie sich man nicht!)

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Diätenausgleich wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der F.D.P. – Heiterkeit bei der SPD – Manfred Sickmann [SPD]: Er nimmt an den Sitzungen in Bonn nicht teil und quasselt hier nur dummes Zeug! – Weitere Zurufe von der SPD!)

– Herr Sickmann, das ist der Unterschied: Der Kollege Sickmann weiß wahrscheinlich gar nicht, wie parlamentarische Arbeit in Bonn wirklich abläuft.

(Zurufe von der SPD)

– Unglaublich. Auch da wollen wir über die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen, die weit häufiger gefehlt haben als ich, ohne daß sie gleichzeitig andere Funktionen zu erfüllen hatten, gar nicht reden, aber – –

(Horst Hager [SPD]: Die Statistik hat doch die Verwaltung geführt!)

– Ich sage einmal – –

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, das Wort hat wirklich nur Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich bin ja gleich fertig! – Sie sind für mich das beredte Beispiel dafür, Herr Hager, daß Anwesenheit im Plenarsaal allein noch nicht weiterbringt.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. und der CDU – Horst Hager [SPD]: Spitzenschwätzer und Spitzenschwänzer!)

Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen jetzt einmal ausdrücklich für meine Fraktion erklären: Wir wollen unsere **Unterstützung** in all den **Sachfragen** zusagen, die dem **Wohl des Landes** und seiner Weiterentwicklung dienen. Es wird für uns alle, gleich welcher Partei oder Fraktion wir angehören, schwer genug sein, die Teilung Deutschlands durch wirkliches Teilen zu überwinden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Beendet?)

– Ja, beendet!

(Beifall bei der F.D.P. – Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Dieses Hohe Haus hat eine neue Zusammensetzung. Es sind mehr Fraktionen als früher. Ich muß jetzt als sechster reden. Erst kam die Regierungserklärung, und dann folgten die vier Fraktionen. Das heißt, es ist sehr

(Karl Otto Meyer)

schwer, hier eine Rede vorzubereiten, weil man Gefahr läuft, daß zu viele Wiederholungen kommen. Ich muß also ein bißchen improvisieren.

Auch ich bin der Meinung, daß wir uns in einer parlamentarischen Debatte auch ein bißchen mit dem beschäftigen sollten, was von den Vorrednern gesagt wurde. Ich gebe zu, daß ich nicht viel Lust habe, mich mit den Argumenten der DVU zu beschäftigen.

(Gert Börnsen [SPD]: Argumente habe ich nicht gehört!)

Ich muß aber doch einiges sagen, weil das Land Polen hier erwähnt und mit einem negativen Touch belegt wurde.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ist es! Ganz bewußt!)

Erstens. Ich will Ihnen hier ganz offen sagen: Wenn wir die **Wiedervereinigung** der beiden Deutschlande bekommen haben, wenn die Mauer gefallen ist, dann können wir unter anderem dem polnischen Volk dafür danken.

(Manfred Sickmann [SPD]: So ist es! – Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Nur aufgrund des **Freiheitskampfes des polnischen Volkes** und aufgrund der Tatsache, daß Polen die erste nichtkommunistisch geführte Regierung bekam, wurde es Frühling in Osteuropa und wurden die Voraussetzungen für Freiheit in den osteuropäischen Ländern,

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

für Freiheit in der alten DDR und schließlich die Voraussetzungen für die Vereinigung geschaffen.

Zweitens. Wenn höhnisch von Polen als Umweltverschmutzer die Rede war, dann darf man nicht vergessen, daß das **polnische Volk** vom **nationalsozialistischen Deutschland** und von der **kommunistischen Sowjetunion** unterdrückt, verfolgt und ausgeplündert wurde – total! –,

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

daß die Intelligenz getötet und die Jugend verschleppt wurde. Dann zu kommen und sagen, daß dieses Volk Umweltverschmutzer sei!

(Ingo Stawitz [DVU]: Das ist eine Tatsache!)

Natürlich sind sie das. Sie konnten ihre Probleme nicht lösen, weil unter anderem das damalige deutsche System solche Verhältnisse geschaffen hat, daß dieses arme Volk – –

(Ingo Stawitz [DVU]: Das ist ein halbes Jahrhundert her, mein Lieber!)

– Ja, ja, aber ihr beklagt doch immer noch die Generation von 1922, die vermißt wird, aber dann fragen Sie doch einmal, wie das in Polen aussah!

(Ingo Stawitz [DVU]: Das hat doch nichts mit heute zu tun!)

Sie dürfen auch nicht vergessen, daß die Absprache zwischen Deutschland und der Sowjetunion, zwischen Ribbentrop und Molotow, dazu geführt hat, daß der Kommunismus 200 km näher an Westeuropa rückte, und der Angriff auf Rußland führte nachher dazu, daß der Kommunismus bis nach Berlin kam.

Dieser Krieg setzte die ganze Völkerwanderung in Europa in Gang: Flüchtlinge, Asylbewerber und so weiter. Vergessen Sie das also bitte nicht, wenn Sie von den Polen reden, von den Asylanten und so weiter.

(Beifall bei der SPD)

Das möchte ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Und wenn Sie nun von der **multikulturellen Gesellschaft** sprechen, vergessen sie total, daß das Heilige Römische Reich Deutscher Nation absolut eine multikulturelle Gesellschaft war.

(Beifall bei der SPD)

Sie vergessen ebenso total, daß seit Bismarcks Zeiten in Deutschland Deutsche, Sorben, Dänen, Schweden, Sinti, Roma und Polen miteinander lebten.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Und Russen und Franzosen!)

– Ja! Denken Sie doch einmal etwas nach, bevor Sie hier reden oder hier das nachplappern, was da so ein Guru in München denkt oder schreibt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das mußte ich einmal in aller Ruhe sagen.

Und nun ein Wort zum Herrn Ministerpräsidenten, der heute schon so oft angesprochen wurde. Manchmal taten Sie mir leid, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit)

Aber Sie haben ja gesagt, Herr Ministerpräsident, wir sollten sagen, was wahr und was nötig ist, und tun, was man sagt. Hier liegt für uns alle natürlich ein Problem. Ebenso liegt hier ein Problem für die Bürger und die Wähler. Denn Tatsache ist, daß die **Verdrossenheit in der Bevölkerung** nicht in den Skandalen oder Skandälchen begründet ist, die aufgezeigt werden können, sondern sie ist darin begründet, daß die Kluft zwischen dem, was gesagt wird, und dem, was getan wird, so unendlich tief ist.

(Karl Otto Meyer)

Da haben zum Beispiel alle Politiker nördlich und südlich der Grenze gesagt, daß die Familienbetriebe in der Landwirtschaft erhalten bleiben sollen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und das Gegenteil ist passiert!)

und über die Jahrzehnte hinweg haben wir mit angesehen, wie diese Betriebe unter der Agrarpolitik der EG kaputtgehen.

Der Kollege Dr. Hennig fragte, was die Regierung für die **Landwirtschaft** in diesen schwierigen Zeiten tut. Ich halte es für zu leicht, diese Frage an die Landesregierung in einer Zeit zu stellen, in denen die Landwirtschaftsminister der EG-Länder eben beschlossen haben, daß unsere Kornproduzenten in den nächsten drei Jahren einen Einnahmeverlust von 27 % hinnehmen sollen. Das nimmt man einfach so hin; denn das ist ja europäisch und eine EG-Sache und damit auch vernünftig!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wir haben kritisch kommentiert!)

– Gut, ist in Ordnung, aber dann ist es natürlich schwierig zu fragen, was die Landesregierung macht, wenn die Voraussetzungen für die Landwirtschaft ganz anderswo bestimmt werden.

Auch sagen wir alle, daß wir das Leben auf dem Lande sichern und garantieren wollen, und alle sehen, wie das Leben auf dem Lande austrocknet. Die Betriebe und die kulturellen Einrichtungen wandern zu den Zentren, und das kulturelle und wirtschaftliche Leben auf dem Lande trocknet aus.

Wir beobachten das alle, halten aber alle dieselben Reden und sagen, dies oder jenes wollen wir tun, aber leider geschieht nichts. Hier liegt das Problem. Die Kluft zwischen dem, was gesagt wird, und dem, was getan wird, ist zu tief, und dann reagiert der Wähler gegen die Entscheidung der Politiker.

Das ist nicht nur hier bei uns in Schleswig-Holstein oder in Deutschland der Fall; die Zahlen sagen es auch woanders klipp und klar. Ich denke jetzt nur einmal an die Wahlbeteiligung in der Stadt Flensburg mit ihren 36 % Nichtwählern. Zugegebenermaßen sind unter diesen vielen Nichtwählern auch welche, die zu uns gehören, und es wäre sicherlich sehr naiv zu glauben, daß diese 36 % potentielle Wähler der DVU seien. Ich hoffe, daß es uns allen gelingt, einige davon zurückzuholen.

In Dänemark erleben wir übrigens dasselbe. Die **Abstimmung in Dänemark** am gestrigen Tage wurde von mehreren Rednern erwähnt. Da haben wir das Eigentümliche erlebt, daß 80 % der Parlamentarier ein Ja empfohlen haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist der Punkt!)

Alle Zeitungen mit Ausnahme einer einzigen haben ebenfalls ein Ja empfohlen. Die Arbeitgeberverbände haben ja gesagt, die Leitung der Gewerkschaften hat ja gesagt, und fast alle Bürgermeister der dänischen Städte haben ein Ja empfohlen. Und dann hat das Volk mit 50,7 % der Stimmen nein gesagt.

(Zuruf von der DVU: Gut!)

Das ist natürlich eine Überraschung, aber es zeigt, daß das dänische Volk ein demokratisch reifes Volk ist und selbständig entscheidet.

Das dänische Volk hat nun nicht nein zu Europa gesagt. Das ist der große Irrtum, dies zu glauben. Es hat nein zur Politischen Union der EG gesagt. Es hat, wie gesagt, nicht nein zur EG und nicht nein zum Binnenmarkt gesagt. Dieser besteht immer noch. Es hat lediglich zur Politischen Union aus europäischen Gründen nein gesagt, weil die Dänen meinen, das, was man in den Jahren 89 bis 91 in Osteuropa erlebt hat, biete die Chance, jetzt ganz Europa in einer Zusammenarbeit zu sammeln, die bisher noch nie dagewesen ist, und dann sollen natürlich alle Völker Europas mitentscheiden, wie das europäische Haus aussehen soll. Aus diesem Grund sagte das dänische Volk nein.

Die Politiker in Dänemark, die jetzt überlegen, was sie falsch gemacht haben und warum sie in ihrer Beurteilung so verkehrt lagen, müssen nun einfach erkennen, daß die knappen Fragen, die zu den entscheidenden Punkten in der Maastrichter Erklärung gestellt wurden, nicht beantwortet wurden. Da steht in den **Maastrichter Verträgen**, daß man die europäische Union will, aber auf die Frage, was man darunter versteht, gab es keine Antwort. Es steht etwas über die Unionsbürgerschaft in den Verträgen, aber auf die einfache Frage, was die Unionsbürgerschaft im Verhältnis zur Staatsbürgerschaft bedeutet, gab es nur Schweigen im Walde.

Die Frage, was man unter der europäischen Identität versteht und wie sich diese Identität zur deutschen oder zur dänischen oder zur britischen Identität verhält, wurde ebenfalls nicht beantwortet. Aus all diesen Gründen kam das Nein.

Ich kann nur sagen, es ist ein Glück für ein Volk, daß es die Möglichkeit erhalten hat, die Entscheidungen der Politiker zwischen den Wahlen zu korrigieren. Das ist das, was in Dänemark geschehen ist.

Für uns ist es wichtig, daß wir in Schleswig-Holstein seit dem 1. August 1990 dieselben Chancen haben, nämlich die Entscheidungen des Landtages durch **Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung** zu korrigieren, indem wir das in der **Verfassung** niedergeschrieben haben. Ich finde, es ist gut, daß wir dies haben. Aber wir müssen jetzt natürlich weitergehen, Herr Ministerpräsident, und daran arbeiten, dies auch auf Bundesebene und auf EG-Ebene durchzuführen.

Es ist für mich nämlich uninteressant, wenn ich zwar korrigierend eingreifen kann, wenn eine Schule von der Stadt X in die Stadt Y verlegt werden soll, wenn ich aber nicht die wirtschaftlichen, finanziellen, so-

(Karl Otto Meyer)

zialen und kulturellen Fragen korrigieren kann, die in Brüssel entschieden werden.

Wir stehen nun in der Bundesrepublik nach den Maastrichter Verträgen vor einer Grundgesetzänderung. Es geht hier nicht nur um das Ausländerwahlrecht, – das will man ja nur auf EG-Ebene –, sondern es geht auch um den Artikel über die Bundesbank. Aber nun haben die Bundesländer entdeckt, daß nach dem Grundgesetz Bonn in Fragen der Kulturhoheit keine Souveränität an Brüssel abgeben kann, weil die Kulturhoheit bei den Ländern liegt. Das heißt, das, was die Bundesregierung mit der Unterschrift unter die Maastrichter Verträge gewollt hat, stimmt nicht mit dem Grundgesetz überein. Aus diesem Grunde müssen wir nun auch hier Änderungen vornehmen, und aus diesem Grunde sollen nun die Landesparlamente zu dieser Problematik gehört werden.

Daß wir bei den Staatsverträgen lediglich ja oder nein sagen können, halte ich nicht für befriedigend. Wenn die Länder die Kulturhoheit haben, müssen die Länder mit Brüssel diskutieren und formulieren, wie die Paragraphen über die Souveränitätsabgabe in Kulturfragen gefaßt werden sollen. Ich muß darauf bestehen, daß wir dies in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz praktizieren. Ich hoffe, daß die Landesregierung hier im Bundesrat eine deutliche Sprache sprechen wird.

Es ist nicht zufriedenstellend, wenn wir lediglich das zu akzeptieren haben, was in Maastricht schon unterschrieben worden ist. Wir müssen uns mit der Frage intensiv beschäftigen. Der Ministerpräsident hat gesagt, wir arbeiten darauf hin: soviel Europa wie nötig, soviel regionale Eigenständigkeit wie möglich. Wenn uns aber die **Eigenständigkeit in Kulturfragen** genommen wird, werfe ich die Frage auf, wieviel dann noch nachbleibt.

Etwas anderes haben wir auch in den neuen Bundesländern erlebt. Die Mauer ist gefallen. Darüber sind wir alle froh. Es ist allerdings eine Kluft zwischen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland entstanden, eine Kluft, die von Monat zu Monat breiter und tiefer wird. Soweit ich es nach meinen Reisen in die neuen Bundesländer beurteilen kann, liegt die Enttäuschung darin begründet, daß die Leute die Vereinigung zwar nach wie vor absolut wollen, daß sie jedoch damit gerechnet hatten, mit darüber entscheiden zu können, wie das Gesamtdeutschland aufgebaut werden soll. Man hat ihnen allerdings lediglich gesagt: Übernehmt das westdeutsche Grundgesetz, übernehmt unsere wirtschaftliche Ordnung, übernehmt unser soziales System, übernehmt unser kulturelles System. Daraus resultieren die Enttäuschung und die Bitterkeit.

Das zeigt wieder: Wir müssen dafür Sorge tragen, daß die Bevölkerung, daß die Wähler mitentscheiden können, Mitbestimmungsrechte bekommen. Nur so kommen wir weiter.

Bei den ersten freien Wahlen in den neuen Bundesländern im Jahre 1990 lag die Wahlbeteiligung bei 91 %, bei den jüngsten Wahlen in Berlin lag die Wahlbeteiligung bei knapp 62 %. Innerhalb von zwei Jahren ist ein Drittel der Wähler enttäuscht zu Hause geblieben. Hier müssen wir überlegen, was wir falsch gemacht haben.

Zur Frage der **Grundgesetzänderung** sage ich klipp und klar: Ich hoffe, daß die Sozialdemokraten dabei bleiben, das Grundgesetz in einem Guß ändern, alle Paragraphen in einem neuen Grundgesetzentwurf vorlegen zu wollen, und daß der Entwurf nach Artikel 146 zur **Volksabstimmung** gestellt wird, damit wir endlich ein Grundgesetz des Volkes bekommen. Ich hoffe nicht, daß Sozialdemokraten die Salamitaktik mitmachen, daß man nämlich zunächst einmal das Grundgesetz im Hinblick auf das Wahlrecht ändert und dann eine Grundgesetzänderung hinsichtlich eines militärischen Einsatzes und eine Änderung hinsichtlich der Kulturfragen und dergleichen mehr vornimmt, sondern daß wir einen Entwurf in einem Guß bekommen und diesen dann zur Volksabstimmung stellen.

Das gilt natürlich insbesondere für Artikel 16 des Grundgesetzes: Politisch Verfolgte genießen **Asylrecht**. An diesem Satz will ich nichts geändert sehen, aber auch gar nichts.

(Beifall von Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Wenn wir eine europäische Regelung erreichen, in der dieses fundamentale Recht gesichert ist, brauchen wir das Grundgesetz nicht zu ändern. Ich bekenne ganz offen: Wenn die Sozialdemokraten daran gehen, Artikel 16 des Grundgesetzes – wenn auch nur in Form einer Ergänzung – zu ändern, dann haben die Sozialdemokraten mit Garantie eine Erst- und eine Zweitstimme bei der nächsten Bundestagswahl weniger. Ich glaube, daß mir mehrere folgen würden. Ich sage das mit allem Ernst, denn das ist für mich eine ganz entscheidende Frage.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung viele Fragen angesprochen. Ich nenne die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der sozialen Not. Hier sind wir uns einig. Ohne Geld erreichen wir hier allerdings nicht viel.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Schwächsten unserer Gesellschaft in den letzten Jahren durch die zwei sogenannten Steuerreformen und die sogenannte **Sozialreform** am härtesten getroffen wurden. Vor der Sozialreform konnten beispielsweise Menschen, die bis zu 70 % als invalide erklärt wurden, zur Spezialbehandlung nach Kiel gefahren werden, und die Krankenkassen haben entsprechend gezahlt. Diese Menschen konnten Haushaltshilfe bekommen. Nach der Sozialreform bekamen sie auf einmal ohne vorherige ärztliche Untersuchung einen Brief und waren plötzlich Sie nur noch 30 oder 40 % invalide. Damit

(Karl Otto Meyer)

fiel das Recht auf Hilfe, das sie vorher hatten, plötzlich weg. Das war die sogenannte Sozialreform!

Wenn wir in dieser finanziell schwierigen Zeit die soziale Not bekämpfen wollen, so geht das nicht ohne Geld. Wir müssen sehen, woher wir die Mittel nehmen können, um diese Probleme zu lösen. Auch in diesem Bereich ist die Situation für den Wähler nicht nachvollziehbar. Nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum leben viel mehr Leute in Armut als je zuvor, und mehr Leute als je zuvor stehen ohne Wohnung da. Das kann der Bürger, das kann der Wähler natürlich nicht verstehen.

In diesem Zusammenhang müssen wir insbesondere die Verhältnisse in den **neuen Bundesländern** betrachten. Dort wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen, insbesondere bei den Mitbürgern im Alter von ungefähr 50 Jahren. Egal ob Frauen oder Männer, sie alle wissen, daß sie höchstwahrscheinlich nie mehr in den Arbeitsprozeß zurückkehren werden. Es wird sieben, acht, zehn Jahre dauern, ehe wir einen annähernden Gleichstand zwischen Ost und West erreicht haben.

Die Menschen wissen heute nicht, ob ihre spätere Altersversorgung nach den jetzigen Löhnen und Gehältern berechnet wird. Da kann man verstehen, wie hoffnungslos die Situation beurteilt wird und warum nicht zuletzt deswegen die Selbstmordrate in den neuen Bundesländern bei den 50jährigen derart hoch ist.

Wir haben also ein Deutschland mit starken **sozialen, inneren Spannungen**. Hier liegt das eigentliche Problem. Vor dem viel gezeichneten Bild, daß das Ausland vor dem großen, finanziell und militärisch starken Deutschland bange sei und die Dänen ihr Votum bei der Volksabstimmung daran ausgerichtet hätten, habe ich keine Angst. Wenn ich den Bundeskanzler, Graf Lambsdorff, Björn Engholm, Börnsen, Kubicki oder wen auch immer sehe, dann habe ich keine Angst. Wovor die Leute Angst haben, was sie nervös macht, ist ein großes Deutschland mit starken inneren sozialen Spannungen. Denn ein solches Deutschland war früher sowohl national als auch international ein Unsicherheitsfaktor. Da liegt das Problem.

Deshalb ist es für uns, die wir in Deutschland politische Verantwortung tragen, sei es im Bundestag, sei es in den Landtagen, das größte Problem, alles daranzusetzen, diese sozialen, inneren Spannungen zu überwinden, indem wir die praktischen Fragen anpakken und lösen. Hierzu möchten wir vom SSW gern beitragen.

Wir müssen die Güter auf der Welt gerecht verteilen. Das ist zwar unpopulär, besonders unpopulär für diejenigen, die das zahlen müssen. Aber ich sage wiederum: Es muß so sein, daß die mit den breiten und starken Schultern auch die schwersten Lasten tragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen, was die Vereinigung der beiden deutschen Staaten betrifft, auch endlich dafür Sorge tragen, daß diejenigen, die wirklich die Verdiener an dieser Vereinigung sind – Konzerne, Banken und so weiter – als erste herangezogen werden.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Ich möchte nun noch kurz etwas zum Verhältnis des SSW zur Landesregierung sagen. Es wird ja manchmal, wenn wir über Redezeiten oder so etwas sprechen, darüber diskutiert, wohin der SSW gehört, ob er regierungstragend oder Opposition ist.

(Zuruf von der CDU: Das erste!)

Ich sage klipp und klar: Ich habe Björn Engholm 1988 und auch 1992 gewählt. Ich stelle aber fest, daß der SSW noch keine Fraktion bestehend aus vier Mitgliedern ist. Da waren ja drei mehr, die für Engholm gestimmt haben. Sie haben sich leider noch nicht gemeldet. Wenn sie denn kämen und sagten, wir gehen in diese Fraktion, dann hätte ich es aufgrund des Fraktionsstatus ein bißchen leichter. Auch in den Ausschüssen hätte ich dann ein Stimmrecht. Dann könnten wir uns das aufteilen, und dann wäre es auch leichter, weil die Reden in vier Abschnitte geteilt werden könnten. Aber die drei haben sich noch nicht gemeldet.

(Heiterkeit)

Ich bekenne: Ich habe Björn Engholm gewählt. Ich bekenne auch offen, daß es zwischen SSW und SPD keine Koalitionsabsprache gibt. Die Regierung hat aber klipp und klar zu wissen bekommen, daß die SPD und die Landesregierung mit ihren Meinungen in den kulturellen Fragen, in den sozialen Fragen, in der Frage Energie, in der Frage Umwelt und so weiter so nahe beim SSW ist, daß wir der Regierung insoweit keine Schwierigkeiten machen werden, daß sie da immer mit unserer Stimme rechnen kann.

Ich habe auch gesagt: Da, wo ich zu einem Regierungsantrag absolut nein sagen muß – etwa in Fragen der Landwirtschaft –, da kriegt die Regierung dieses rechtzeitig zu wissen. Dann kann sie dafür Sorge tragen, daß alle 45 Abgeordneten an Deck sind, oder sie können eine andere Mehrheit suchen. Das ist praktische Zusammenarbeit, praktische Politik. Die Regierung weiß ganz genau: Da, wo ich mit der Regierung nicht einig bin, da werde ich das ganz konsequent sagen.

Wenn die Regierung mir etwas zu langsam arbeitet oder die Reformen nicht umfassend genug erscheinen, dann werde ich die Stecknadelmethode anwenden, also ein bißchen pieksen, damit es ein bißchen schneller vorwärtsgeht.

Nun wurde der arme Ministerpräsident heute immer wieder angesprochen, er sollte für das eine oder für das andere sorgen, wer wo sitzen solle und all solche

(Karl Otto Meyer)

Sachen, mit denen dieser arme Ministerpräsident nichts zu tun hat. Das ist ja Parlamentsarbeit.

Herr Hennig hat angedeutet, daß wir aufpassen müssen, daß wir nicht zu viele Anträge der anderen wegdrücken. Da möchte ich nun an die Kollegen aller Fraktionen appellieren: Wenn reichlich viele Anträge kommen, so wie es bei dieser Tagung der Fall ist, für die 55 Anträge vorliegen, dann muß das Parlament natürlich auch so flexibel sein und auch darauf eingestellt sein, mehr Tagungen durchzuführen, als im Kalender für 1992 geplant sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oder länger als bis 18.00 Uhr zu tagen! Das ist doch kein Feierabendparlament!)

Es geht nicht, daß man sagt: Wir haben für 1992 schon alles terminiert. Wir sind gewählt, um Parlamentsarbeit zu machen; wir müssen uns auch darauf einrichten.

(Beifall bei der DVU und bei der F.D.P.)

Wenn wir das nicht tun, dann kommen wir dahin, daß wir zu viele Dinge vor uns herschieben. Dann entsteht leicht der Eindruck, als ob einige Anträge einiger Fraktionen bewußt weggedrückt würden. Das möchten wir nicht.

Ich bitte auch darum, daß wir unsere Planungen endlich so machen, daß nicht zu oft mehrere Ausschüsse gleichzeitig tagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Da wird es für einen einzelnen Mann ziemlich schwierig. Ich bitte da um Rücksichtnahme. Der SSW wird aktiv mitarbeiten. Die Verhältnisse haben sich etwas geändert. Ich entdecke, daß wir nicht mehr überall – in Enquetekommissionen und so weiter – repräsentiert sein werden. Das ist natürlich traurig, aber das macht mir nichts aus. Ich werde meine Arbeit schon machen. Wenn ich mich nicht in den Kommissionen beteiligen kann, muß man damit rechnen, daß die Plenarsitzungen länger dauern, weil ich dann die Fragen, die ich nicht in den Kommissionen oder in den Ausschüssen erörtern konnte, hier stellen werde. Da muß man dann ein bißchen Geduld haben. Das sind die Konsequenzen aus der neuen parlamentarischen Situation.

Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit der Regierung und mit den Fraktionen, nicht als ein Sonderfall, sondern als ein

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Glücksfall!)

gleichberechtigter Abgeordneter, der bedeutend mehr als die volle Stimmenzahl eines Mandates auf sich vereinigt hat und der auch in den 14 Wahlkreisen, in denen meine Partei Kandidaten aufstellt, weit mehr als 5 % der Stimmen erhalten hat. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde weder Hans Jonas noch Thomas Mann zitieren. Ich bitte, Herr Präsident, jedoch um Erlaubnis, den Herrn Ministerpräsidenten zitieren zu dürfen, der im Unterschied zu den Vorhergenannten für die Regierungspolitik verantwortlich ist. Wenn wir heute die zweite und nach den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten ja wohl auch die letzte Regierungserklärung des Kabinetts Engholm diskutieren, sind die Voraussetzungen für uns heute deutlich besser als vor vier Jahren, nicht nur weil die CDU-Fraktion um fünf Abgeordnete angewachsen ist, sondern vor allem, weil wir jetzt – anders als vor vier Jahren – Worte und Taten sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Holstein vergleichen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen alle, zu welchen Irritationen die Diskrepanz zwischen Wahlkampfäußerungen des damaligen Oppositionsführers Engholm und der praktischen Politik seit 1988 geführt hat. Heute erörtern wir Aufgaben und Ziele der Bildungspolitik unter Bedingungen, die sich von denen des Frühjahrs 1988 wesentlich unterscheiden. Die Stichworte sind: Deutsche Einheit, die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses und neue Herausforderungen für die politische Bildung.

Eine Landesregierung, die die notwendigen Konsequenzen zieht, findet uns auf ihrer Seite. Damit meine ich allerdings nicht die ständigen Klagen der Finanzministerin über die Lasten der Deutschen Einheit, die ich mehr als einmal als beschämend empfunden habe.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt jedoch keinen Zweifel daran, daß zum Beispiel die unterschiedlichen **Schulzeiten** in den alten und neuen Bundesländern zur Diskussion herausfordern.

Dies gilt auch für die europäische Entwicklung. Unser Ja zu Europa ist nicht nur in der Wirtschaft zu realisieren. Es muß seinen Ausdruck auch im Bildungsbereich finden. Es muß dabei ja nicht so weit kommen, daß man bestimmten Schulmodellen auch dann noch nachläuft, wenn sie, wie zum Beispiel in Schweden und Großbritannien, schon zu großen Problemen geworden sind.

(Beifall bei der CDU, bei der DVU und bei F.D.P.)

Wir verfügen über ein bewährtes und leistungsfähiges Schulsystem, das unseren Kindern gerecht wird, das sie fördert, fordert und stützt, das ihnen Chancen gibt, das soziales Lernen gewährleistet und Kenntnisse vermittelt. Dies ist die tägliche Leistung unserer Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen.

(Angelika Volquartz)

Es ist mehr als ein Schönheitsfehler der Regierungserklärung, daß sich der Ministerpräsident ausschließlich mit den für jedermann offenkundigen Problemen der **Gesamtschulplanung** befaßt und die Arbeit an unseren Realschulen, Hauptschulen und Gymnasien und vor allem ihre Perspektiven mit keinem einzigen Wort auch nur gewürdigt hat.

(Beifall bei der CDU)

Diese Landesregierung ist für alle Schulen verantwortlich und muß sich dem zwingend stellen.

Wenn sich das **gegliederte Schulwesen** bewährt hat – darüber gibt es in diesem Hohen Hause hoffentlich noch einen Konsens –, dann sehe ich die politische Aufgabe darin, die Voraussetzungen so zu gestalten, daß die Schulen ihren Auftrag jederzeit ohne Einschränkung erfüllen können. Dazu ist zweierlei unerläßlich, nämlich Vertrauen und Stetigkeit.

Schulen sind keine Lern- oder Denkfabriken, die in Serie und nach Norm produzieren. Unser Bild vom Menschen – darüber sind wir uns einig – verbietet hier die naturwissenschaftliche Kategorie des Experiments.

(Meinhard Füllner [CDU]: Richtig!)

Nur mit großer Behutsamkeit – das hat uns Christdemokraten bisweilen Kritik eingebracht – dürfen für notwendig erkannte – und nur solche – Veränderungen umgesetzt werden. Wer sich in der täglichen Praxis befindet, weiß, wieviel Unheil zum Teil angerichtet worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der DVU)

Ich meine deshalb, es wäre verhängnisvoll für die Bildung in unserem Lande, wenn jeder politische Wechsel als Aufforderung zum bildungspolitischen Wechsel verstanden würde. Diejenigen, die sich 1988 dafür so vehement engagierten, haben bis heute eine Frage absolut nicht schlüssig beantwortet: Was kann die teure Gesamtschule eigentlich, was die anderen Schulen nicht können?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie können den Übergang in das duale System verbessern, wie der Ministerpräsident gesagt hat! – Weitere Zurufe von der SPD)

Heute scheint es zum Beispiel nach Äußerungen von Herrn Arens so zu sein, daß die Einsicht bei der Mehrheit dieses Hohen Hauses wächst, die der Herr Ministerpräsident offenbar schon vor längerer Zeit hatte, als er schrieb:

„Nicht die Fragen der Organisation von Bildung in Schule, Hochschule und Ausbildung stehen heute im Vordergrund, sondern neue Lernziele, Inhalte."

Zustimmung!

Es wäre gut, wenn diese Einsicht nicht nur einem deutschen Lesepublikum, sondern zuerst Ihren Parteifreunden im Landtag vermittelt würde, die in den zurückliegenden Jahren derart an der **Umorganisation** gebastelt haben, daß den Betroffenen Hören und Sehen vergangen ist.

(Beifall bei der CDU, bei der DVU und bei der F.D.P.)

Eine solche Differenz zwischen Ihren Ansichten, Herr Ministerpräsident, und der politischen Praxis muß die Vermutung nähren, Sie seien – wie es „Tempo" in diesen Tagen boshaft karikierte – mehr die „Ikone des Guten" als Inhaber der Richtlinienkompetenz.

Auf dieser Linie liegt auch die nicht gerade noble Polemik der Erklärung, mit der Sie 1988 den Start einläuteten:

„Schule soll wieder mehr von Lehrern als von Ministerialbeamten gemacht werden."

(Frank Millack [CDU]: Hört, hört!)

Was haben Sie wohl gemeint? Den Klausurenerlaß? Die Berichtszeugnisse? Die Aufhebung des Klassenteilers in der Grundschule? Die unglaubliche Geschichte der Finanzierung einer Gesamtschule Trappenkamp? Den Abbau der Vorklassen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Anzahl der Dienstgespräche!)

Mit Nachdruck haben Eltern, Schüler und Lehrer gegen eine Politik protestiert, die den **offenen Dialog** ankündigte und die mit selbstherrlichen und eigenwilligen Erlassen ohne Beteiligung selbst der Verbände provozierte.

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

Der erneute Versuch, das **Kultusministerium** im Sinne der Gesamtschulstrategen umzubauen und die eigenständige Realschulabteilung aufzulösen, wurde natürlich auch mit keinem der Verbände erörtert. Wenn der Landesrechnungshofsbericht von 1989/90 zitiert wird, muß man wissen, daß Ihre Vorgängerin, Frau Ministerin Tidick, diesen Versuch aufgrund des Berichts schon einmal unternommen hat und der Ministerpräsident die Sache wieder einkassiert hat,

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Kläglich gescheitert!)

weil er damals gesagt hat, die Realschule sei gar nicht hoch genug einzuschätzen und diese Abteilung solle deshalb erhalten bleiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie vergessen die Staatskanzlei! Dort soll sie hin!)

Jetzt fängt man wieder bei der damaligen Diskussion.

Frau Ministerin, wir werden einfordern, daß das Parlament in seiner Kontrollaufgabe respektiert wird und daß die gewählten Repräsentanten der Eltern, Lehrer und Schüler die Informationen rechtzeitig erhalten, die sie benötigen, um mitwirken zu können, und nicht

(Angelika Volquartz)

erst dann, wenn der Beschluß gefaßt ist, die Mitwirkung also hinterher eingeholt werden soll.

(Beifall bei der CDU, bei der DVU und bei der F.D.P.)

Die Frage ist natürlich nicht – wie uns der Herr Ministerpräsident suggerieren will –, ob Schule von Lehrern oder einem Ministerium gemacht wird. Schule wird – das ist wohl ein Kernbereich der Verantwortung einer Landesregierung – auch von einem Bildungsministerium gemacht, das zum Beispiel die Aufgabe hat, für die erforderlichen Mittel zu sorgen, für Lehrerinnen und Lehrer, dafür, daß unsere Nachwuchslehrer nach ihrem Examen auch arbeiten können und nicht auf der Straße stehen. Da, Frau Ministerin Tidick, ist es nicht gut anzusehen, daß von den beiden Damen Ministerinnen im Hause Düsternbrooker Weg 64 offenbar Ihre Kollegin Finanzministerin am längeren Hebel sitzt, wenn es um Maßnahmen gegen den deutlich angestiegenen Unterrichtsausfall geht.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Weiter ansteigend!)

Die Finanzministerin – auch, wenn sie sich schon für höhere Ämter präpariert – hat kein Mandat in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU, bei der DVU und bei der F.D.P.)

Wir sehen mit Sorge, daß sie offenbar zunehmend die Handschrift des Ministerpräsidenten in der Bildungspolitik bestimmt.

Herr Ministerpräsident, – er hat sich immer noch nicht eingefunden – –

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er sucht die Realschule!)

– Er ist sicherlich in die Realschule gegangen, um sich einmal umzuhören, wie es da ist.

In seiner Regierungserklärung weist der Ministerpräsident darauf hin, daß die **Zahl der Schüler** in den nächsten zehn Jahren zunehmen wird. Die Äußerungen über die daraus zu ziehenden Konsequenzen

(Meinhard Füllner [CDU]: Kinderbeauftragter!)

lassen das Schlimmste befürchten.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden es nicht hinnehmen,

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Was denn?)

daß eine für Eltern, Lehrer und Schüler so entscheidende Frage vom Ministerpräsidenten mit so vagen Formulierungen „beantwortet" wird. Wir werden klare Erklärungen über die Absichten einfordern, Herr Arens. Wir werden auch die Mehrheitsfraktion in diesem Hohen Hause befragen, wie sie sich die Zukunft der Schulen im Gegensatz zu früher, als sie ganz andere Dinge eingefordert hat, vorstellt. Jetzt kassieren Sie alle sozialen Errungenschaften, die wir erbracht haben, wieder ein.

(Beifall bei der CDU und bei der DVU)

Es ist ja richtig, daß die Mittel knapper werden. Das ist nicht das Thema. Jetzt geht es um die Prioritäten. Da wird eine Bildungsministerin natürlich auch im Kreise der Kabinettskollegen glaubwürdiger, wenn sie klarmacht, daß die Zeiten vorbei sind, Hunderte von Millionen DM für Experimente mit längst überholten Systemen zu vergeuden.

(Beifall bei der CDU)

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Den Marsch zurück in die sozialdemokratische Bildungspolitik der sechziger Jahre wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der CDU und bei der DVU)

Frau Tidick, Sie können jedoch auf uns zählen, wenn es darum geht, den Angriff der Finanzministerin auf den Bildungsbestand im Lande zurückzuweisen.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Ja?)

Vielleicht gelingt es ja auch – was diese Regierungserklärung allerdings nicht ahnen läßt –, den Herrn Ministerpräsidenten daran zu erinnern, daß er einmal Bundesbildungsminister war.

(Zurufe von der CDU: Und Landwirtschaftsminister!)

Meine Damen und Herren, wir halten fest an der Lehrerbildung in Flensburg und Kiel. Es muß weiterhin eine fundierte **Ausbildung der Lehrkräfte** für das gegliederte Schulwesen geben. Die sozialdemokratische Mehrheit dieses Hohen Hauses wäre meines Erachtens gut beraten, ihre Absichten mit dem ideologischen Konzept des Stufenlehrers über die bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg zu überprüfen.

Die Landesregierung hat das Bildungsministerium nicht nur vor einiger Zeit um einen Staatssekretär bereichert, sondern sie hat diesem Ministerium, das wie kein anderes Verantwortung für unsere Jugend hat, jetzt die Zuständigkeit für den Bereich der Jugend genommen. Die Gründe dafür sind mit Parlament und Öffentlichkeit bisher nicht erörtert worden. Ich verzichte deshalb heute auf eine Stellungnahme.

Das Bildungsressort steht am Beginn der 13. Wahlperiode unübersehbar vor großen Herausforderungen. Im Interesse der Eltern, Schüler und Lehrer, im Interesse unserer Schulen und Hochschulen, im Interesse der weiteren Entwicklung des Landes können Sie bei der Lösung der Aufgaben auf unsere konstruktive Mitarbeit zählen.

Wir wollen ein Bildungswesen, das sich an den Forderungen der Gegenwart und den Aufgaben der Zukunft orientiert, ein Bildungswesen, das keine überholten Ideologien kultiviert. Wir wollen Chancengleichheit für Stadt und Land. Eine Schulpolitik, die an bewährten Schulstandorten manipuliert, um so das

(Angelika Volquartz)

System zu treffen, wird unsere Zustimmung ebensowenig finden wie Schulmodelle, die mit dem Taschenrechner ermittelt wurden.

Wir halten fest an der Koedukation als natürlichen Ausdruck einer Jugend, die gemeinsam aufwächst für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer nebeneinander gleichberechtigt ihren Platz finden.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der DVU)

Wir wollen ein verstärktes Engagement der politischen Bildung angesichts neuer Herausforderungen. Wir wollen das duale System in der beruflichen Bildung beibehalten.

Wir wollen Ganztagsangebote an unseren Schulen, und wir wollen eine Reduzierung des Unterrichtsausfalls sowie faire Chancen für die jungen Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen soviel Integration wie möglich, aber soviel Differenzierung wie nötig. Wir wollen eine umfassende Umweltbildung im Zusammenwirken von Eltern, Schülern und Lehrkräften an allen Schularten und in allen Altersstufen. Wir wollen die Bildungspolitik im Dialog mit Eltern, Lehrern und Schülern.

„Das Maß möglicher Zusammenarbeit" – so hat einmal ein schleswig-holsteinischer Oppositionsführer gesagt, der in diesem Amt nicht der schlechteste war – „bestimmen diejenigen, die über die Mehrheit verfügen."

Wir fordern Sie auf: Berücksichtigen Sie, daß bei der Landtagswahl 1992 mehr Stimmen für andere Parteien als für die SPD abgegeben wurden!

(Holger Astrup [SPD]: Das hat noch gereicht!)

Gewährleisten Sie einen breiteren Konsens in der Bildungspolitik!

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der DVU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, auf zwei Beiträge aus der Opposition, sprich: auf den Beitrag von Herrn Hennig und auf den Beitrag von Kollegin Volquartz, einzugehen. Dazu möchte ich zunächst nur anmerken, daß der Kollege Hennig meinte, uns mit Wahlkampfreden noch weh tun zu müssen, und daß Frau Volquartz uns nicht weh getan hat, weil es so allgemein war, so grundsätzlich war. Präzise wurde das ja nur dort, wo es um den Bau eines Ministeriums, sprich den Umbau oder den Anbau oder die Abteilungsorganisation ging. Deshalb möchte ich sagen: Der Ansatz, um sich jetzt hier mit der CDU auseinanderzusetzen, muß ein etwas anderer sein. Ich will das Ganze ausdrücklich und ganz bewußt auf das zurückführen, was uns in den nächsten vier Jahren in unserer Gestaltungskraft und in unseren Gestaltungsmöglichkeiten beherrscht, nämlich auf die finanzielle Situation.

Die Bildungssituation unabhängig von der **finanziellen Situation** zu diskutieren ist eine Form politischer Schizophrenie,

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD]

die man sich leisten kann, wenn man keine Verantwortung trägt und keine Verantwortung tragen will.

(Beifall bei der SPD)

Aber wer Verantwortung trägt, der muß jetzt zweierlei akzeptieren: Wir haben einmal das Schlagwort „Bildungsfragen sind Länderfragen" diskutiert, weil darin die Gestaltungsfreiheit für die einzelnen Länder und die Vielfalt in dem Länderbildungsföderalismus lag. In Zukunft diskutieren wir es anders. Wir diskutieren es unter dem Gesichtspunkt: Bildungsfinanzen sind Länderfinanzen. – Wenn wir die Länderfinanzen nicht in Ordnung bekommen, dann können wir die Bildungspolitik abmelden.

Anders formuliert, um es jetzt auch zuzuspitzen: Man kann natürlich jede fehlende Unterrichtsstunde beklagen und gleichzeitig die Gewerbekapital- und die Vermögensteuer senken und noch glauben, dazwischen sei kein Zusammenhang, der natürlich sehr wohl da ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Peter Bendixen [CDU])

Man kann natürlich eine optimale Ausstattung der Berufsschulen oder der Hochschulen auch im strukturschwachen Schleswig-Holstein einklagen und gleichzeitig Strukturhilfe ratz-fatz wegkürzen und wegfallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man machen. Man kann sich natürlich hier hinstellen und zusätzliche Lehrer, Lehrer, Lehrer fordern und gleichzeitig beklagen, daß das Land kein finanzpolitisches Sparprogramm fährt. Das kann man machen. Aber das eine paßt mit dem anderen nur in Form politischer Schizophrenie zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Der eine Satz vom Kollegen Hennig hat mir imponiert.

(Holger Astrup [SPD]: Das war aber nur einer!)

Er hat gesagt: Die Vielzahl der vor uns liegenden Aufgaben kann nur dann bewältigt werden, wenn angesichts der Haushaltslage des Landes eindeutig Schwerpunkte gesetzt und Prioritäten neu bestimmt werden; Spielraum für zusätzliche Ausgaben hat das Land nicht. – Er hat damit, glaube ich, die Ganztagsschule, die Halbtagsschule, die betreute Grundschule gemeint. Er hat alles das gemeint, was bei Ihnen eben auch ein bißchen durchschimmerte als Angriff in die Richtung, daß das Land in diese zusätzliche Aufgaben noch mit einsteigen sollte. Aufgaben sind dann aber

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

auch immer Ausgaben. – An der Stelle also hat Herr Hennig, glaube ich, einen Satz gesagt, der gar nicht so schlecht war.

(Zurufe)

Wir sind jetzt ja nicht dazu da, um uns sozusagen zu balsamieren, und deshalb möchte ich an den Kanten ansetzen, die Frau Volquartz eben angesprochen hatte, und ausdrücklich sagen: Was wir in der nächsten Zeit in der Bildungspolitik nicht gebrauchen können, sind Kleinkariertheit, Egozentrik und Standesdenken. Wir haben aber die große Sorge, daß uns dies in den nächsten vier Jahren beherrschen wird. Ich möchte das an Beispielen diskutieren.

Wir als Sozialdemokraten empfinden es als kleinkariert, die Frage der **Abteilungsorganisation** eines Ministeriums zu einer bildungspolitischen Grundfrage zu machen,

(Beifall bei der SPD)

da es in ganz Deutschland in keinem einzigen Bildungsministerium eine eigenständige Realschulabteilung gibt,

(Beifall bei der SPD)

zumal wir demnächst eine Enquete-Kommission zur effizienten Verwaltungsorganisation bekommen werden, die uns ja wohl den Marsch blasen wird, wenn es dort Abteilungen mit drei Referaten gibt.

Eines sei Ihnen auch noch gesagt: Ein **Landesrechnungshof** gibt ja nicht die Richtlinien der Politik für die Zukunft vor – er wird sich wohl aus der inhaltlichen Bestimmung von Politik heraushalten, wenn ich das einmal so deutlich sagen darf –, aber ein Landesrechnungshof ist natürlich auch keine Schwatzbude und keine Nivea-Fabrik. Ein Landesrechnungshof kontrolliert ja schon, er guckt ja schon hin. Den Satz, daß man den Landesrechnungshof nicht beachten sollte, fand ich schon sehr kühn von der Opposition. Ich fand ihn so kühn, weil er Ihre Praxis in der Vergangenheit noch einmal bestätigt hat:

(Beifall bei der SPD)

Rechnungshöfe können viel sagen, aber wenn sie etwas zur Altersermäßigung für Lehrer sagen, etwas zum üppigsten Ausgleichsstundenerlaß sagen,

(Unruhe)

hat das für uns in der Politik keine Bedeutung.

(Zurufe von der CDU: Wer hat das gesagt? Wer hat das gesagt?)

Ich gebe Ihnen nur zu bedenken, daß wir gut daran tun, Rechnungshöfe auch dann heranzuziehen, wenn es um den effizienten Einsatz von Mitteln im Bildungsbereich geht, und es uns nicht zu leisten, einen Rechnungshof dort für nichts arbeiten zu lassen.

(Beifall des Abgeordneten Gert Börnsen [SPD])

Ich fürchte, daß wir in eine Diskussion hineinkommen – da würde ich auch Sie von der Opposition um Unterstützung bitten –, in der wir von Teilen der Lehrerschaft – damit Sie es ganz genau hören, sage ich ausdrücklich: von Teilen der Lehrerschaft – und von wenigen Funktionären, die meinen, darin begründe sich pädagogisches Ethos, in der nächsten Zeit ein sehr starkes Standesdenken erleben. Wenn wir beobachten – –

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Rossmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Ich möchte gern den Satz beenden. – Wenn wir beobachten, daß mancher Lehrerverband Schule immer so diskutiert, als ob die Schule für die Lehrer da sei,

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Wer tut das denn?)

dann werden wir das für die Zukunft auszuräumen haben; denn Schule ist für Kinder da, und Lehrer haben sich nach Kindern und deren Entwicklung zu richten,

(Beifall bei der SPD)

und Schulangebote und Schulorganisation haben sich nicht nach dem zu richten, was Lehrer für sich zum Maßstab machen.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Wen meinen Sie denn? Welchen Lehrerverband meinen Sie denn? – Unruhe)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Abgeordneter Dr. Rossmann, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Bitte!

Thorsten Geißler [CDU]: Herr Kollege Dr. Rossmann, würden Sie dem Hause bitte mitteilen, welches Mitglied der CDU-Fraktion in welcher Debatte geäußert haben soll, man möge die Anmerkungen des Landesrechnungshofs ignorieren?

Ich habe nicht vernommen, daß der Kollege Bendixen die Ohrfeige erwähnt hat, die er vom Landesrechnungshof bekommen hat, als es um die Überprüfung der Ausgleichsstundentatbestände gegangen ist. Ich habe auch nichts davon gehört, daß hier das Votum für eine Neuorganisation des Kultusministeriums aus Ihrer politischen Richtung anerkannt worden wäre,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

indem ganz ausdrücklich gesagt wird: Üppigste Abteilungen brauche man dort nicht.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Dann haben Sie eben also gelogen, schlicht gelogen!)

Damit komme ich zu dem dritten Punkt. Ich möchte um Verständnis dafür werben, daß wir uns in Schleswig-Holstein nicht einer Egozentrik, was die allgemeine bildungspolitische Diskussion in Deutschland angeht, befleißigen. Es ist Egozentrik zu ignorieren, was in anderen Bundesländern diskutiert wird in bezug auf Weiterentwicklung von Schulformen, was diskutiert wird in bezug auf Weiterentwicklung von Stundentafeln, was diskutiert wird auch in bezug auf die Aufarbeitung des Schülerbergs, der vor uns liegt. Deshalb finde ich es gut und möchte es ausdrücklich herausstreichen, daß es in dieser Regierungserklärung ehrliche und auch schmerzhafte Antworten gegeben hat, daß es in der Perspektive Reformen mit Augenmaß gibt und daß auch der nötige Mut erkennbar ist, sich gegen alle Widerstände für das Allgemeinwohl entsprechend einzusetzen.

Was die Ehrlichkeit angeht, möchte ich Ihnen noch einen Gedanken in Richtung Gesamtschulen nahezubringen versuchen. Wenn ich es richtig sehe, dann gibt es bei einer in Schleswig-Holstein bestehenden allgemeinbildenden Schulform Warteschlangen. Bei dieser Schulform handelt es sich um die Gesamtschule. Es betrübt uns, daß an der **Gesamtschule** immer noch Schüler abgewiesen werden. Daraus ist jedenfalls zu schließen, daß diese Schulform als Regelschule akzeptiert ist, daß sie deutlich weiteren Zulauf genießen wird, daß sie zu einer Bereicherung der Schullandschaft beigetragen hat. Wir haben also in den letzten vier Jahren hier ein Tor in Richtung auf die Vielfalt in der Schullandschaft geöffnet. Wir müssen für uns selbst akzeptieren, daß, wie auch in der allgemeinen Schulentwicklungsplanung, bei den Gesamtschulen das Kriterium der Finanzierung stärker nach vorn gerückt wird. Das ist ehrlich. Das ist aber auch schmerzhaft.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Peter Bendixen [CDU])

Dadurch werden wir aber weder die Entwicklung der Gesamtschulen noch die Entwicklung anderer Schularten in Schleswig-Holstein abtöten, wie es uns unterstellt worden ist. Aber wir werden die Entwicklung an das Kriterium der Finanzierbarkeit binden müssen. Wir werden die Entwicklung um so mehr daran zu binden haben, als die konkreten Perspektiven, die auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung von Schule in drei Punkten angesprochen hat, bezahlbar sein sollen.

Ich nenne eine konkrete Perspektive für die Schüler, die sich in einer vom Lehrplan her neugestalteten Schule neu entwickeln können, was das fächerübergreifende, was das perspektivische Lernen angeht.

Ich nenne eine konkrete Unterstützung für die Lehrer. Wenn der Ministerpräsident vorhin die drei bedeutenden Zeilen vorgetragen hat, daß die volle Verbeamtung all derjenigen, die gegenwärtig noch auf unbefristeten Angestelltenstellen sitzen, in einem Zuge durchgeführt werden soll – das mag hier im Plenum womöglich von niemandem registriert worden sein –, so wird dies in der Lehrerschaft in Schleswig-Holstein als ein Signal für eine Befriedung aufgenommen. Dies wird als eine Leistung anerkannt werden, für die sich die Opposition dreimal hätte ins Zeug legen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen das jetzt, und wir schaffen damit auch eine Sicherheit für die nachkommenden Kollegen dahin gehend, daß sie sich in der Schule engagieren können und daß ihr Engagement auch zum Tragen kommt.

Der dritte Punkt konkreter Hilfe besteht in der Hilfe für die Schulträger. – Ich finde, es ist eine Leistung der Landesregierung, wenn sie ankündigt, daß der Kreditbezuschussungsfonds, der als einmalige Leistung angelegt war, in Zukunft weitergeführt werden soll.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Rossmann, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Ich glaube, mit einer Zwischenfrage habe ich mein Soll für heute erfüllt. Frau Volquartz, wir werden uns sicherlich bei anderer Gelegenheit noch aussprechen können.

Wir werden auch erleben, daß die **Schulentwicklungsplanung** von den Schulträgern als eine konkrete Hilfe zur Lösung ihrer eigenen Probleme angesehen wird. Die Schulträger sind ja nicht so borniert, wie mancher hier im Parlament sie sich gern wünscht, sondern sie wissen natürlich auch, daß sich optimale Bildungschancen für ihre Kinder, vor allem in der Palette von Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium, nur verwirklichen lassen können, wenn es über eine Schulentwicklungsplanung zu einem effizienten Einsatz von öffentlichen Mitteln kommt.

Herr Hennig hat gesagt, Sie seien für ein Veto gegen jede Schulschließung. Das sagt man vielleicht so. Aber in der Praxis werden die Kommunalpolitiker den Herrn Hennig entsprechend widerlegen. Bei der Schulgesetznovellierung hat es ja auch das Parlament nicht gewagt – es gab nicht einmal einen Oppositionsantrag in dieser Richtung –, dieses absurde Prinzip, ein Veto gegen jede Schulschließung, in das Gesetz aufzunehmen.

Die Schulpolitik wird große Härten für uns in Schleswig-Holstein mit sich bringen, weil die Länderfinan-

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

zen es nicht zulassen, das einfache Prinzip „Mehr Schüler, dann auch mehr Lehrer" einfach umzusetzen: vielmehr wird es dort zu Strukturbereinigungen und zu Effizienzverbesserungen kommen müssen.

Dazu werden wir auch deshalb kommen müssen, weil wir Kraft brauchen für die **Hochschulpolitik**. Das Hochschulgesetz ist ja so gut, daß wir es in dieser Legislaturperiode ändern wollen. Dabei geht es um den § 1, in dem die Hochschulen des Landes mit erwähnt sind. Es wird ein Fest für dieses Parlament und für das Land sein, wenn in der Bestimmung die Fachhochschule Westküste als zusätzlicher Hochschulstandort genannt werden wird. Es wird ein Fest für dieses Land und für die Stadt Flensburg sein, wenn in der Bestimmung die bildungswissenschaftliche Hochschule erwähnt werden wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen damit in Schleswig-Holstein Abschied von dem Gedanken der Landesuniversität, und wir kommen zu der Landeshochschullandschaft. Das ist Schleswig-Holstein ja auch angemessen. Es gibt eine Universität, die für das Land viel leistet; es gibt eine Hochschullandschaft, in der es mehr Schwerpunkte gibt und in der es mehr Regionen gibt, die sich mit Hochschulbildung identifizieren. – Wir sind sicher, daß dieser Weg, wenn die notwendige finanzielle Ausstattung vorhanden ist, von unserer Landesregierung konsequent gegangen wird und so daß wir gleichzeitig zusammen mit den kritischen und zunehmend selbstbewußter werdenden Geistern auch an den Hochschulen die notwendigen Reformen konsequent angehen werden, und zwar auch was Studiengänge und Hochschulbildungszeiten angeht.

An der CAU gibt es jetzt in Schleswig-Holstein die erste Hochschulrektorin. Wir als Sozialdemokraten haben nicht nur ihre Wahl, sondern auch ihre Auslassungen als sehr bemerkenswert empfunden. Frau Peschel hat erklärt, daß die Hochschule auch aus sich heraus Anschluß an neue Erfordernisse finden müsse, die ein bißchen über das hinausgingen, was das Humboldtsche Bildungsideal, die Einheit von Forschung und Lehre, umschreibe.

Wir haben bei Frau Peschel herausgehört, daß es auch um die Einheit von Bildung und Qualifikation geht. Das heißt, viele junge Menschen sollen eine möglichst hohe Qualifikation bekommen, dies aber durchaus im Rahmen eines sehr konzentrierten Bildungsweges. Die jungen Menschen müssen dabei die Freiheit haben, umfassend gebildet zu werden. Die Perspektive liegt hierbei darin, daß die Bildung auf die gesamte Lebenszeit hin ausgelegt wird, das heißt, die Perspektive liegt darin, daß wir in Schleswig-Holstein speziell bei der vierten Säule des Bildungswesens, nämlich bei der Weiterbildung, mit dem Weiterbildungsplan den Anschluß finden müssen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildungspolitik ist auch Finanzpolitik. Wir Sozialdemokraten wollen in den nächsten vier Jahren nicht die hervorragende Finanzministerin gegen die hervorragende Kultusministerin ausspielen, sondern wir halten zusammen, weil nur mit soliden Finanzen solide Bildungspolitik betrieben werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Bewertung der Regierungserklärung eines Ministerpräsidenten muß der bildungs-und kulturpolitische Abschnitt besonders ins Gewicht fallen, und zwar zum einen deshalb, weil das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland den Ländern die Kulturhoheit zuweist, und zum anderen deshalb, weil die Qualität der Bildungsangebote wesentliche Auswirkungen auf die Zukunftschancen der Menschen in unserem Land hat.

In den Bereichen Schule, Hochschule und Kultur steht die Landesregierung daher in besonderer Weise auf dem Prüfstand. Das Ergebnis einer solchen Prüfung ist hierzulande vor allem in der Schulpolitik aus der Sicht der F.D.P. sehr wenig erfreulich.

(Beifall bei der F.D.P.)

Beim Technischen Überwachungs-Verein würde man zu einem entsprechenden Auto sagen, daß da nicht nur Lackschäden, sondern bereits auch Rost an tragenden Teilen festzustellen sei.

In der Gesamtschulpolitik kündigt die Landesregierung einen halben Salto rückwärts an. Vor dem Hintergrund der steigenden Schülerzahlen stellt sie lediglich größere Klassen und Kurse in Aussicht. Sie spricht von Strukturveränderungen, und Herr Dr. Rossmann erwähnte eben Effizienzverbesserungen. Das bedeutet in der Praxis doch – man muß es ganz klar formulieren –: Bildungsabbau und nicht Erhaltung und Verbesserung von Bildungschancen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Im Juni 1988 formulierte Ministerpräsident Engholm in seiner damaligen Regierungserklärung wenigstens noch den Satz – ich zitiere –:

> „Wir werden unter Berücksichtigung der Finanzlage des Landes in begrenztem Umfang auch weiterhin Lehrerinnen und Lehrer neu einstellen."

Dies war der Satz vor vier Jahren. Heute geht aber die neue Bescheidenheit der SPD so weit, selbst auf diese bescheidene Ankündigung in der neuen Regierungserklärung zu verzichten.

Meine Damen und Herren, wenn die Finanzen des Landes es nicht erlauben, allen Wünschen nach zusätzlichen Lehrkräften nachzukommen, dann muß man eben Schwerpunkte setzen. So ist die F.D.P.-Fraktion davon überzeugt, daß die **beruflichen Schu-**

(Dr. Ekkehard Klug)

len in Schleswig-Holstein mehr Lehrkräfte, erhalten müssen, und zwar insbesondere in den kaufmännischen und den gewerblich-technischen Kernfächern.

(Beifall bei der F.D.P. – Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Wenn in Schleswig-Holstein nur 26 % aller Berufsschulklassen neun bis zwölf Wochenstunden Unterricht erhalten, während dies in Baden-Württemberg bei über 90 % der Klassen der Fall ist, dann müßte doch jeder erkennen, wie sehr es auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten notwendig ist, die Kluft zu den besseren Bildungsangeboten im Süden der Republik zumindest etwas zu schließen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in den kommenden Jahren müssen wir in der Schulpolitik mit einem Problembündel fertig werden, das durch folgende Stichworte gekennzeichnet werden kann: 1. Steigende Schülerzahlen beziehungsweise erhöhter Unterrichtsbedarf, 2. erhebliche Zunahme der Pensionierungen bei Lehrerinnen und Lehrer und 3. – das ist gerade auch im Bereich der beruflichen Bildung der Fall – zum Teil noch fehlende oder nicht ausreichende Ausbildungskapazitäten für neue Lehrkräfte in Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund hat die F.D.P.-Fraktion vor drei Wochen eine Große Anfrage zu den Themen Lehrerbedarf, Lehrerbeschäftigung, Kosten des Schulwesens und Konsequenzen für die Unterrichtssituation eingebracht. Wir meinen, daß der Landtag und die Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein mit den von uns bei der Regierung angeforderten Informationen und Daten besser in der Lage sein werden, über die künftigen Schwerpunkte der Bildungspolitik in diesem Lande zu urteilen und dann hoffentlich auch richtig zu entscheiden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, was die **Gesamtschulen** betrifft, so hat die SPD-Landesregierung – wenn auch mit vierjähriger Verspätung – eingesehen, daß es den Schulträgern in Schleswig-Holstein nicht erlaubt werden darf, neue Gesamtschulen als privilegierte Prestigeobjekte auf Kosten der Erhaltung der anderen Schulen einzurichten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.] – Beifall bei der CDU)

Im übrigen scheint aber der Ministerpräsident noch nicht erkannt zu haben, daß mit neuen Gesamtschulen immer besondere Aufwendungen verbunden sind, und zwar wegen der höheren Personalkosten für das Land. Das ergibt sich allein schon aus den geringeren Unterrichtsverpflichtungen für die meisten Lehrer, die die Gesamtschulen erhalten. Wenn die Regierung also ihre Ankündigung ernst nähme, dürfte sie eigentlich gar keine neuen Gesamtschulen mehr genehmigen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch wenn nun viele Vorhaben im Bildungsbereich sicherlich mit zusätzlichen Kosten verbunden sind, gibt es doch auch eine wesentliche Frage in der Schulpolitik, in der es gar nicht um Geld geht, sondern um politischen Stil. Es geht um die Frage, wie sich die Regierung gegenüber den von ihrer Politik betroffenen Bürgern und auch den Landesbediensteten verhält.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist völlig richtig!)

Dabei geht es beispielsweise darum, daß die Schulaufsichtsbehörde den Lehrern einer Schule unseres Erachtens nicht verbieten darf, an einer außerhalb der Dienstzeit von der Elternschaft der jeweiligen Schule angemeldeten Demonstration teilzunehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wenn die Obrigkeit dann auch noch – wie im März an der Theodor-Heuss-Schule in Kiel-Hassee geschehen – auf das Beamtenrecht hinweist und disziplinarische Maßnahmen androht, dann frage ich mich wirklich, wie der Herr Ministerpräsident dies mit seiner lobenswerten Forderung nach einer lebendigen Demokratie in Schleswig-Holstein vereinbaren will.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gilt nur, wenn man deren Meinung ist; sonst nicht!)

Wir erwarten, daß die Landesregierung die Kluft zwischen Theorie und Praxis beim Umgang mit den betroffenen Gruppen im Bildungsbereich verringert. Weniger Sonntagsreden über neuen politischen Stil und über lebendige Demokratie, mehr alltägliche Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft im Verhältnis zu den betroffenen Gruppen – dies muß die Richtschnur des Regierungshandeln sein.

Meine Damen und Herren, nach Auffassung der F.D.P. sollte das Land wenigsten den Einstieg in die Landesförderung von ganztägigen oder halbtägigen **Betreuungsangeboten** an Schulen ermöglichen. Einerseits die Personalkosten für Kindergärten mitzufinanzieren, andererseits dann aber mit dem Beginn der Schulpflicht in Sachen Kinderbetreuung überhaupt nichts mehr zu tun, das ist unseres Erachtens weder ein klares noch ein zweckmäßiges Konzept.

(Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann übernimmt den Vorsitz)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die F.D.P.-Fraktion hält es darüber hinaus auch für notwendig, die Schulen freier Träger besser als bisher zu fördern, ihnen eine unbürokratischere Finanzierungsregelung zu ermöglichen, etwa durch ein Festbetragsfinanzierungssystem, wie es auch von der Landeskonferenz der Freien Waldorfschulen vorgeschlagen wurde. Die F.D.P. befürwortet wie die Landesregierung eine stärkere Vermittlung von Fremdsprachenangeboten. Aber wie will die Landesregierung dieses Ziel eigentlich erreichen, wenn sie zugleich die **Klassen- und Kursgrößen** erhöht? Zwei Beispiele aus Lübeck, der Heimatstadt unseres

(Dr. Ekkehard Klug)

Ministerpräsidenten: An der Thomas-Mann-Schule, einem Gymnasium, wurde kürzlich ein Russisch-Leistungskurs einkassiert, weil die Teilnehmerzahl von acht auf sieben zurückging, und am Katharineum in Lübeck ist jetzt aus den gleichen Gründen ein Griechisch-Leistungskurs gefährdet. Das heißt, gerade qualifizierte, differenzierte Fremdsprachenangebote sind bei der Heraufsetzung der Kursgrößen in Frage gestellt, und damit konterkarieren Sie Ihre Ankündigung, in diesem Bereich mehr zu tun.

Die zweite Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt: Sie kündigen an, daß Sie weiter gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern in den Schulen des Landes fördern wollen. Aber wie wollen Sie das eigentlich gewährleisten und sinnvoll durchführen, wenn Sie einen Weg hin zu größeren Klassen beschreiten? Das ist doch pädagogisch überhaupt nicht machbar und sinnvoll.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, im **Hochschulbereich** finden wir Liberalen in der Regierungserklärung mehr Übereinstimmung mit unseren Positionen, als dies im Schulbereich der Fall ist. Die F. D. P. begrüßt ausdrücklich den verstärkten Ausbau der technischen Studiengänge und das, was die Landesregierung an Projekten im Hochschulbereich angekündigt hat; dies ist ja auch schon Thema des Landeshochschulplanes in der letzten Wahlperiode gewesen.

Die Absicht, eine grundlegende **Studienreform** zu fördern, ist ebenfalls lobenswert. Aber weshalb wird die Regierung hier nicht konkreter? Warum gibt sie nicht zum Beispiel in Schleswig-Holstein den Weg für Modellversuche mit Kurzstudiengängen frei? Weshalb geht sie nicht dazu über, die **Kolleggeldpauschale** für die Professoren durch ein Hörergeld zu ersetzen, so daß die Lehrenden einfach wieder mehr Interesse an der wissenschaftlichen Lehre an den Hochschulen haben? Weshalb bleibt die Landesregierung sprachlos angesichts des Hilferufs der Universität Kiel, die kürzlich in ihrem Rektoratsbericht darauf hingewiesen hat, daß man ohne nennenswerte Erhöhung des universitären Grundhaushalts jetzt mit einem 50prozentigen Anstieg bei den Studienanfängerzahlen fertig werden muß?

Meine Damen und Herren, auch bei den **kulturpolitischen Passagen der Regierungserklärung** sehe ich neben einigen Kritikpunkten Übereinstimmung mit den Zielen der F.D.P.-Fraktion. Das Bemühen um ein A-Orchester findet ebenso unsere Zustimmung wie die Förderung der kulturellen Begegnungen im Ostsee-Raum, wie das Konzept Jugendkunstschule und wie natürlich die Unterstützung des Schleswig-Holstein Musik Festivals, dem ja die Kolleginnen und Kollegen der SPD anfangs durchaus sehr kritisch gegenübergestanden haben, wie wir wissen. Auch die Unterbringung des Volkskundemuseums in Schleswig entspricht einer wiederholt von der F.D.P. erhobenen Forderung.

Auf der anderen Seite fragen wir die Landesregierung, wie sie die Ziele ihres umfangreichen Kulturprogramms eigentlich umsetzen will. Auch hier fehlen in der Regierungserklärung und in den bisher vorgelegten Programmen klare Aussagen über die Prioritäten. Statt dessen gibt es nur eine wohlgefällige Ansammlung schöner und lobenswerter Absichtserklärungen.

Außerdem, meine Damen und Herren, droht das Fundament der staatlichen Kulturpolitik einzustürzen, wenn wir weiterhin an den **Schulen** derartige Ausfälle in den **musisch-künstlerischen Fächern** haben, wie dies im laufenden Schuljahr zum Teil der Fall ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich denke hier etwa an die Gymnasien und die Realschulen des Kreises Nordfriesland, wo sich die Lehrerstunden für musisch-künstlerische Arbeitsgemeinschaften in diesem Schuljahr gegenüber dem vorigen Schuljahr annähernd halbiert haben. Wenn sich das Land zunehmend auf PR-wirksame Vorhaben wie „Ars Baltica" konzentriert und dabei die kulturelle Bildung und Kulturförderung in der Breite auf der Strecke bleibt, dann müssen wir als parlamentarische Opposition unseren Auftrag wahrnehmen, und die Landesregierung wird mit unserer Kritik zu rechnen haben. Wir sind ja schließlich auch nicht dazu da, vor dem Herrn Ministerpräsidenten einherzuwandeln und die Weihrauchfäßchen zu schwenken.

(Heiterkeit)

Diese staatstragende Aufgabe vermag die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion ausnahmsweise allein zu erfüllen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und der DVU – Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thienemann.

Helmut Thienemann [DVU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht zum Thema „Bildungspolitik" sprechen, sondern nur noch einmal auf Äußerungen verschiedener Abgeordneter in bezug auf die Deutsche Volksunion eingehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch nicht schon wieder!)

Herr Hennig schob uns heute wieder einmal in eine Ecke, in die wir in keiner Weise gehören. Ich denke an seine Äußerung am Wahlabend, er bekomme Bauchschmerzen bei der Vorstellung, daß die „schreckliche DVU" im Kieler Landtag sitze.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wenn er recht hat, hat er recht!)

(Helmut Thienemann)

– Nun, das mag Ihre Meinung sein; nur, der Wähler hat mittlerweile ja eines erkannt und verwendet das Wort „schrecklich" in folgender Steigerung: Schreckliche DVU – CDU – SPD! Also hat er gesagt: Wählen wir lieber „schrecklich", also DVU.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Äußerungen von Herrn Bjömsen.

(Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Börnsen heißt er! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihm hat jemand „Björnsen" aufgeschrieben!)

– Nein, entschuldigen Sie, Börnsen! Ich meine den Fraktionsvorsitzenden der SPD. – Entschuldigen Sie bitte, mir sind die Namen der Abgeordneten noch nicht alle geläufig. Ich bitte dafür um Entschuldigung.

(Anhaltende Heiterkeit)

Ich komme auf die Äußerungen des Fraktionsführers der SPD zurück; und zwar sagte er, die DVU sei eine „volksverhetzende und ausländerfeindliche Partei"; diese Parolen – mit denen könne man nicht umgehen! Ich möchte dazu folgendes sagen. Sein Parteifreund und Innenminister von Nordrhein-Westfalen hat gesagt: „Wir fordern ein schnelles Verfahren, und anschließend an Kopf und Kragen packen!" –

(Zuruf von der SPD: Das haben wir heute schon einmal gehört!)

– Ja, dann wiederhole ich es noch einmal; das können Sie gar nicht oft genug gesagt bekommen!

(Holger Astrup [SPD]: Das eine Zitat ertragen wir auch noch!)

Und dann kommt schließlich noch der Bürgermeister von München, Ihr Kollege, zum Zuge, der sagt: „Raus mit den Scheinasylanten!" Ich muß doch einmal fragen: Was unterscheidet eigentlich die SPD und die CDU in ihren Äußerungen von der DVU?

(Beifall bei der DVU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es wird dauernd über leere Kassen im Zusammenhang mit der gewaltigen finanziellen Aufgabe der **Wiedervereinigung** geklagt. Am 17. Juni 1953 gab es den ersten Volksaufstand gegen das mörderische kommunistische System insgesamt im Ostblock. Herr Meyer sagte zwar, wir müßten den Polen danken, sie hätten die erste Demokratie im Ostblock gehabt; aber den ersten Ansatz für irgendwelche Demokratiebestrebungen gaben nun einmal die Deutschen in Ostberlin und nachher in Mitteldeutschland, die am 17. Juni 1953 aufgestanden sind und von Panzern der sowjetischen Armee niedergewalzt wurden.

(Beifall bei der DVU – Karl Otto Meyer [SSW]: Da haben die noch gar nicht gekämpft!)

Wenn die ständigen Parolen und Lippenbekenntnisse der etablierten Parteien zum 17. Juni forderten: „Deutschland muß wiedervereinigt werden – Berlin ist die Hauptstadt!", dann hätte man wie bei einem Industriebetrieb folgendermaßen verfahren müssen. Wenn ich eine Planung aufgestellt habe und zunächst einmal finanziell nicht in der Lage bin, diese Planung in die Tat umzusetzen, dann mache ich einen Fortschreibungsplan. Dies aber hat überhaupt nicht stattgefunden, durch keine Bundesregierung, egal, welcher Farbe sie war. Diese Fortschreibung hätte doch zur Folge gehabt, daß mögliche Mittel zurückgestellt worden wären; dann hätte man am 9. November 1990, als sich die Situation änderte, nicht plötzlich dagestanden wie der Ochs vorm Tor. Das zeigt wieder einmal, daß die etablierten Parteien jahrzehntelang nur mit Lippenbekenntnissen operiert haben.

(Beifall bei der DVU)

Auf Ihre Ausführungen, Herr Meyer, kann ich nur folgendes sagen. Sie sagen, wir sollten den **Polen** danken. Wir haben überhaupt niemandem für die Wiedervereinigung zu danken. Die Trennung Deutschlands wurde von den Siegermächten vorgenommen; diese Trennung haben die Deutschen nicht selbst herbeigeführt. Insofern fühle ich mich und fühlt sich sicherlich auch ein großer Teil der deutschen Bevölkerung nicht zu Dank verpflichtet gegenüber Polen.

Sie führen dann noch an, das **Heilige Römische Reich Deutscher Nation** sei ebenfalls eine multikulturelle Gesellschaft gewesen.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Ja, natürlich!)

– Habe ich Sie richtig verstanden?

(Karl Otto Meyer [SSW]: Ja!)

– Aber Sie sehen ja: Diese Multi-kulti-Gesellschaft ist auch gescheitert.

(Heiterkeit – Beifall des Abgeordneten Ingo Stawitz [DVU])

Dann noch eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen, Herr Meyer, 80 % der dänischen Politiker hätten die Zustimmung zur **Politischen Union** empfohlen. Nun haben gestern aber in **Dänemark** 50,7 % dieses erwünschte Votum abgelehnt und haben „nein" dazu gesagt. Hier zeigt sich ein weiteres Mal, daß auch in Dänemark die Politiker offensichtlich überhaupt nicht wissen, was an der Basis los ist.

In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland haben wir die gleiche Situation. Bremen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Berlin – in allen vier Bundesländern sind mittlerweile **Wahlergebnisse** zustande gekommen, nach denen – wenn man die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung einbezieht – die sogenannten etablierten Parteien bei nahezu unter 50 % liegen. Hier in Schleswig-Holstein bedeutet dies, daß die SPD in bezug auf die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung tatsächlich nur noch zirka 35 % erreicht hat, die CDU gerade noch bei 20 % liegt, und die F.D.P. wäre gar nicht mehr im Landtag,

(Helmut Thienemann)

wenn die Stimmenzahl auf die wahlberechtigte Bevölkerung bezogen würde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die DVU aber auch nicht!)

– Die DVU auch nicht, richtig.

(Heiterkeit)

Nur zeigt dies wieder einmal, daß die Nichtwählerschaft mittlerweile die zweitstärkste „Fraktion" hinter der SPD ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was lernen wir jetzt daraus?)

– Ja, es muß wieder viel gelernt werden, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber es muß doch in einem demokratischen Staat auch möglich sein, von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen!)

Nun einige Ausführungen zur **Kulturpolitik** der Landesregierung! Der Herr Ministerpräsident fordert eine europäische Kulturregion. Wir sind der Auffassung, zuerst einmal sollte eine **deutsche Kulturregion** geschaffen werden.

Wie sieht es zum Beispiel mit der **Filmindustrie** aus? Nahezu überhaupt kein deutscher Film kommt mehr in die Spitzenklasse der Welt. Man sollte zum Beispiel das alte Defa-Gelände in Berlin-Babelsberg wieder zu einem Zentrum für Kunst und Künstler machen. Wenn das dann richtig gefördert würde, wäre die Möglichkeit gegeben, denke ich, auch den deutschen Film wieder in den Vordergrund zu bringen.

(Beifall bei der DVU)

Sie sprechen von **Europa** und meinen die **Multikultur**. Diese Multikultur haben wir gerade kürzlich in Los Angeles kennengelernt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie waren wohl alle da?)

Auch in Jugoslawien finden Sie sie, und Sie finden sie in der ehemaligen Sowjetunion. Dort lösen sich die Staaten auf; dort bekämpfen sich Moslems, Christen und Orthodoxe – und da wollen Sie sagen, „Multi-Kulti" sei der erlösende Weg zum Frieden der Welt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nehmen Sie doch das deutsche Wort dafür!)

Schleswig-Holstein hat als Ostseeanrainer eine sehr gute Verbindung zu **Ostpreußen**. Ostpreußen ist ein Teil Deutschlands. Herr Ministerpräsident, schaffen Sie in **Königsberg** ein Zentrum deutscher Kultur. Das von der DVU-Fraktion entwickelte **„Förderprogramm Deutsches Ostpreußen"** soll ein erster Schritt zur Wiedergewinnung der deutschen Souveränität in Ostpreußen sein.

(Unruhe)

St. Petersburg ist ja mittlerweile wieder umbenannt worden und hat eben diesen deutschen Namen. Auch Kaliningrad wird eines Tages wieder „Königsberg" heißen.

(Ingo Stawitz [DVU]: Sehr bald, hoffentlich!)

Auch das wäre ein wesentlicher Beitrag zur deutschen Kultur.

Schaffen Sie eine deutsche Fakultät an der **Universität Königsberg**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann marschieren Sie dort wohl ein?)

Fordern Sie die Ansiedlung von Rußland-Deutschen in Königsberg; Sie bewahren damit deutsche Landsleute in den GUS-Staaten vor Vertreibungsterror, Not und Elend.

(Unruhe)

Das „Förderprogramm Ostpreußen" wird wohltuend sein für Wirtschaft und Handel Schleswig-Holsteins.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Dann schaffen Sie dort ja eine multikulturelle Gesellschaft!)

– Nein, die schaffen wir durchaus nicht, denn mit den Russen können wir leben. Russische Professoren an der Königsberger Universität fragen inzwischen: Wann kommen die Deutschen wieder? Auch unter den Russen wächst die Einsicht, daß Ostpreußen nur mit deutscher Hilfe aufgebaut werden kann. Als Nachbar an der Ostsee kann Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

(Beifall des Abgeordneten Ingo Stawitz [DVU])

Herr Ministerpräsident, Sie träumen von einem **EG-Europa**. Ich erinnere daran, daß der große Sozialdemokrat Kurt Schumacher in erster Linie ein großer nationaler Patriot war. Kurt Schumacher schleuderte dem rheinischen Separatisten Adenauer den Satz entgegen: „Herr Adenauer, Sie sind ein Kanzler der Alliierten!"

„Verzicht ist Verrat", sagte einst der Zuchtmeister der SPD, Herbert Wehner. War dies nun eine Täuschung, oder war dies ernst gemeint?

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Willy Brandt fehlt noch!)

– Ja, Willy Brandt zitiere ich auch noch.

(Heiterkeit)

Jedenfalls stehen Sie nicht in der Tradition des großen Sozialdemokraten Ebert, der das Deutschlandlied mit allen drei Strophen zur Nationalhymne machte. Ebert war ein Mann der Treue zum eigenen Volk. Auf Sie, Herr Engholm – er ist leider nicht hier –, würde der Ausspruch passen: Ausland, Ausland über alles. Sie wollen nicht Gesamtdeutschland, sondern die Auftei-

(Helmut Thienemann)

lung Deutschlands in Regionen und handeln somit im Interesse der Brüsseler EG-Zentrale.

Herr Engholm, Breslau, Danzig, Stettin sind Städte wie Kiel, Lübeck und Eutin.

(Beifall bei der DVU)

Herr Ministerpräsident, ich darf noch auf folgendes hinweisen. Die Dänen haben sich per Volksabstimmung für Dänemark entschieden und damit den EG-Extremisten eine klare Abfuhr erteilt. Herrn Engholm empfehle ich, er sollte eine Volksabstimmung in Deutschland durchsetzen. Die **Maastrichter Beschlüsse** würden auch in Deutschland abgelehnt; wir Deutsche wollen die Deutsche Mark erhalten.

(Holger Astrup [SPD]: Herr „Tünemann" reitet für Deutschland!)

Herr Ministerpräsident, wenn Ihr Ausspruch über mehr Bürgernähe keine bloße Heuchelei sein soll, dann stimmen Sie für die **Volksabstimmung** auf Bundesebene.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Thienemann, wenn Sie von Polen sprechen und sagen, das erste Beispiel hätten wir nicht in **Polen**, sondern 1953 in Deutschland gehabt, dann darf ich daran erinnern, wie die Polen von 1939 bis 1945 gekämpft haben, wie sie in Warschau gekämpft haben, wie die Juden im Getto in Warschau gekämpft haben. Da können Sie von einem Freiheitskampf sprechen. Ich sage dies, weil ich neun Wochen lang Soldat in Polen war, und ich schäme mich für diese neun Wochen. Deswegen wurde ich Deserteur und ging in den Widerstand. Da haben Sie meine Antwort.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Zur **multikulturellen Gesellschaft**! Wenn Sie Los Angeles oder Jugoslawien nehmen, argumentieren Sie, die Auseinandersetzung liege in der multikulturellen Gesellschaft begründet. Nein! Sie findet ihre Begründung vielmehr da, wo eine Kultur eine andere Kultur unterdrücken will.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

In dem Moment, in dem wir, wie wir es im Landesteil Schleswig und in Nordschleswig gemacht haben, solche Verhältnisse schaffen, daß jeder Mensch in seiner Heimat in Übereinstimmung mit seiner Kultur, mit seiner Sprache leben kann, herrscht Frieden, dann ist eine multikulturelle Gesellschaft ein Segen und ein Glück.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Nur dort, wo unterdrückt wird, bekommen wir Auseinandersetzung und Chaos. Keiner läßt sich unterdrücken – auch wir tun das nicht.

(Helmut Thienemann [DVU]: Herrscht in Los Angeles Unterdrückung?)

– In Los Angeles? – In Amerika sind die Farbigen doch über Generationen unterdrückt worden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man Bilder sieht, wie weiße Polizisten auf einen einzigen Farbigen losschlagen, nur weil er zu schnell gefahren ist, und dann auch noch freigesprochen werden, kommen natürlich solche Reaktionen. Darüber müssen Sie sich im klaren sein.

Ich möchte jetzt zur **Bildungspolitik** kommen. Die Bildungspolitik ist dem SSW seit jeher ein zentrales Anliegen, dessen herausragende Bedeutung und finanzpolitische Priorität aus unserer Sicht nicht mit der Lage der öffentlichen Kassen stehen und fallen darf. Vor diesem Hintergrund hat der SSW in den vergangenen vier Jahren die Bildungspolitik der sozialdemokratischen Regierung kritisch mitgetragen. Gerade an der Bildungspolitik läßt sich die generelle Bewertung und Positionsbeschreibung des SSW gegenüber der Regierung Engholm festmachen. Die Richtung der Regierung stimmt, doch wünscht sich der SSW eine klarere und konsequentere **Reformpolitik**. Damit dürfte auch klar sein, daß sich die Einstellung des SSW im Bildungsbereich deutlich von der der anderen Oppositionsparteien unterscheiden dürfte.

Nicht alle unerfüllten Ankündigungen und Zielsetzungen, mit denen die Regierung 1988 angetreten war, lassen sich mit leeren Kassen begründen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P]: Sehr richtig!)

Eher scheint es mir hier und da am politischen Willen beziehungsweise Mut zu einem deutlicheren Reformkurs gefehlt zu haben, möglicherweise, weil zu viele – auch sozialdemokratische – Bürger immer noch an das **geteilte Schulsystem** glauben.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Sie meinen dieses leistungsfähige gegliederte Schulwesen!)

Dieser Eindruck wird durch die Ausführungen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung zum Bildungsbereich verstärkt. Leider muß ich dies sagen.

Auch wenn ich die Offenheit würdigen möchte, mit der die Regierung die Verschiebung einiger politisch gewünschter Vorhaben ankündigt, muß ich dies für den SSW doch kritisch hinterfragen. So soll aus dem **Weiterbildungsgesetz** kein Leistungsgesetz gemacht werden. Haben wir denn überhaupt ein echtes Weiterbildungsgesetz, oder haben wir nicht vielmehr ein Bildungsurlaubsgesetz, das eher auf die berufliche Bildung beziehungsweise Weiterbildung im Sinne beruflicher Qualifizierung ausgerichtet ist und auf einem relativ engen Bildungsbegriff aufbaut? Auch

(Karl Otto Meyer)

die Regierungserklärung fokussiert weitgehend auf die berufliche Bildung und Weiterbildung der Arbeitnehmer.

Die **allgemeine Bildung** für alle Bürger und insbesondere für die in der Weiterbildung eher unterrepräsentierten Gruppen bleibt ebenso vernachlässigt wie die wichtige Rolle der **Volkshochschulen** und eben die Frage der Finanzierung. Die Ankündigung, unter Beteiligung zahlreicher Verbände einen **Weiterbildungsplan** vorlegen zu wollen, dürfte unter diesen Voraussetzungen in der Praxis schnell an ihre Grenzen stoßen.

Wenig Konkretes auch zu den **beruflichen Schulen**, deren Stärkung die Regierung noch 1988 als Schwerpunkt erklärt hatte, ohne jedoch diese Ankündigung zufriedenstellend umzusetzen! Dabei sind es gerade die beruflichen Schulen, die eine hervorragende Verbindung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung schaffen und den jungen Leuten in der Region eine Perspektive bieten können.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Zwar wird der weitere Ausbau des Unterrichts an zwei Berufsschultagen in Abstimmung mit der Wirtschaft angekündigt, doch wir kennen die Vorbehalte gegen den **zweiten Berufsschultag**, dessen Umsetzung ohne zusätzliche Planstellen kaum zu machen ist.

Unzufrieden ist der SSW auch mit der Ankündigung der Regierung, Abstriche bei der **Genehmigung neuer Gesamtschulen** vornehmen zu müssen, „soweit damit besondere Aufwendungen verbunden sind".

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Prima!)

Die Widerstände in einigen Kreisen gegen diese Erweiterung und Öffnung des starren gegliederten Schulsystems sind bekannt, ebenso die nicht ganz faire Methode, offensichtliche Mängel in anderen Schulbereichen gegen die unumgänglichen Investitionen für Gesamtschulen, die schließlich dem Elternwillen entsprechen, aufzurechnen und gegeneinander auszuspielen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal unterstreichen: Der SSW strebt nach wie vor das Vorbild der **skandinavischen ungeteilten Schule** an: schrittweise den Weg von einer integrierten Orientierungsstufe in den Klassen fünf und sechs über eine Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts aller Kinder bis hin zu einer Zusammenlegung beziehungsweise Verschmelzung von Haupt-und Realschule. Dies wäre nach Auffassung des SSW der richtige Weg, langfristig zu einem zehnjährigen gemeinsamen Unterricht aller Kinder im schulpflichtigen Alter zu gelangen, an den sich dann ein dreijähriges Gymnasium anschließen kann.

Von den Schulformen in Schleswig-Holstein entspricht die integrierte Gesamtschule noch am ehesten diesen Vorstellungen. Ich sage dies klar und deute damit auch an, daß wir bereit sind, Zeit einzuräumen, aber die Zielsetzung muß klar sein. Daß wir das aus finanziellen Gründen nicht so schnell erreichen können, gebe ich zu, aber die Zielsetzung muß klar sein.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das wollen nicht einmal Ihre eigenen Leute! – Bertold Sprenger [CDU]: In Dänemark ist das lange Schnee von gestern!)

– Ach, ihr mit eurem Schnee von gestern! Wir haben lange keinen Schnee gehabt!

Wenn der Ministerpräsident des weiteren ankündigt, **Betreuungsmaßnahmen an Grundschulen** nicht mitfinanzieren zu können, oder vorschlägt, auf das **Industriemuseum** zu verzichten, dürfte dies langsam an elementare frühere Grundpositionen der sozialdemokratischen Mehrheits- und Regierungsfraktion rühren, die der SSW in diesen Bereichen mitgetragen hat und weiterhin mittragen wird. Er wird aber immer darauf drängen, daß wir hier weiterkommen. Auch scheint mir, als wolle die Landesregierung mit ihrer nicht immer glücklichen Strategie fortfahren, bildungspolitische Reformen unter finanzpolitischen Gesichtspunkten zu gestalten.

Wenn der Ministerpräsident in diesem Zusammenhang von **Strukturreformen** spricht, dann nennt er nicht nur die Überarbeitung von Lehrplänen, sondern spricht im selben Satz auch von einer Effizienzsteigerung der Schulen und der Erweiterung von pädagogischen Spielräumen.

Beispiele für diese Vermengung von Reformen auf Kosten der **Arbeitsbelastung der Lehrkräfte** haben wir in den vergangenen Jahren genug gehabt, und nun wird dies quasi offiziell als Kurs für die nächsten vier Jahre ausgegeben. Da nehmen sich die erfreulichen Ankündigungen wie der Erhalt der wohnortnahen Grundschule, die Übernahme der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte oder die Herausstellung des Ausbauzieles der PH Flensburg als zweisprachige Bildungswissenschaftliche Hochschule im Vergleich eher bescheiden aus.

Die dänische Bevölkerung ist bereit, in der Kulturpolitik und in der Bildungspolitik mitzuarbeiten und sich für die demokratische Selbstbestimmung und für weitergehende Kompetenzen der Lehrer, der Schüler und der Eltern einzusetzen.

Ich hoffe, daß wir uns trotz der finanziell schwierigen Situation des Landes darauf einigen können, unsere gemeinsamen Reformpläne in der Schulpolitik und in der Kulturpolitik weiter zu fördern und weiter voranzubringen. Aus meiner Sicht sollte das mit einem möglichst noch stärkeren Tempo geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Das Wort hat die Kultusministerin, Frau Tidick.

Marianne Tidick, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport:

Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Es hat mich schon sehr verwundert, wie die Vorredner vor allen Dingen seitens der CDU-Fraktion von der Zukunft sprachen und dabei tief in die Klamottenkiste der Vergangenheit griffen.

(Beifall bei der SPD – Meinhard Füllner [CDU]: Das ist eine Überschätzung!)

Auch hat mich ungemein gewundert, wie alle von der bedrängten **Finanzsituation** dieses Landes sprachen und klagten, daß diese Regierung Engholm immer noch nicht genug spare, und gleichzeitig mehr Kindergärtenplätze, mehr Lehrkräfte und weiteres mehr forderten. Aber keiner hat gesagt, worauf verzichtet werden soll.

(Widerspruch bei der CDU)

– Ein Beispiel werde ich Ihnen gleich noch bringen. Damit will ich Ihnen Ihre falschen Zahlen belegen. Es hat mich ungemein gewundert, wie beispielsweise Frau Volquartz die große europäische Dimension eröffnet hat und von den Schulzeiten im deutsch-deutschen oder europäischen Vergleich sprach, womit sie wahrscheinlich das Abitur nach zwölf Jahren meinte, und wie gleichzeitig dieselbe Oppositionsfraktion, die ein Jahr Gymnasium insgesamt sparen will, über 3 % Unterrichtsfehl am Gymnasium beklagt, als wenn dadurch die Welt unterginge.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Und es hat mich ungemein verwundert, daß bei diesem großen Ausblick auf das naheliegende **Europa** Frau Volquartz sagte, daß in Schweden und Großbritannien die Welt ganz anders aussehe. Das Gegenteil ist der Fall. Ganz Europa hat **integrierte Systeme** oder ein friedliches Nebeneinander.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Nicht in der Schweiz! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Mit Ausnahme der Schweiz, Herr Bendixen, das stimmt.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Überall gibt es ein friedliches Nebeneinander. Selbst im England Margaret Thatchers gab es nicht diese ideologischen Grabenkämpfe, wie sie hier von Ihnen geführt werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Erneute Zurufe von der CDU)

Und wenn Sie nun meiner Bildungspolitik vorwerfen, die Leistungen des **dreigliedrigen Bildungssystems** würden nicht gewürdigt, dann schauen Sie sich doch erst einmal an, was wir gemacht haben. Schauen Sie sich an, was wir uns bei der Weiterentwicklung der Inhalte vorgenommen haben. Es kommt auf die Inhalte an; das haben wir immer betont.

(Holger Astrup [SPD]: Das begreifen die nie!)

Aber: Alle diejenigen, die eine Schulform haben wollen, die es bislang in diesem Lande nicht gab, sollen auch die Chance bekommen, sie zu besuchen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, nicht jahrelang die Käseglocke der Reformunfähigkeit so fest auf dieses Land gepreßt hätten, hätten wir heute diesen Reformstau nicht. Dann hätten wir die ganzen Gesamtschulen inzwischen abgearbeitet und finanziert.

(Beifall bei der SPD)

Von gewaltiger Umorganisation des Schulwesens zu reden, wenn jetzt ganze 2 % der Schüler die Chance haben, diese Schulform zu besuchen, ist schon erstaunlich. Da kann ich mir erheblich größere Entwicklungssprünge vorstellen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Sie machen es durch die kalte Küche!)

Der **Elternwille** gilt, meine Damen und Herren, und das ist das entscheidende.

(Zurufe von der CDU)

Und wenn Frau Volquartz meint, die **Organisation meines Ministeriums** kritisieren zu müssen, so sage ich, daß es als Dienstleistungsbetrieb dazu da ist, vernünftig zu arbeiten, um dem Parlament gegenüber und den Abnehmern gegenüber – den Eltern, Kindern und Lehrkräften – vernünftig zu funktionieren. Und es ist schlicht zunächst eine Aufgabe der Exekutive, sich so zu organisieren, wie sie meint, vernünftig arbeiten zu können. Daß sie dabei finanzpolitische Rahmenbedingungen und Organisationsgutachten des Landesrechnungshofs beachtet, ist selbstverständlich.

Ich informiere Sie gern darüber, warum ich mit dem Kollegen Günther Jansen eine Art von Flurbereinigung im Bereich der **Jugendpolitik** und der **Bildungspolitik** gemacht habe.

(Zurufe von der CDU)

Das geschah aus einem ganz einfachen Grunde. Damit werden der gesamte Zuständigkeitsbereich des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – ich nenne nur die Kindergärten und die Jugendhilfe – und die Familienpolitik unter einem Dach vereint, und der ganze Bildungsbereich mit der Weiterbildung als vierter Säule des Bildungssystems kommt unter ein anderes Dach.

(Beifall bei der SPD)

Das entspricht unserer Konzeption von Bildungspolitik. Die Weiterentwicklung der Weiterbildung allerdings kann nicht über ein neues Leistungsgesetz geschehen – wir versprechen nichts, was wir nicht halten können –, sondern muß über einen vernünftigen **Weiterbildungsplan** geschehen, der mit allen Beteiligten erarbeitet wird. Das ist, so denke ich, ein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung.

(Bertold Sprenger [CDU]: Sparen Sie auch einen Staatssekretär ein, wenn Sie Aufgaben abgeben? – Demonstrativer Beifall bei der CDU)

(Ministerin Marianne Tidick)

– Ich gebe nicht ab, sonder tausche. In anderen Ländern gibt es dafür sogar zwei Ministerien; schauen Sie sich nur einmal um. Ich denke, wir arbeiten erheblich wirtschaftlicher als alle anderen Bundesländer.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Bayern, das ein ungeteiltes Haus hat, hat zwei Parlamentarische Staatssekretäre und zwei Amtschefs. Von daher, denke ich, sind wir in guter Gesellschaft.

(Zurufe von der CDU: Wir sind aber nicht in Bayern!)

Wir haben keine Sparpolitik im Bildungsbereich betrieben, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Wir haben das sehr deutlich gemacht mit unserer Einstellungspolitik, mit dem **Abbau aller kw-Vermerke** und mit der **Schaffung neuer Planstellen** für alle von Ihnen seit Jahren vernachlässigten Bereiche.

(Zurufe von der CDU: Statistikschummelei!)

– Nein, das ist keine Statistikschummelei, schauen Sie sich den Haushaltsplan an. Da finden Sie einige hundert neue Planstellen. Es sind alle kw-Vermerke gestrichen.

(Zuruf des Abgeordneten Bertold Sprenger [CDU])

Der **zweite Berufsschultag** in diesem Lande ist inzwischen eine Chance, die doppelt so viele Schülerinnen und Schüler haben wie 1988. Wir haben die Zahl der Klassen mit dem zweiten Berufsschultag verdoppelt.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten sicherlich auch so phantastische Zahlen wie Baden-Württemberg, wenn Sie uns etwas mehr hinterlassen hätten.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Sie haben verdammt wenig Vorsorge im Bereich der Berufsschulen betrieben.

(Holger Astrup [SPD]: Wenig? Gar keine!)

Sie haben diesen Bereich unendlich vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn wir es jetzt zum erstenmal ermöglichen, daß in diesem Lande Groß- und Außenhandelskaufleute Englischunterricht bekommen, dann ist das schon etwas. Überlegen Sie einmal: Groß-und Außenhandelskaufleute wurden bisher in diesem Lande ohne Englisch ausgebildet. Das ist eine Schande. Ab dem 1. August dieses Schuljahres wird die Fremdsprache für die Büroberufe und die Hotel- und Gaststättenberufe unterrichtet. Das ist ein wesentlicher Schritt, der ebenfalls nur durch Aufstockung in diesem Bereich ermöglicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Argumentation zur **Gesamtschule**, meine Damen und Herren, bewegt sich in den Grabenkämpfen des Kalten Krieges. Trotzdem habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es – ähnlich wie in anderen Ländern – auch hier Einsicht gibt und die Fakten irgendwann einmal zur Kenntnis genommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesem Bereich überall dort, wo es die Eltern wollten und wo es einen öffentlichen Bedarf gab und wo das traditionelle Schulwesen in erreichbarer Nähe war und die Schulträger es wollten, Gesamtschulen gegründet. Wir sind stolz darauf, daß es 20 solcher Schulen im neuen Schuljahr geben wird. Ich hoffe, diese werden dann auch vernünftig arbeiten können.

(Zuruf von der DVU: Das sind 20 zuviel!)

Wir haben es durch die **Aufstockung des Schulbaufonds** von 35 Millionen DM auf 50 Millionen DM ermöglicht, daß sowohl die **Sanierung** wie auch **Neubauten** finanziert werden können.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben hier in der Tat einen Stau.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Gucken Sie mal Kiel an!)

– Das ist zunächst einmal die Verantwortung der Schulträger. Durch die Aufstockung des Fonds von 35 Millionen auf 50 Millionen DM und durch das Kreditfinanzierungsprogramm wird den Schulträgern geholfen, obwohl wir dazu nicht verpflichtet sind, und wir werden das weiterhin tun. Wir werden aber keineswegs unterlassene Unterhaltungen sanktionieren können, um nicht die Moral der anderen Schulträger, die sich vernünftig verhalten haben, zu unterminieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten Abstand von der Aussage nehmen, daß die **Gesamtschulen** im großen Stil bevorzugt werden. Im **Bund-Länder-Vergleich** der Gesamtschulen liegen unsere Gesamtschulen, was Schüler-Lehrer-Relationen oder Klassenfrequenzen angeht, auf Platz 8 und auf Platz 4. In allen anderen Schulformen liegen wir, was Klassenfrequenzen angeht, unter dem Bundesdurchschnitt, sind also besser, mit Ausnahme der beruflichen Schulen. Hier gibt es also auch für die Zukunft bei wachsenden Schülerzahlen, ohne daß man den Kindern nimmt, was ihnen zusteht, durchaus Möglichkeiten der Weiterentwicklung.

Denn – darauf hat der Ministerpräsident hingewiesen –: Wenn wir in den nächsten Jahren bis zum Jahre 2000 bis zu 50 000 **zusätzliche Kinder** haben, bedeutete das bei unveränderten Strukturen 3000 **zusätzliche Lehrerplanstellen**. Das kann kein Land bezahlen, und das bezahlt auch kein Land.

In der Kultusministerkonferenz sitzen wir alle, von Marianne Schultz-Hector bis Marianne Tidick, vom

(Ministerin Marianne Tidick)

Saarland bis Mecklenburg, von Bayern bis Nordrhein-Westfalen, und überlegen, wie wir das System so organisieren, daß es vernünftig funktioniert, und unsere Landtage davon überzeugen können, daß wir für die wachsenden Schülerzahlen sehr wohl neue Lehrer und Lehrerinnen brauchen. Es muß aber – und das ist in der Vergangenheit, jedenfalls bis 1988, versäumt worden – sehr kritisch überprüft werden, ob die **Schulstandorte** immer noch der Verteilung der Schülerinnen und Schüler entsprechen. Man muß gucken, ob es sinnvoll ist, daß über 20 % der Hauptschulklassen weniger als 15 Schülerinnen und Schülern aufweisen. Diese Entwicklungen müssen wir unter den finanziell schwierigen Bedingungen überprüfen.

(Beifall bei der SPD)

Schulentwicklungsplanung als Aufgabe der Schulträger wird dazu beitragen, die Schule nicht nur effizienter, sondern auch besser zu machen; denn zu kleine Schulen sind auch pädagogisch ein großes Problem.

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bendixen?

Marianne Tidick, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport:

Gern.

> **Dr. Peter Bendixen** [CDU]: Frau Ministerin, ich darf Sie fragen, ob Sie bei möglichen Schließungen von bestehenden Schulen den Willen des Schulträgers respektieren werden?

– Der Schulträger ist derjenige, der den Schulentwicklungsplan macht. Zunächst einmal muß der Schulträger seine Schülerbewegungen analysieren. Wir werden in diesen Prozeß Beratungskompetenz einbringen. Wir werden allerdings auch – selbstverständlich – Standards definieren.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

– Meine Herren und meine Damen, das ist doch selbstverständlich. Herr Bendixen, ich verweise Sie auf die nächste Woche. Ich werde die vom Kabinett inzwischen verabschiedeten Empfehlungen zur Schulentwicklungsplanung, die wir mit den kommunalen Landesverbänden sehr gründlich abgestimmt haben, Ihnen allen zur Verfügung stellen. Das sollten wir allerdings nicht heute machen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt betrifft die Situation im **Hochschulbereich**. Am Montag hatten wir Gelegenheit, das bei der Rektoratsübergabe sehr ausführlich aus verschiedenen Perspektiven zu diskutieren. Die Situation an den Hochschulen ist in allen Ländern von erheblichen **Überlasten** gekennzeichnet. Seit dem Öffnungsbeschluß der Ministerpräsidenten aus dem Jahre 1977 haben wir rund 70 % mehr Studierende, aber nur 6 % mehr wissenschaftliches Personal. So ist die Situation in allen Bundesländern, und wir sind uns klar darüber, daß hier etwas geschehen muß.

Auf der Finanzministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz haben wir es zum erstenmal geschafft, eine gemeinsame Datengrundlage und Empfehlungen zu erarbeiten.

Eines ist allerdings nicht richtig. Wenn die **CAU**, die erhebliche Sondermittel für die Überlast bekommen hat – fast 6 Millionen DM an Sonderprogrammen, klagt –, sie verlöre ihre Wettbewerbsfähigkeit, dann empfehle ich – das habe ich ihr auch am Montag deutlich gesagt, und das empfehle ich auch Ihnen –, sich anzugucken, wo sie im **Bund-Länder-Vergleich** steht. Bei dem wissenschaftlichem Personal liegen wir gut im Länderdurchschnitt. Bei der Raumausstattung liegen wir gut im Länderschnitt. Wir haben einige Fachbereiche, denen es schlecht geht. Das sind die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, das ist Jura. Dafür sind wir in Medizin Spitze. Wir müssen hier gemeinsam zu Lösungen kommen. Dazu werden die Ministerpräsidenten Empfehlungen auf ihrem Tisch finden.

Gleichzeitig sei allerdings nicht verschwiegen, daß die CAU drei Graduiertenkollegs wird einrichten können, daß sie einen neuen Sonderforschungsbereich in der Agrarwissenschaft erhält. All das sind Adelsprädikate, die man nicht einfach unter den Tisch fallen lassen darf.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Wer finanziert das denn?)

– Wir finanzieren das gemeinsam. Die Sonderprogramme des Bundes sind verfassungsrechtlich abgesichert. Das Land zahlt erheblich dazu. Es handelt sich allerdings nicht um ein Gnadengeschenk des Bundes, sondern das sind Vereinbarungen, die wir auf grundgesetzlicher Basis mit dem Bund treffen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

– Lassen Sie bitte Herrn Möllemann aus dem Spiel. Er war gut dafür, die Sonderprogramme auf die Beine zu stellen. Noch besser wäre es, die Länder würden endlich der Verfassung entsprechend mit Finanzen ausgerüstet, um ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen, und darum werden wir kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zur Kulturpolitik! Ganz wichtig ist es zu betonen, daß **Ars Baltica** als Austausch-, als Kontaktmöglichkeit und Frischluftzufuhr, als ein Stück politischer Programmatik keine Orchidee für solche, die nach draußen fahren, ist. Es bedeutet vielmehr für unsere Kunstschaffenden die Möglichkeit, nach Danzig zu fahren, nach Riga zu fahren, auf Gotland am Skulpturenpark mitzuwirken. Das bedeutet für die Auswärtigen die Möglichkeit, zu uns zu kommen.

(Ministerin Marianne Tidick)

Kontakte, Austausch sind lebenswichtig für die Kunstschaffenden in diesem Lande. Damit haben wir möglich gemacht, endlich auch hier ein Stück mehr Austausch und Bewegung zu haben und über die Hecke oder den Knick hinaus zu gucken.

Was wir uns im Bereich der Kooperation, im Bereich der Gespräche, was **Theaterstrukturen und -sanierung** angeht, vorgenommen haben, ist ein riesiger, schwieriger Brocken. Das haben wir uns deswegen vorgenommen, weil wir wissen, daß das niemand allein schaffen kann. Das Land ist dazu überhaupt nicht verpflichtet. Wenn wir Weiterentwicklung wollen, ist es besser, sich an einen Tisch zu setzen und zu sehen, wie wir über vernünftige Strukturen und Kooperationen vielleicht ein bißchen weiterkommen.

Herr Klug, daß meiste steht in den kulturpolitischen Leitlinien. Deswegen muß es nicht wiederholt werden. Alles was dort steht, wird oder ist umgesetzt. Deshalb sollten wir uns Redundanzen ersparen. Eine neue kulturpolitische Debatte im Landtag hingegen würde ich begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es 18.07 Uhr. Es liegt eine Wortmeldung des Abgeordneten Stawitz vor. Ich bitte, Verständnis dafür zu haben, daß ich nach 18.00 Uhr keine weitere Wortmeldung aufrufe und damit keine neue Runde eröffne; denn die Debatte über die Regierungserklärung wird ja morgen ab 15.00 Uhr fortgesetzt. Wir beginnen morgen um 10.00 Uhr mit der ersten Lesung des Landesnaturschutzgesetzentwurfs.

Ich wünsche Ihnen allen eine guten Heimweg und einen schönen Sommerabend. Auf Wiedersehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.08 Uhr